

Streifzüge

Nummer 40 / Juli 2007

5,- Euro



Ernst Lohoff erschreckt das Jobwunder * André Gorz entzückt das Unmögliche * Maria Wölflingseder entdeckt die Tugend * Ulrich Weiß macht aus Ohnmacht Macht * Lorenz Glatz verlebt die Welt * Franz Schandl verlobt den Populismus * Erich Ribolits verheiratet die Pädagogik * A.E. & L.G.B. scheiden Klima und Kapital e. a. * Norbert Nuno Trenkle verscheidet Wert und Werte a. nu. * Ulrich Enderwitz bestattet Politik und Staat r. i. p. * Perry Rhodan * Lipizzaner * Kammerjäger * Biene Maja * Sondergebote * Augustsammlung * Transformationen

IMPRESSUM

ISSN 1813-3312

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER

Kritischer Kreis – Verein für
gesellschaftliche Transformationskunde,
Margaretenstraße 71-73/23, 1050 Wien.
E-Mail: streifzuege@chello.at
Website: www.streifzuege.org

DRUCK

H. Schmitz, Leystraße 43, 1200 Wien
Auflage: 1.500

COPYLEFT

Alle Artikel der *Streifzüge* unterliegen,
sofern nicht anders gekennzeichnet,
dem Copyleft-Prinzip: Sie dürfen frei
verwendet, kopiert und weiterverbreitet
werden unter Angabe von Autor/in,
Titel und Quelle des Originals sowie
Erhalt des Copylefts.

OFFENLEGUNG

Der Medieninhaber ist zu 100 Prozent
Eigentümer der *Streifzüge* und an
keinem anderen Medienunternehmen
beteiligt.
Grundlegende Richtung: Kritik und
Perspektive.

REDAKTION

(zugleich Mitglieder des Leitungsorgans
des Medieninhabers) Christoph Adam,
Andreas Exner, Lorenz Glatz,
Franz Schandl, Martin Scheuringer
und Maria Wölflingseder.
Umschlaggestaltung: Pichl Peter.

KONTEN

Konto für Österreich: PSK, BLZ 60000
Kontonummer 93 038 948

Konto für Deutschland: Franz Schandl,
Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85
Kontonummer 405 952 854

Konto für Abos in anderen EU-Staaten:
Verein Kritischer Kreis,
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT876000000093038948

ABONNEMENTS

Aborichtpreise für 3 Hefte pro Jahr.
1 Jahr 14 Euro, 2 Jahre 26 Euro,
3 Jahre 36 Euro.

Erstbeziehende bitten wir um
schriftliche Bestellung, da seitens des
grandiosen Bankservices den Kontoaus-
zügen nicht immer die vollständige
Adresse zu entnehmen ist.

Nachbestellende bitten wir um die
Anführung der Postleitzahl.

Das Abo endet, wenn es nicht durch
Einzahlung verlängert wird.

INHALTSVERZEICHNIS

Ernst Lohoff: Unser blaues Jobwunder	3
André Gorz: Seid realistisch – verlangt das Unmögliche	5
Maria Wölflingseder: Müßiggang ist aller Tugend Anfang	9
Lorenz Glatz: Ein Leben in einer Welt – Wie Kritik wirksam werden kann (1. Teil)	12
Ulrich Weiß: Macht und Ohnmacht theoretischen Denkens – Aporien, Schwierigkeiten, Ansätze	15
Franz Schandl: Unpopuläres zum Populismus – Entwürfe zur immanenten Transzendierung der Politik (1. Teil)	21
Ulrich Enderwitz: Notizen aus der Begriffswerkstatt	26
Franz Schandl: Wahl oder Los?	28
Erich Ribolits: Zwangsehe – Vom ewigen Flirt der Pädagogik mit der Emanzipation und ihrer Zweckheirat mit der Ökonomie	29
Franz Schandl: Julius Mende (1944-2007)	33
Andreas Exner und Lothar Galow-Bergemann: Kapitaler Klimawandel	34
Norbert Trenkle: Feuer und Flamme für Demokratie und Freiheit – Thesen zum Fundamentalismus der „westlichen Werte“ in Zeiten ihres Zerfalls	39
Peter Samol: Ein Perry-Rhodan-Heftchen für Kammerjäger	41
Kolumnen	
Dead Men Working von Andreas Exner	8
Immaterial World von Stefan Meretz	11
Rückkopplungen von Roger Behrens	37
Unumgänglich von Franz Schandl	44
Rubrik 2000 abwärts	
Christoph Wendler (Ch.W.)	18
Ernst Lohoff (E.L.)	20

Unser blaues Jobwunder

von Ernst Lohoff

Jobwunder – 832.000 Arbeitslose weniger“, mit dieser Schlagzeile wartete *Bild* am ersten Werktag nach dem Tag der Arbeit auf. Und auch der Rest der Standortgemeinschaft zeigt sich derzeit ausgesprochen aufgeräumt und in Sektlaune. Die Konjunktur brummt, die Steuereinnahmen sprudeln, die Beschäftigung wächst. Mit 2,5 Prozent soll das Wirtschaftswachstum in Deutschland dieses und nächstes Jahr demographiebereinigt „amerikanische Dimensionen“ (*Der Spiegel* 17/2007) erreichen. Nach offiziellen Schätzungen spült das „Wirtschaftswunder 2.0“ (*Der Spiegel* 17/2007) bis 2011 fast 200 Mrd. Euro zusätzlich in die öffentlichen Kassen. Minister Glos verkündet gleichzeitig, dass es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie so viele Beschäftigungsverhältnisse gab wie heute.

Worauf ist das Mirakel der neuen Jobs zurückzuführen? BDI-Chef Thumann sieht den Hauptgrund in der günstigen internationalen Konjunktur und rechnet für die kommenden Jahre mit einem Wachstum der Weltwirtschaft um satte 5 Prozent. Kurt Beck hat auch eine Erklärung parat: „Die Reformen beginnen zu wirken“.

Wundersame Jobvermehrung

Was die wundersame Jobvermehrung angeht, so hat er damit nicht so ganz Unrecht. Über 90 Prozent der im letzten Jahr neu entstandenen Beschäftigungsverhältnisse sind Teilzeitjobs. Im Klartext: Das nominelle Plus an Arbeitsplätzen geht vornehmlich auf die Aufteilung von regulären Vollzeitstellen auf mehrere Minijobs zurück und es ist in der Tat noch das „Verdienst“ der rot-grünen Regierung, den gesetzlichen und institutionellen Rahmen für diese Praxis geschaffen zu haben. Auch die explosionsartige Zunahme schlecht bezahlter Leiharbeit – die Hälfte der 2006 entstandenen Vollarbeitsplätze entfällt auf diesen Beschäftigungssektor – hätte ohne die diversen Entsicherungsgesetze unter Schröder so sicherlich nicht stattgefunden.

In der landläufigen Debatte gelten die diversen Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre als Stückwerk und als in sich widersprüchlich. An dieser Einschätzung ist so viel richtig, dass der Neuordnung kein fer-

tiger Master-Plan zugrunde liegt und jede Einzelmaßnahme bereits den Keim für die nächsten „Nachbesserungen“ enthält. Anders als die diversen marktradikalen Scharfmacher suggerieren, ist das aber keineswegs der mangelnden Reichweite der Reformen geschuldet, sondern im Gegenteil gerade deren epochemachendem Charakter. Seit den Tagen der Bismarckschen Sozialgesetzgebung war die Arbeitsmarktordnung stets auf das Normalarbeitsverhältnis hin ausgerichtet. Hartz IV führt demgegenüber eine prinzipielle Neuorientierung ein und markiert damit einen regelrechten Systembruch in der Geschichte des deutschen Sozialstaats. Nur noch für die Kurzarbeitslosen bemisst sich die Unterstützung an der früher erreichten Lohnhöhe. Allen droht damit das schnelle Abrutschen auf die elendegalitäre Minimalversorgung von ALG II. In Kombination mit den berühmt-berüchtigten Instrumentarien des „Fördern und Fordern“ sorgt diese Schnellverarmungsperspektive dafür, dass für immer weniger Menschen die Alternative zur Arbeitslosigkeit in der Aufnahme einer regulären Beschäftigung liegt und für immer mehr in prekären Arbeitsverhältnissen. Die Arbeitslosenziffern können statistisch sinken, weil die klassische binäre Ordnung von Normalarbeitern und Vollzeitarbeitslosen einer Dreiteilung weicht. Zwischen die Unwertbaren und die privilegierte Kernarbeiterschaft schiebt sich eine breiter werdende Schicht überausgebeuteter, allzeit am Rande der Unterbeschäftigung schwebender *Working poor*. Vor kurzem noch gelang es der IG-Metall für ihre Klientel eine vergleichsweise kräftige Lohnerhöhung durchzusetzen; keine zwei Wochen später beginnt ver.di bei der Telekom einen verzweiferten Abwehrkampf gegen die Ausgliederung von Servicebereichen, die mit der Verlängerung der Arbeitszeiten und mit Lohnabschlägen von 20 Prozent verbunden wären. Das wirft ein Schlaglicht auf die Rasanz und Dramatik dieser Entwicklung.

Die Hochkonjunktoren der Vergangenheit gingen mit der Verbesserung der Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft einher. Davon kann beim derzeitigen konjunkturellen Aufschwung nicht die Rede sein – von ganz wenigen, stark exportorientierten Sektoren einmal abgese-

hen. Das durchschnittliche Reallohniveau ist hierzulande allein 2006 um 2,1 Prozent gesunken (*Die Zeit*, 10.5.07). Beruht dann umgekehrt das deutsche und das globale „Wirtschaftswunder“ auf der gnadenlosen Umverteilung von unten nach oben und auf der exorbitant gesteigerten Auspressung der Arbeitskraft? Haben die Apologeten des Kapitals doch recht behalten, die seit Jahr und Tag behaupten, soziale Skrupellosigkeit garantiere wirtschaftliche Blüte?

Lohndumpingwettbewerbe

Die Sache ist ein bisschen komplizierter. Selbstverständlich profitiert der „Standort Deutschland“ im innereuropäischen Lohndumpingwettbewerb im Moment von seiner Vorreiterrolle. „In keinem Industrieland sind die Lohnkosten, gemessen an der Wirtschaftsleistung, seit dem Jahr 2000 so deutlich gesunken wie zwischen Rhein und Oder“ (*Die Zeit*, 10.5.07). Viel wichtiger als derartige relative Wettbewerbsvorteile ist indes die weltwirtschaftliche Gesamtentwicklung. Diese beruht aber seit den Zeiten der Reaganomics auf der Dynamik des fiktiven Kapitals, also von Spekulation und Kredit, und auf der Beschleunigung der globalen Verschuldungskreisläufe, keineswegs aber auf irgendwelchen selbsttragenden Schüben realwirtschaftlicher Akkumulation. Die Weltwirtschaft wächst heute, weil die Aktienkurse wieder einmal von einem Allzeithoch zum nächsten eilen und deshalb das überschüssige Kapital, das in der Realwirtschaft keine Anlagemöglichkeiten mehr findet, weiterhin in den selbstreferentiellen Sektor spekulativer Geldvermehrung eingespeist werden kann. Die Weltwirtschaft bleibt auf Expansionskurs, solange sich diese Entwicklung fortsetzt und parallel dazu die US-Verschuldung weiter explodiert, mit der die gigantischen Importe finanziert werden, ohne die der ökonomische Boom in China und Fernost nicht möglich wäre. Egal wie tief das Lohnniveau noch ge-

unsachlich
www.streifzuege.org

drückt wird, egal ob die Wochenarbeitszeit auf 60 oder auf 168 Stunden angehoben wird, der ganze Wirtschaftswunderzauber ist im Handumdrehen vorbei, wenn sich im größeren Stil Spekulationskapital in Luft auflöst, von den verheerenden Folgen einer Umkehr der transnationalen Geldflüsse ganz zu schweigen.

Ist der brutale Druck auf die Einkommen der Arbeitnehmer und die globale Verschärfung der Ausbeutungsbedingungen gesamtwirtschaftlich demnach für das beeindruckende Wirtschaftswachstum gar nicht so relevant? Von den kasinokapitalistischen Boomphasen der 1980er und 1990er Jahre, insbesondere von der in 2000 geplatzten *New Economy*-Blase, konnte man das in gewisser Weise tatsächlich sagen. Diesmal verhält es sich jedoch ganz anders! Die realwirtschaftliche Projektionsfläche für die Kapitalisierung von Zukunftserwartungen, ohne die keine Aktienhause auskommt, hat gewechselt, und das verändert wiederum den Rückkopplungsmechanismus zwischen Finanzüberbau und Realökonomie erheblich.

Der Börsen-Hype der späten 1990er Jahre basierte auf der spekulativen Vorwegnahme märchenhafter künftiger Profite des expandierenden Kommunikations-, Biotech- und Internetsektors. Zeitlich betrachtet lag das gelobte Phantasieland satter Profite also in der Zukunft: was die Branchen angeht, in ganz neuen Fertigungszweigen im Hightech-Bereich; sozial in privilegierten Hochlohnsegmenten; und geographisch in den USA, weil US-Firmen in der virtuellen Welt eine Vorreiterrolle zukam (Silicon Valley). Angesichts dollargefluteter Finanzmärkte brachten die von der Privatisierung der Kommunikationsinfrastruktur und Innovationen wie dem Internet geweckten Phantasien die Weltwirtschaft auf zwei Wegen auf Trab. Die Hoffnung auf astronomische Gewinne löste zunächst einmal direkt in den einschlägigen Branchen teilweise umfangreiche Vorinvestitionen aus. Die Biotechnik-, Kommunikations- und Internetfirmen ließen Gebäude errichten, bauten Netze auf und stellten Menschen ein. Gleichzeitig sorgte der kollektive Reichrechenrausch und die damit einhergehende Kreditgeldschöpfung aber auch indirekt branchenübergreifend für zusätzliche zahlungsfähige

Nachfrage und entsprechende Wachstumsimpulse. Dabei schien die starke Stellung von US-Firmen in den Zukunftssektoren die Bonität des Weltgeldemittenten zu garantieren und damit die Stabilität der Welt-Defizit-Ordnung. Wie schon in den 1980er Jahren trieben auch beim *New Economy*-Boom bezeichnenderweise gerade große Spekulationsschübe trotz der eklatanten US-Defizite den Dollarkurs nach oben.

Kapitalisierte Gewinnerwartungen

Beim gegenwärtigen Boom hat die Kapitalisierung von Gewinnerwartungen einen völlig anderen Bezugspunkt als die Hoffnung auf eine große Expansionsbewegung in den High-Tech-Sektoren im kapitalistischen Zentrum. Auf der globalen Bühne hat China, der Inbegriff eines von blankem Vandalismus gegen Mensch und Natur gekennzeichneten Kapitalismus, die USA als Land der Verheißung abgelöst. Der Noch-Exportweltmeister Deutschland partizipiert derzeit primär als der Ausrüster der Sonderwirtschaftszonen-Ökonomie am globalen Boom, also nicht aufgrund der Expansion des Kapitalismus in neue Bereiche, sondern aufgrund der beschleunigten Auslagerung der industriellen Produktion weg von den Metropolen. Parallel zu dieser geographischen Verschiebung hat aber auch metropolenintern eine grundlegende Umorientierung stattgefunden. Der überschäumende Glaube an die Zukunftsin dustrien, der aktuelle rote Zahlen nur als Zeichen umso eindrucksvollerer kommender Gewinne missverstanden, ist mit dem *New Economy*-Crash von 2000 verschwunden. Heute knüpfen die spekulativen Träume stattdessen an die quer durch alle *bestehenden* Branchen stattfindenden Spar- und Abstoßorgien an. In den letzten Jahren ist es vielen Unternehmen gelungen, ihre Profitraten mit Hilfe der Ausgliederung wenig rentabler Bereiche und nicht zuletzt durch rigorose Reduktion der Lohnkosten nach oben zu schrauben. Dadurch ist aber die Grundlage der Verwertung, die Vernutzung lebendiger Arbeitskraft, keinesfalls erweitert worden. Im Gegenteil: Die Abschmelzung der Arbeitssubstanz durch rasante Rationalisierungen in den Kernsektoren der Weltmarktproduktion ist mit beschleunigtem Tempo weitergegangen. Die gigantischen Profitraten verdanken sich im Wesentlichen nur einer Umverteilung zugunsten des Kapitals auf einer insgesamt schrumpfenden Grundlage der

globalen Wertmasse. Der landläufigen Sichtweise stellt sich dieser Zusammenhang jedoch genau umgekehrt dar. Die Gewinnsteigerungen werden als Versprechen auf einen neuen selbsttragenden Akkumulationsschub gewertet und das immer weitere Drehen an der Kostenschraube erscheint als geeignetes Mittel, diese Entwicklung zu befördern. Genau diese absurde Vorstellung trägt wesentlich die neue spekulative Welle, die wiederum für die offiziellen Wachstumsziffern sorgt.

Wir erleben derzeit den verrücktesten Boom der kapitalistischen Geschichte. Vermittelt über die Dynamik des fiktiven Kapitals wird die große Downsizing-Bewegung, die Auszehrung der industriellen und infrastrukturellen Substanz, einstweilen zum Ausgangspunkt ihres Gegenteils, nämlich von (kurzfristigem) Wachstum. Früher war die Vernichtung von Realkapital das Ergebnis von Finanzmarktkrisen, diesmal ist die Zerstörung von Realkapital und die Abschaffung gesellschaftlicher Infrastruktur zentraler Inhalt des Booms. Die steigenden Aktienkurse kapitalisieren vorab die herbeihalluzinierten positiven weltwirtschaftlichen Ergebnisse der nächsten radikalen Diätkuren. Die neoliberale Ideologie ist damit in einem ganz unmittelbaren Sinn zum bestimmenden Faktor der Weltökonomie geworden. Mit der Neugestaltung der Arbeitsmarktordnung und seinen Sozialstaatsreformen leistet die Regierung ihren Beitrag, um die Basisfiktion des gegenwärtigen Booms fortzuschreiben und aufrechtzuerhalten.

Jeder Boom geht zu Ende, einer, der derart abgedreht funktioniert wie der gegenwärtige, erst recht. Wenn die Einzelkapitale ihre Extraprofitraten unter der Bedingung erwirtschaften, dass gesamtgesellschaftlich die Möglichkeiten der Profitrealisation untergraben werden, dann führt sich dieser Prozess letztlich ad absurdum. Hier reift ein grundlegender Widerspruch heran, der in absehbarer Zukunft eklatieren muss. Gleichzeitig spitzen sich aber auch die finanzkapitalistischen Widersprüche weiter zu. Die Weltkonjunktur steht und fällt nach wie vor mit der Aufrechterhaltung der Geldflüsse Richtung USA. Es gibt aber keine Zukunftserwartung mehr, welche die US-Bonität stützen würde. Deshalb wird sie zunehmend in Frage gestellt. Dass der Dollarkurs im Gegensatz zu allen früheren Boomphasen bereits in der Hochkonjunktur drastisch sinkt, ist ein Alarmzeichen. Das proklamierte Jobwunder könnte sich also bald als blaues Wunder entpuppen.

Seid realistisch – verlangt das Unmögliche*

von André Gorz

Ist ein bedingungsloses ausreichendes Grundeinkommen mit dem Fortbestehen der kapitalistischen Warengesellschaft vereinbar? Wenn ja, hat es zum Zweck, diese Gesellschaft zu stärken oder gar zu retten? Wenn nein, kann es diese Gesellschaft untergraben oder behilflich sein, die Periode zu überbrücken, in der das auf Tauschwert gegründete System zusammenbricht, ohne dass sich ein grundsätzlich anderes bereits entwickelt hätte?

In den letzten 25 Jahren bin ich auf diese Fragen immer wieder gestoßen. Von Anfang an war ich überzeugt, dass das warenproduzierende Weltsystem eine begrenzte Zukunft hat. Es arbeitet eifrig an der Beseitigung der Grundlagen seines Überlebens. Schon die 1983 erschienenen „Wege ins Paradies“ – eines Paradieses, in dem, so die Voraussage Leontiefs, die Menschen verhungern müssten, weil Warenproduktion keine Lohnarbeiter mehr braucht – hatten in der Originalausgabe den Untertitel „Die Agonie des Kapitals“.

Mein Ausgangspunkt war, dass die mikroelektronische Revolution es ermöglicht, wachsende Warenmengen mit immer weniger kapitalproduktiver Lohnarbeit zu produzieren, sodass der Kapitalismus früher oder später auf seine inneren Schranken stoßen muss (Gorz 1983: 51–52). Der sich zu Tode automatisierende Kapitalismus würde seinen Tod zu überleben suchen, indem er der Bevölkerung Zahlungsmittel zuteilt, „die außerhalb des klassischen Wirtschaftskreislaufs stehen“, das heißt sich von gewöhnlichem Geld in gewissen Beziehungen unterscheiden. Der „lebendig-tote Kapitalismus“, wie ich ihn damals nannte, kann keine gewöhnliche Ökonomie mehr sein. Da er selbst bei steigender Produktion immer weniger Zahlungsmittel ausschüttet, kann er nicht steigende Transferleistungen durch die Besteuerung von Löhnen und Warenumsatz finanzieren. Er muss ein so genanntes Konsumgeld einführen, das allen den Kauf des Lebensnotwendigen erlaubt, und ein politisches Preissystem erfinden, das den lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen einen politischen Preis zuschreibt. Das Konsumgeld würde Bezugscheine ähneln und müsste von zeitlich

beschränkter Gültigkeit, dürfte also nicht akkumulierbar sein.

Vom Standpunkt des Kapitals aus kann allein eine derartige Zuteilung von Zahlungsmitteln die Herrschaftsverhältnisse der kapitalistischen Warengesellschaft aufrechterhalten. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen besteht die Bevölkerung weiter aus individuellen Warenkonsumenten, die sich in einer totalen Abhängigkeit befinden. Selbstorganisation, kooperative Selbstversorgung, gemeinschaftliche Aneignung und Nutzung von Produktionsmitteln, kurz, emanzipative Überwindung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse werden verhindert. Der „halb-tote Kapitalismus“ entlohnt den individuellen Konsum wie eine produktive Tätigkeit: Die Individuen werden dafür bezahlt, dass sie sich durch den Konsum fremdbestimmter Waren selbst so produzieren, wie die gesellschaftlichen Ordnungsmächte sie haben wollen. Die Waren kaufen und bestimmen ihre Konsumenten. Der Konsument wird zu einer sich selbst produzierenden Ware. Bewahrt wird nicht der Kapitalismus, sondern allein sein Herrschaftssystem, dessen Instrumente die Waren-, Lohn- und Marktbeziehungen wahren, die als leere Hülsen formal den Tod des Kapitalismus überleben. Nicht die Wertverwertung, sondern allein die Beherrschbarkeit der „Bürger“ wird zum Zweck der Produktion (Gorz 1983: 61–64).

Ein 1995 in San Francisco von der Gorbatschow-Stiftung organisiertes Delphi bewies ganz offen, wie besorgt die Machthaber über die Beherrschbarkeit der „unterbeschäftigten Massen“ sind. Die dort versammelten 500 berühmtesten „Entscheidungsträger“ der Welt sollten den Weg zu „einer neuen Zivilisation“ weisen. Sie wählten als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen die Annahme, „dass 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ausreichen“ würden, „um alle Waren zu produzieren und die hochwertigen Dienstleistungen zu erbringen, die sich die Weltgesellschaft leisten könne“. Die achtzig Prozent der Überflüssigen „können aus einer Mischung aus betäubender Unterhaltung und ausreichender Ernäh-

runge bei Laune gehalten werden“ (Martin/Schumann 1996: 12ff.). Für den Kauf betäubender Unterhaltung und ausreichender Ernährung würde, so die Annahme, eine Art Grundeinkommen vorgeesehen sein. Eine „bescheidene Bezahlung“ könnte überdies zur Leistung „freiwilliger Gemeinschaftsdienste“ und „Teilnahme am Sportbetrieb“ ermuntern. Über die Finanzierung dieser Bezahlung findet man allein den Hinweis, dass ein „soziales Engagement der Unternehmer beim globalen Wettbewerbsdruck unzumutbar wäre“.

Man darf wohl den Vorschlag einer Tobin-Steuer auf Devisen- und – warum nicht – auf alle spekulativen Finanzgeschäfte als Versuch ansehen, die „Unzumutbarkeit“ einer Besteuerung der Unternehmen zu umgehen. Für die Tobin-Steuer gilt aber die gleiche Überlegung wie für alle anderen Steuern: Sie kann sich auf Dauer nur bewähren, wenn sie die Finanzgeschäfte nicht einschränkt; genauer: wenn das Abschmelzen der Wertmasse kompensiert wird durch ein Ansteigen der Möglichkeit, aus immer größeren Finanzblasen immer größere Mengen von substanzlosem Geld zu gewinnen, also endlos auf einen in den Himmel wachsenden Berg von fiktivem Kapital Kredit aufzunehmen und selbst Schuldscheine als Aktiva für die Aufnahme von Kredit zu benutzen.

Warum sollte die Besteuerung der fiktiven Geldvermehrung nicht die Lösung sein, fragen viele. Tatsächlich lässt sich ja auf den Finanzmärkten seit circa fünfzehn Jahren mehr Geld gewinnen als auf den Warenmärkten; und mit dem Kauf und Verkauf von fiktivem Kapital auf den Weltbörsen mehr Geld als mit der produktiven Verwertung von realem Kapital.

* Pariser Slogan im Mai 1968

Dieser Beitrag ist ein Vorabdruck aus:
Andreas Exner, Werner Rätz, Birgit Zenker (Hrsg.): *Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit*. Deuticke Verlag, Wien, Sommer 2007, ca. 320 Seiten, ca. 22 Euro, © Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2007.

Mehr als die Hälfte der von den großen US-amerikanischen Firmen verbuchten Gewinne kommen von Finanzgeschäften. Die Gewinne sind zwar bloß meist virtuelles, fiktives Geld, können aber auf realökonomischen Märkten recycelt werden und auf die reale Ökonomie zurückwirken. Allem Anschein nach kann also fiktives spekulatives Geld via zusätzlicher Kreditaufnahme als Basis für die Schöpfung von realem Geld und realer Kaufkraft dienen.

Wenn nun aufgrund der fiktiven Wertsteigerung von fiktivem Aktien- und Immobilienkapital reales Geld geschöpft und an die Inhaber von Aktien und Immobilien verteilt werden kann, warum, fragen sich viele, sollte es nicht ebenso gut an die arbeitslosen Inhaber von fiktivem Wissenskapital verteilt werden können oder in den Ausbau von Infrastrukturen, das Bildungswesen, die Forschung und so weiter investiert werden? Warum sollte Geldschöpfung *ex ni-*

hilo nicht die Lösung sein? Werden nicht „Produktionen von realen Gütern generiert, die keine reale Grundlage in Einkommen aus Löhnen und regulären Gewinnen haben“, sodass „von der Wertsubstanz her der Unterschied zwischen Realökonomie und spekulativer Blasenbildung hinfällig“ (Kurz 2005: 238-240, 232-233) wird? Sicher. Die Frage ist bloß, wie lang es dauern kann, dass „einzig von Kaufkraft aus aufgeblasenem fiktiven Kapital Warenproduktionen ‚her- vorgetrieben‘ und Produktionsmittel, Arbeitskräfte, Rohstoffe usw. in kapitalistischer Form eingesetzt werden, für die es *substanziell* gar keine Anwendungsmöglichkeiten nach kapitalistischen Kriterien gibt“. Das „unausweichliche Platzen der Blasen muss schließlich zu Massenbankrotten, Bankenzusammenbrüchen und einem plötzlichen Absturz der Konjunktur führen“.

Geldschöpfung *ex nihilo* ist allein in einer grundverschiedenen Weltwirtschaft, einem grundverschiedenen Kredit- und Preissystem und grundverschiedenen Produktionsverhältnissen denkbar. Die Funktion des Geldes würde nicht mehr den heutigen Kriterien entsprechen. Ein in ordinärem Geld ausgezahltes ausreichendes Grundeinkommen ist im Rahmen der existierenden kapitalistischen Warengesellschaft nicht realisierbar. Davon muss immer ausgegangen werden. Gänzlich aufgeben muss man die Forderung eines Grundeinkommens dennoch nicht. In schweren sozialen Krisensituationen kann sie zeitweilige Teilerfolge erzielen und vorübergehend die allgemeine Misere lindern. Zu einer gesellschaftlichen Transformation wird sie nicht führen.

Das Grundeinkommen darf folglich nicht als Zweck an sich gefordert werden. Seine Forderung ist nur sinnvoll, wenn sie die Einsicht verbreitet, dass das Existenzrecht der Einzelnen nicht von der Leistung warenförmiger Arbeit abhängen darf und die allgemeine Verarmung allein durch die Unfähigkeit des Kapitalismus verursacht ist, die Reichtumsschöpfungspotenziale in einer vom Diktat der Wertverwertung entkoppelten Weise einzusetzen. Das geforderte Grundeinkommen muss als Mittel, als Gelegenheit verstanden werden, sowohl Arbeit wie Konsum der Fremdbestimmung durch die Logik der Warengesellschaft durch Praxen zu entziehen, „die erahnbar machen, dass seelisch wie materiell die menschliche Existenz auf andere Weise als Verwertung gesichert werden kann“ (ich zitiere hier Stefan Meretz).

Dass das garantierte Grundeinkommen systemimmanent bleibt, wusste ich schon 1983 – wenn es nicht, wie Michael Opielka dann bemerkte, „mit einem einlösbaren Recht auf eigene Produktionsmittel ... die Abhängigkeit vom Arbeitgeber, von den sozialen Bezügen des kapitalistischen Industriesystems und vom Staat als Besorger“ beseitigt. „Wofür das garantierte Grundeinkommen wegbereitend sein soll, ist die Aneignung der Arbeit“ (Opielka/Stalb 1986), was voraussetzt, dass sich die Arbeitsmittel herrschaftsfrei aneignen und einsetzen lassen. Ich werde darauf noch zurückkommen.

Über die Systemimmanenz eines Grundeinkommens und die Notwendigkeit, es dennoch zu fordern, aber in ein systemtranszendierendes Licht zu stellen, findet man bei Robert Kurz folgende Bemerkungen: „Der Kampf um systemimmanente Gratifikationen, um Geld, um staatliche Transferleistungen und eine Abwehr aller Zumutungen der Krisenverwaltung ... ist weiter unverzichtbar für eine Befreiungsbewegung“. Aber „der Inhalt dieser Bewegung kann nur die kategoriale Kritik am gesellschaftlichen Formzusammenhang des modernen warenproduzierenden Systems sein. ... Nicht mehr der nationale Arbeiter- und Regulationsstaat ist ein historisches Ziel, sondern die Weltgesellschaft jenseits von Markt und Staat. ... Angesagt ist der kategoriale Bruch, d.h. der Übergang vom Kampf um die allgemeinen Lebensinteressen innerhalb der Kategorien zu deren Abschaffung. Die Spannung zwischen diesen beiden Momenten muss ausgehalten werden“ (Kurz 2005: 471-472; zum gleichen Thema siehe Lohoff 2004: 19-20; Exner 2005: 4-5).

Diese Spannung muss am größten erscheinen und am schärfsten bewusst, ja als unerträglich bewusst werden, wo in der beruflichen Praxis schöpferische menschliche Leistungen *an sich* den kategorialen Bruch schon vollziehen, aber gleichzeitig das jenseits der Warenbeziehungen Geleistete durch das Nadelöhr der Verwertung zu zwingen genötigt sind; wo, in anderen Worten, wir uns verwerten, vermarkten, verkaufen müssen, um zu überleben, obwohl es uns gerade daran liegt, dem Verwertungszwang entgegenzuwirken.

Worauf ich hier anspiele sind die in der so genannten Wissensgesellschaft benötigten intellektuellen, affektiven, kommunikativen Leistungen. Sie verlangen „Hingabe“, Imagination, Kreativität und so weiter; sie haben die Entfaltung der „hö-



Grundeinkommen

Soziale Sicherheit ohne Arbeit
**Andreas Exner, Werner Rätz,
 Birgit Zenker (Hrsg.)**

Mit Beiträgen von André Gorz,
 Ernst Lohoff, Corinna Milborn,
 Dagmar Paternoga, Karl Reitter,
 Antje Schrupp, Norbert Trenkle,
 Götz W. Werner, Christa Wichterich
 u. v. a.

Ca. 320 Seiten. Klappbroschur
 ca. 22,- Euro / sFr 38,-

ISBN: 978-3-552-06065-4

Erstverkaufstag am 25. August 2007

heren Fähigkeiten“ zur Voraussetzung und zum Resultat; sie weisen in Richtung einer „anarcho-kommunistischen Ökonomie des Gebens“ (Richard Barbrook), in der Selbstentfaltung zugleich die Grundlage und der Zweck der produktiven Kooperation ist.

Auf den ersten Blick lässt sich kein Verhältnis zwischen der Wissensökonomie und der Grundeinkommensforderung einsehen. Dennoch verbreitete sich in den 1990er Jahren die Meinung, die ich schließlich auch teilte, dass es besondere Rechtfertigungen für die Forderung eines Grundeinkommens gäbe, wenn die verschiedenen Formen von Wissen – inklusive Alltagswissen, sprachliche und kommunikative Kompetenzen – zur wichtigsten Produktivkraft werden; wenn das Ansteigen der Produktivität vom Niveau des „*general intellect*“ abhängt, dessen Entwicklung weit mehr Zeit verlangt als die unmittelbare, entlohnte Arbeit der Produktion von Waren. „Das allgemeine Grundeinkommen“, schrieb ich, „ist einer Entwicklung am angemessensten . . . , die die unmittelbare Arbeitszeit auf ein wenig reduziert, verglichen mit der Produktions-, Reproduktions- und erweiterten Reproduktionszeit von Fähigkeiten und Kompetenzen in der sogenannten immateriellen Produktion. Wieviele Wochen oder Jahre der Grundbildung, Weiterbildung, Ausbildung der Ausbilder usw. braucht man gesamtgesellschaftlich für jede Stunde, Woche oder jedes Jahr der unmittelbaren Arbeit? Und dabei wiegt die Ausbildungszeit wenig gegenüber der Selbstbildungszeit, d. i. der Zeit, die in Diskussionsgruppen, bei Reisen, für Lektüren und Mußetätigkeiten verbracht wird“ (Gorz 2000: 127–128). Ein bedingungsloses Grundeinkommen sollte, meinte ich, die volle Entwicklung des Individuums ermöglichen – und nicht bezahlen, wie es Antonio Negri und seine Anhänger fordern – und sie ihrer unmittelbaren Instrumentalisierung und Beschränkung auf ökonomische Zwecke entziehen.

Diese Forderung schien gerechtfertigt, insofern die „volle Entwicklung der Individuen“ nicht nur Reichtum schöpft, sondern auch Reichtum ist. Die freie Zeit, die sie benötigt, so Marx, ist „vom Standpunkt des unmittelbaren Produktionsprozesses aus . . . betrachtet Produktion von capital fixe; dies *capital fixe being man himself*“ (Marx 1953: 599).

Aus dieser Bemerkung Marxens möchten Anhänger von Antonio Negri und zum Teil Negri selbst folgende Schlüsse ziehen:

Muße und Mußetätigkeiten sind kapitalproduktive, wertschöpfende Arbeit, da ja alle menschlichen Fähigkeiten, die ganze wache Lebenszeit und das Leben selbst fixes Kapital sind, das sich selbst reproduziert. Dieses Kapital steht der Gesellschaft, den Betrieben gratis zur Verfügung, wird im Produktionsprozess verwertet. Die Selbstentwicklungsarbeit, die die Individuen in ihrer „freien Zeit“ verrichten, stellt in Wirklichkeit eine unvergütete Mehrarbeit dar und ist zur wichtigsten Quelle von Mehrwert geworden. Sie berechtigt zu einem Sozialeinkommen.

In dieser Analyse bleibt es unbeachtet, dass so genanntes Humankapital allein als Kapital wirkt und Mehrwertschöpfung erlaubt, insofern es mit warenförmiger Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozess warenförmige Güter oder Leistungen hervorbringt, die sich an Betriebe oder an Käufer verkaufen lassen und dadurch monetarisieren.

Der Schluss Negris und seiner Anhänger, dass Humankapital ein Eigenkapital ist, das sein Inhaber selbstverwerten kann, ist falsch. Sein Inhaber muss sich verdienen oder verkaufen oder kaufbare Leistungen erbringen, um sich als Humankapital zu verwerten. Er kann sich nicht selbst bezahlen.

Der so genannte kognitive Kapitalismus enthält folglich keine Spur eines systemüberwindenden Moments. Das für die „Arbeit des Lebens“ geforderte Grundeinkommen kommt einer Erweiterung des Lohnverhältnisses gleich. Es bleibt in der Logik der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gefangen.

Dem wird weiter so sein, solange praktisch alle Produktion auf arbeitsteiligen, kapitalintensiven Verfahren beruht; solange also die Fertigungsverfahren kapitalistische Herrschaftsverhältnisse reproduzieren; solange es folglich den „assozierten Produzenten“ nicht gelingen kann, sich ihre Arbeit und Arbeitsmittel anzueignen, um nicht Waren zum Zweck des Geldverdienens, sondern Güter zum Zweck der Selbstversorgung zu produzieren. In den „Grundrissen“ meinte Marx, das Wachstum der Produktivität würde eines Tages die Produktion gemäß kapitalistischen Kriterien unmöglich machen und die „Arbeitermasse“ geradezu zwingen, sich ihre Arbeit und folglich die Arbeitsmittel anzueignen, damit die Produktion überhaupt stattfindet (Marx 1953: 596; zu dieser Stelle siehe Postones Kommentar in Postone 2003: 59, 543–547).

Der „kategoriale Bruch“ hängt folglich in einem bedeutenden Ausmaß davon ab, ob hochproduktive Arbeitsmittel allgemein aneignbar und handhabbar werden und nicht-arbeitsteilige, kooperative Selbstversorgung auf kommunaler Ebene ermöglichen. Die so genannten *Fabber* oder *digital fabricators* sind ein gewaltiger Schritt in diese Richtung (siehe die reichhaltige Dokumentation über *Fabbers* unter www.fabbers.com). In ihnen sind „menschliche Energie und Kreativität nur noch dafür benötigt, die Informationsgüter zu erstellen“, welche Fertigungsprozesse in Gang setzen. „Eine Freisetzung der unbeschränkten Selbstentfaltung von Menschen“ wird so ermöglicht und erfordert (Merten/Meretz 2005; über das Potenzial der *High-Tech*-Eigen-Produktion siehe Bergmann 2004: 250–275, 305–321).

Vernetzte kommunale Produktionsstätten können eine fortlaufende Verständigung erlauben, was wo wozu herzustellen ist. Geld- und Warenbeziehungen erübrigen sich ebenso wie ein allgemeines Grundeinkommen. Seine Funktion könnte allein darin bestehen, während des Zusammenbruchs der Warengesellschaft oder vor ihm den Übergang zu neuen Produktionsverhältnissen einzuleiten.

Literatur

- Bergmann, Frithjof (2004): *Neue Arbeit, Neue Kultur*. Arbor-Verlag, Freiamt im Schwarzwald.
- Exner, Andreas (2005): *Geld für Alle = Alle für Geld? Streifzüge 33*.
- Gorz, André (1983): *Wege ins Paradies*. Rotbuch-Verlag, Berlin.
- Gorz, André (2000): *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Kurz, Robert (2005): *Das Weltkapital*. Tiamat, Berlin.
- Lohoff, Ernst (2004): *Fight back*. Streifzüge 32.
- Merten, Stefan; Meretz, Stefan (2005): *Freie Software und Freie Gesellschaft*, http://www.opentheory.org, ox_osjahr-buch_2005.
- Martin, Hans-Peter; Schumann, Harald (1996): *Die Globalisierungsfalle*. Rowohlt-Verlag, Reinbek.
- Marx, Karl (1953): *Grundrisse*. Berlin.
- Opielka, Michael; Stalb, Gudrun (1986): *Das garantierte Grundeinkommen ist unabdingbar, aber es genügt nicht*. In: Opielka, Michael; Vobruba, Georg (Hg.): *Das garantierte Grundeinkommen*. Fischer-Verlag, Frankfurt am Main.
- Postone, Moishe (2003): *Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft*. ça ira-Verlag, Freiburg.

Zeit wird's

von Andreas Exner

Wie alltäglich diese Klage ist: zu wenig Geld zu haben oder zu wenig Arbeit. Als könnte eins von Geld abbeißen und von Arbeit leben. Das ist schon eigenartig. Immerhin, am Geld- und Arbeitsbedürfnis ist noch deutlich sichtbar, dass beides erst von dieser bestimmten Form von Gesellschaft in die Welt gesetzt wird.

Das Geld erkennen wir verhältnismäßig leicht als ein gesellschaftliches Ding. Gesellschaften, die Geld nicht kennen – und solche kennen wir – kennen ein monetäres Bedürfnis nicht. Auch die Arbeit verliert rasch jeden Anstrich einer natürlichen Notwendigkeit, relativieren wir sie am konkreten Kreis von Tätigkeiten, die im abstrakten Monotypus Arbeit nie und nimmer aufgehen. Um den Tiefenprägungen des Kapitals auf die Spur zu kommen, müssen wir dagegen längere Wege auf uns nehmen. Eine dieser Prägungen zeigt sich an einer Klage, ebenso alltäglich wie jene, über zu wenig Geld oder keine Arbeit zu verfügen, nämlich: zu wenig Zeit zu haben, unter Zeitdruck zu stehen. Wie kann die Zeit uns unter Druck setzen, wie kommt es, dass wir davon zu wenig haben? Wie überhaupt können wir Zeit eigentlich *haben*? Dieser Frage nachzugehen, das ist so diffizil wie zentral: Was macht das Kapital mit der Zeit? Oder anders: Was machen wir mit unserer Zeit, während wir das Kapital produzieren?

Einer Antwort darauf widmet sich „Blauer Montag“. Dieses Büchlein, vor kurzem in der Edition Nautilus im Hamburger Verlag Lutz Schulenburg erschienen, veröffentlicht in einer von Lars Stubbe überarbeiteten Übersetzung die klassische Studie von Edward P. Thompson mit dem Titel „Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus“. Einen Einstieg wie auch einen Kommentar dazu bietet ein Essay von John Holloway. Mit seinem Buch „Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen“ hat Holloway wichtige Impulse in eine Suche eingebracht, die auch Streifzüge wie die unseren motiviert. Für Holloway im Zentrum steht die Frage, wie wir Kapital und Staat überwinden können. In seinem Denken, seinem Schreiben reflektieren sich dabei zwei historische Erfahrungen. Erstens das Ergebnis der revolutionären Bewegungen alter Machart, die, wie Holloway heraus-

stellt, die Formen des Kapitals nicht überwinden, diese auch gar nicht überwinden konnten, weil sie den Gegner mit seinen eigenen Waffen schlagen wollten. Anstatt die Kommandohöhen zu demontieren, ging es jenen Bewegungen darum, diese zu erobern. Der Staat erschien als ein Mittel der Befreiung. Ein Missverständnis, das der Sowjetstaat verkörperte. Zweitens sind in John Holloways Texten die Erfahrungen der zapatistischen Bewegung präsent, die viele dazu inspirierten, Befreiung nicht in staatlichen Formen und auf ihrem Terrain zu denken und zu suchen.

Unser Verhältnis zum Staat (der eines unserer Verhältnisse im Kapitalismus ist) ist nur ein Beispiel. Auch die Zeit ist eine Beziehungsdimension des Kapitalismus. Wie verhalten wir uns zur Zeit, zu unserem Sein im Kapitalismus? Welche Zeit ist das? Gleich zu Beginn gibt John Holloway die Richtung an, in der er eine Antwort sieht: „Thompson erzählt uns von dem Sieg der abstrakten Uhrzeit über die gelebte Zeit“. Die Zeit, nach der wir im Kapitalismus leben, die Zeit, in der wir also uns und die Welt erleben, ist abstrakt, inhaltslos, reine Form. Wir stellen sie uns vor als unabhängig von konkretem Wandel, von erlebter Dauer. Als einen leeren Zeitpfeil, den die Uhr in homogene, austauschbare Einheiten mess- und vergleichbar unterteilt. Dieser Sieg der abstrakten Uhr-Zeit war kein Automatismus – „Er ist das Ergebnis eines Kampfes, der Jahrhunderte andauert. Schließlich akzeptierten die Arbeiter jedoch die Zeit des Kapitals“. Folgeschwer ist das Resultat. Was bedeutet es für uns, die wir Kapital und Staat überwinden wollen, fragt Holloway.

Allem voran bedeutet es, so meint er, dass jeder Kampf *um* die Zeit, eine Auseinandersetzung etwa, die sich darum dreht, die Länge des Arbeitstages zu verkürzen, ein Kampf auf dem Terrain des Gegners ist. Holloway stimmt hier einer zentralen These Thompsons zu. So „ist ein Kampf *um* die Zeit, der nicht gleichzeitig auch ein Kampf *gegen* die Zeit ist, bereits verloren, denn obgleich er das Kräfteverhältnis zwischen der Arbeit und seinem Zwilling, der Muße, verändern mag, trägt er überhaupt nichts zur Schaffung von Freiheit, zur Schwächung der Abstraktion, die unser Leben der Bedeutung und der Menschlichkeit beraubt, bei“. Holloway hält an die-

ser Stelle etwas Wichtiges fest: „Der Kampf des Kapitals um die Durchsetzung seiner Herrschaft dreht sich vor allem darum, uns in einen Kampf nach seinen Vorgaben zu verwickeln.“ Daraus lässt sich folgern: Wir müssen danach trachten, das Terrain des Gegners zu verlassen. Die Kapitalherrschaft ist nicht mit größeren Herrschaftsmitteln zu besiegen; „besiegen“ lässt sich das Kapital im Grunde überhaupt nicht.

Wie aber können wir gegen die Zeit kämpfen? Erklären wir die Zeit zu einer Angelegenheit von Naturgesetzen, so ergibt diese Frage offensichtlich keinen Sinn. Doch wie die Arbeit ist auch die Zeit unserer Gesellschaft ein Spezifikum, das nicht in allen Gesellschaften existiert. Das zu zeigen ist das große Verdienst von Thompsons Studie, die uns darin Einblick verschafft, wie das Kapital seine Zeit der Gesellschaft einprägte. Ein Text übrigens – hier erging es mir wie John Holloway –, den zu lesen einfach Freude macht.

Für Holloway ist Thompsons Studie ein Ausgangspunkt dafür, zu überlegen, wie es gelingen kann, die Zeit des Kapitals zu beenden. Holloway spricht von einem „Kampf um den Bruch mit der Zeit, um das Untergraben der Zeit, um die Schaffung von Rissen in der Uhr-Zeit“ und spürt jener „Zeit ohne Namen“ nach, die der Uhr-Zeit entgegensteht. Er erkennt an ihr fünf Momente. Sie sollten wir beachten, meint Holloway, um Folgendes, mehr als bisher, zu tun: die Dauerhaftigkeit angreifen; den Moment öffnen; Momente des Überschusses schaffen; uns selbst die Zeit für die geduldige Erschaffung gesellschaftlicher Verhältnisse geben; die Tagesordnung bestimmen.

„Blauer Montag“ kann ich ans Herz legen. Dieses Buch ist wichtig. Es zeigt, dass wir über Zeit nicht nachdenken können, ohne über uns selbst nachzudenken. Wirklich über uns selbst nachdenken aber heißt – ich sage es in Worten von John Holloway –, darüber nachzudenken, wie wir aufhören können den Kapitalismus zu produzieren.

John Holloway / Edward P. Thompson: *Blauer Montag. Über Zeit und Arbeitsdisziplin.*
Aus dem Englischen übersetzt von Lars Stubbe;
Edition Nautilus im Verlag Lutz Schulenburg,
Hamburg 2007, 92 Seiten, ca. 11 Euro.

Müßiggang ist aller Tugend Anfang

von Maria Wöflingseder

„Nicht Arbeit, sondern Muße ist das Ziel des Menschen – oder schöne Dinge herstellen oder schöne Dinge lesen oder einfach die Welt mit Bewunderung und Entzücken betrachten.“ *Oscar Wilde: Osciariana – Oder Wildes Denken, Zürich 2000.*

Ein aktueller Bestseller über den Müßiggang? Erstaunlich! Die *Welt am Sonntag* nennt ihn „eine fulminante kulturgeschichtliche Rechtfertigung der Faulheit“. „Je länger man in dem Band liest, desto idiotischer erscheint ein Großteil der emsigen Routine, die unser Leben dominiert“, schreibt die *Sunday Times*.

Die Übersetzung von „How to be idle“ des Briten Tom Hodgkinson ist nun bei Heyne unter dem Titel „Anleitung zum Müßiggang“ als Taschenbuch erschienen. Es wurde in England 2004 bei Penguin Books herausgebracht und im selben Jahr erstmals im Rogner und Bernhard Verlag bei Zweitausendeins auf deutsch aufgelegt.

Was macht dieses Buch zum Bestseller? Welchem Autor ist dieses Kunststück gelungen ist? – Tom Hodgkinson, geboren 1968, hat englische Literatur studiert und in vielen Jobs gearbeitet. Nach dem Rauswurf bei einer bekannten Boulevardzeitung hat er von der Sozialhilfe gelebt, bevor er die Zeitschrift *The Idler* (www.idler.co.uk) gründete. Mittlerweile lebt er mit seiner Familie in North Devon. Hodgkinson weiß, wovon er schreibt. Er ist kein Workaholic, der als Fleißaufgabe zu all seinen anderen Verpflichtungen noch den Müßiggang strapaziert. Der Autor ist über seine eigene „Praxis“ zur „Theorie“, genauer: zur Geschichte des Müßiggangs bzw. zu der seiner weitgehenden Abschaffung gestoßen. Mit den im Buch eingestreuten Plaudereien aus dem Nähkästchen lässt der Autor die Leser an seinen persönlichen Bemühungen um den Müßiggang teilhaben. Das Werk ist das Ergebnis seines Durchforstens der Geschichte auf der Suche nach literarischen und philosophischen Gustostückchen zum Thema Müßiggang. Das 365 Seiten lange, großteils sehr kurzweilige, flüssig und flott zu lesende Buch ist in 24 Kapitel unterteilt: in die 24 Stunden eines Tages. Jedes Kapitel behandelt ein Thema, das zur Stunde passt.

Was das Buch jedoch nicht bietet, sind theoretische Analysen über die tieferen ökonomischen Ursachen der Muße verhindernden Verhältnisse. Das Fernziel, das der Autor benennt, ist zwar durchaus die Schaffung von menschengerechten Verhältnissen, aber der Fokus der Perspektive, die öfter angesprochen wird, richtet sich eher auf kurzfristige, individuelle Möglichkeiten *innerhalb* der aktuellen gesellschaftlichen Situation.

Es macht wohl den Erfolg des Buches aus, dass es sehr unterschiedlich gelesen werden kann. Erstens als spannende, amüsante Kulturgeschichte des Müßiggangs sowie als Anregung, die Bücher der Autoren, aus denen die Fülle an historischen Zitaten und Beispielen stammt, auch selber aufzuschlagen. Zweitens als Anstoß für den Leser, sich – trotz der widrigen Lebensumstände – mehr Müßiggang zu verschaffen. Und drittens als Ermunterung, weitreichende Konsequenzen zu ziehen bzw. gesellschaftlich einzufordern und mitzugestalten. – Es ist bestens – auch als Geschenk – für jene geeignet, die nicht gerne trockene Theorie lesen, sich aber zu vergnüglicher und gleichzeitig radikaler Arbeits- und Stresskritik verführen lassen wollen. Jedoch auch Theorie-Versierte werden staunen, was die 141 bekannten und unbekanntenen, großteils aus dem angloamerikanischen Raum stammenden Werke, in die sich Tom Hodgkinson vertieft hat, zum Thema Müßiggang, bzw. zu den Bedingungen, die ihn verhindern, zu bieten haben.

Eine illustre Runde bedeutender Denker und Dandys durchwandert das Buch:

■ Karl Marx' Schwiegersohn *Paul Lafargue* (1842–1911) mit seinem „*Recht auf Faulheit*“.

■ Der britische Mathematiker, Nobelpreisträger für Literatur, Friedensaktivist und Verfasser gesellschaftskritischer und philosophischer Schriften *Bertrand Russell* (1872–1970) mit seinem „*Lob des Müßiggangs*“.

■ Der britische Wirtschaftshistoriker, Journalist, Essayist und Friedensaktivist *Edward P. Thompson* (1924–1993), der 1956 aus der Kommunistischen Partei austrat, mit seinen historischen Arbeiten über die britischen radikalen Bewegungen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts, insbesondere mit seinem Buch „*Die Entste-*

hung der englischen Arbeiterklasse“, das Historiker der Arbeiterbewegung auf der ganzen Welt beeinflusste.

■ Der deutsche Philosoph, Literaturkritiker, Übersetzer und Flaneur *Walter Benjamin* (1892–1949) mit seinem mehr als tausendseitigen unvollendeten „*Passagen-Werk*“.

■ Der englische Maler und Dichter *William Blake* (1757–1827), ein früher Kritiker der „tyrannischen Zahnräder“.

■ Und die bekannteste Koryphäe in Sachen Müßiggang: *Oscar Wilde* (1854–1900) mit seinem Leben im Allgemeinen – er verband Kunst und Kritik auf exquisite Weise –, seiner Literatur im Besonderen und ganz speziell mit seinen Essays „*Der Sozialismus und die Seele des Menschen*“ und „*Der Kritiker als Künstler*“. Letzteres „*Mit einigen Anmerkungen über die Bedeutung des Nichtstuns*“.

Diese exzellenten Köpfe und Genießer Ihnen und Euch ganz besonders ans Herz zu legen möchte ich nicht versäumen.

Kein fröhliches Durcheinander

Die Themen der 24 Kapitel sind sehr vielfältig. Sie lesen sich großteils wie eine Auflistung all dessen, was im Laufe der Zeit scheinbar abgeschafft wurde oder heute gerade dabei ist, abgeschafft zu werden zugunsten des einzigen Zwecks, der noch zählt, des Selbstzwecks Wertverwertung, sprich Geldvermehrung: Das Im-Bett-Bleiben am Morgen, das Bummeln und Flanieren, das Mittagessen, das Mittagsschläfchen, die Teezeit, das Kranksein, das Angeln („Wasser kann hypnotisieren und beruhigen, inspirieren und elektrisieren wie kaum ein anderes Medium“), das Nichtstun daheim, der Sex (jenseits von Tantra-Sex und jener kruden „Mischung aus Religion und Sport“), die Kunst der Unterhaltung, Meditation, genügend Schlaf oder das Betrachten von Mond und Sternen.

Im 9-Uhr-morgens-Kapitel „Müh' und Plagen“ geht es um die Herrschaft der Arbeit, also um jene Ideologie, die jedem Müßiggang den Garaus machte. „Die Vorstellung, dass der ‚Job‘ die Antwort auf alle Sorgen ist, individuelle oder soziale, ist eines der bösesten Märchen der heutigen Gesellschaft. Es wird von Politikern, Eltern, Zeitungsmoralisten und Indus-

triellen auf der politischen Linken und Rechten verbreitet: Das Paradies, sagen sie, ist die ‚Vollbeschäftigung‘.“ (S. 28) Auf das weitverbreitete Argument von der Wichtigkeit der Arbeit der sozialen Aspekte wegen entgegnet Hodgkinson: „Nimm denn irgendjemand allen Ernstes an, jedes menschliche Miteinander würde aufhören, wenn wir ohne Job wären?“ (S. 30)

Forschungsergebnisse von E. P. Thompson werden präsentiert, Schritte in der Entwicklung von „Tätigkeiten“ hin zum alles bestimmenden „Job“. Die Weber beispielsweise waren vor der Erfindung der Dampfmaschine größtenteils selbständig und arbeiteten, wann und wie sie wollten. Wo die Menschen ihr Arbeitsleben selbst unter Kontrolle hatten, wechselten Perioden intensiver Arbeit und der Muße. Das ist heute höchstens noch bei Künstlern, Kleinbauern und Studenten der Fall. Seit der Industrialisierung wurde der „Lebensqualität ein schrecklicher Schlag versetzt. Fröhliches Durcheinander, Arbeit im Einklang mit den Jahreszeiten, die Uhrzeit am Sonnenstand erkennen, Vielfalt, Abwechslung, Eigenregie: All das wurde durch eine brutale, genormte Arbeitskultur ersetzt, an deren Auswirkungen wir noch heute leiden.“ (S. 34) „Der Kapitalismus hat den Job zu einer Religion gemacht, tragischerweise aber auch der Sozialismus.“ (S. 42) – William Blake über den Schaden, den die industrielle Revolution angerichtet hat: „Und alle Künste des Lebens verwandelten sie in Künste des Todes.“ (S. 353)

Hodgkinson resümiert die Rolle der Massenmedien: Sie propagieren die „Arbeits- und Konsumethik“, indem sie einerseits mit ihrer Berichterstattung Angst schüren, andererseits mit der Warenwerbung Lösungen anbieten (von Alarmanlagen und Versicherungen über Autos und Kühlschränke bis hin zu Sexberatung und Duftkerzen), für die man allerdings Geld, also einen Job braucht.

Oscar Wilde hat auf die Absurdität der Arbeit folgendermaßen hingewiesen: „Zu bedauern bleibt, dass ein Teil unserer Gemeinschaft praktisch im Zustand der Sklaverei dahinlebt, aber es wäre kindisch, dieses Problem dadurch lösen zu wollen, dass man die ganze Gemeinschaft in die Sklaverei zwingt.“ (S. 43). Und er stellte lakonisch fest: „Es ist tragisch, dass so viele gutaussehende junge Männer ins Leben treten, um in einem nützlichen Beruf zu enden.“ (Oscar Wilde, *Sämtliche Erzählungen*, Zürich 1981) – Dass dasselbe nun auch fürs weibliche Geschlecht gilt, nennt sich Emanzipation der Frau!

Aufschlussreich auch der Hinweis auf den ILO-Bericht von 2004, wonach durch Arbeit jährlich 2,2 Millionen Menschen bei Arbeitsunfällen und aufgrund arbeitsbedingter Krankheiten sterben. Weitere 270 Millionen Menschen erleiden jährlich Arbeitsunfälle; allein in Deutschland sind es rund eine Million, davon 20.000 mit besonders schweren Verletzungen. Viele Unfälle, auch im Auto-, LKW-, Flug- und Zugverkehr haben überdies ihre Ursache schlicht in Schlafmangel! Angeblich auch der Super-Gau von Tschernobyl.

Flaneure und Schläfer

Gegen all diesen höllischen Nonsens setzt Hodgkinson so unterschiedliche Müßiggänger und Flaneure wie Sherlock Holmes und John Lennon, Baudelaire und Walter Benjamin, Victor Hugo und Jim Morrison, William Blake und Beethoven, sowie große Schläfer und Im-Bett-Schreiber wie Cicero, Horaz, Jonathan Swift, Rousseau, Voltaire, Mark Twain, Robert Louis Stevenson, Proust, Colette und Winston Churchill. Schön zu erfahren, welche der Philosophen und Künstler zu den sinnlichen Müßiggängern zählten! Die große Epoche der vornehmen *flânerie* in London war das 18. Jahrhundert, Dies spiegelte sich auch in den Namen der Zeitschriften wider, die in diesem literarischen Jahrhundert gegründet wurden: *Spectator*, *Observer*, *Tatler* (Plauderer), *Wanderer*, *Rambler* (Flaneur), *Adventurer*.

Für Walter Benjamin ist „der Müßiggang des Flaneurs ... eine Demonstration gegen die Arbeitsteilung“. 1926 und 1927, als er in Paris lebte, entstand sein schon erwähntes „Passagen-Werk“, eine umfassende Sammlung alltäglicher Beobachtungen, kurze Reflexionen, Notizen zur Stadt- und Mentalitätsgeschichte von Paris im frühen 19. Jahrhundert, ein Klassiker der *flânerie*. Flanieren, das bedeutet für Benjamin, die Augen offen zu halten: „Aus der Haustür treten, als sei man gerade aus einem fremden Land angekommen; die Welt entdecken, in der man bereits lebt; den Tag so beginnen, als sei man gerade vom Schiff aus Singapur gestiegen und habe noch nie seine eigene Fußmatte oder die Leute auf dem Treppenabsatz gesehen ... es ist dies, was die menschliche Natur vor dir enthüllt, unbekannt bis zu diesem Augenblick.“ (S. 144) – Der Inbegriff des Flaneurs war Baudelaire, dessen Bedeutung sich Benjamin im „Passagen-Werk“ ausführlich widmete. Er berichtete auch, dass es 1839 elegant war, beim Pro-

menieren eine Schildkröte mit sich zu führen, was das „Tempo“ des Flanierens in den Passagen veranschaulicht.

Ohne Geld viel Musik

Ein großes Manko des Buches sind inhaltliche Vereinfachungen, bedingt durch fehlende theoretische Analysen. Beispielsweise gibt es zwar historische Zitate, in denen die Maschine als Erleichterung bzw. als Ersatz für die menschliche Arbeitskraft genannt wird, aber der brisante springende Punkt in Sachen Arbeit bzw. Müßiggang kommt nicht zur Sprache: Während es bis dato nur gewissen gesellschaftlichen Kreisen vorbehalten war, ein müßiges Leben zu führen, wäre das heute aufgrund der enorm gestiegenen Produktivkraft allen Menschen auf der Welt möglich. Mit geringem personellen Aufwand könnten alle bestens versorgt werden, und es bliebe viel Zeit für ein Leben jenseits von Fremdbestimmung oder der reinen Reproduktion. Um dies tatsächlich zu verwirklichen, ist jedoch der Bruch mit der Waren-, Geld- und Arbeitsgesellschaft Voraussetzung. In einer befreiten Gesellschaft könnte der Schwerpunkt dann tatsächlich auf „Kunst und Leben“ anstatt auf „Arbeit und Tod“ liegen. Von ersterem ist im Buch viel die Rede. Kunst ist aber auch eine der schönsten Arten, Unnützes, Träume, Möglichkeiten bereits vorwegzunehmen.

Als Mangel kann auch empfunden werden, dass viele spannende Details oft zu wenig ausgeführt werden, wenngleich sie zum Weiterdenken und Weiterlesen anregen. Weiters mutet manches oberflächlich und trivial an und persönliche Muße-Vorlieben des Autors kommen mitunter als allgemein Gültiges daher. Begriffsklärungen gibt es keine: etwa bezüglich der gelegentlich auftauchenden „Anarchie“. Der Übersetzer Benjamin Schwarz, der in der Heyne-Ausgabe keinerlei Erwähnung findet, hat die zahllosen englischen Zitate offenbar nicht, wie bei Profis üblich, in einer deutschen Ausgabe nachgeschlagen, sondern selbst – unzureichend – übertragen. Es fehlt auch ein Namensregister und im Literaturverzeichnis das Ersterscheinungsjahr.

Jenen, die einen ersten Anstoß zum Müßigsein oder einen geschichtlichen Einblick in den Müßiggang wünschen, sei dieses Buch empfohlen, die anderen sollten lieber gleich zur zitierten Original-Literatur greifen oder sich dem Müßiggang selbst hingeben.

Tom Hodgkinson: Anleitung zum Müßiggang, Heyne Verlag, München 2007, 360 Seiten, 8,95 Euro (D).

Universalgüter

INFORMATIONSGÜTER ALS GENUIN GESELLSCHAFTLICHE GÜTER

Immaterial **World**

von Stefan Meretz

In der Zeitschrift *krisis*, Nummer 31 (die im Juli erscheint), hat Ernst Lohoff einen Aufsatz veröffentlicht, der es in sich hat. Titel: „Der Wert des Wissens. Grundlagen einer Politischen Ökonomie des Informationskapitalismus“. Es geht um die Frage, ob digitale Informationsgüter Waren sind und Wertschöpfung repräsentieren. Lohoffs Antwort: Sie sind weder Waren noch im ökonomischen Sinne werthaltig. Hier die Argumente in Kurzform.

Erstens: Informationsgüter sind keine Tauschgüter. Tauschen setzt einen „Händewechsel“ voraus. Das Informationsgut verlässt jedoch nicht die Hände des „Verkäufers“, der in der komfortablen Lage ist, *dasselbe* Gut mehrfach gegen Geld zu vertreiben. Dieses Phänomen ist nicht zu verwechseln mit der Fertigung *gleicher* stofflicher Güter in der industriellen Massenfertigung. Hier muss jedes einzelne Exemplar neu hergestellt werden, während das beim Informationsgut nur ein einziges Mal geschieht.

Zweitens: Informationsgüter sind *universelle* Güter, konventionelle Güter hingegen sind *singularer* Natur. Informationsgüter benötigen zwar einen Träger, die Verbindung zu dem Träger ist jedoch flüchtig und eine Ausbreitung auf neue Träger ist sehr leicht. In digitaler Form benötigen Informationsgüter zur Nutzung Universalmaschinen, die durch geeignete Software – die ihrerseits ebenfalls zu den Universalgütern gehört – in vielfältige Spezialmaschinen verwandelt werden. Vielfach schafft erst die Benutzung selbst den antizipierten Nutzen. Universalmaschinen und Universalgüter spannen ein unabschließbares Nutzen-Universum auf. Konventionelle Güter hingegen vergegenständlichen einen singularen Nutzen. Ändert sich der gewünschte Nutzen, muss ein neues Gut erschaffen werden.

Drittens: Informationsgüter sind *genau nicht-exklusiv*, d.h. sie schließen niemanden von der Nutzung aus. Sie sind ferner *nicht-rivalisierend* im Gebrauch – meine Nutzung beschränkt andere in ihrer Nutzung nicht. Informationsgüter gewinnen ihren Nutzen im Gebrauch, während konventionelle Güter ihn dort sukzessive verlieren. Informationsgüter können nur

„moralisch verschleiben“ (Marx), konventionelle Güter hingegen vor allem technisch.

Viertens: Informationsgüter können exklusiviert werden, indem technische Zugangsschranken den Zugriff ver- oder wenigstens behindern. Doch auch diese technischen Zusätze ändern nichts am universellen Charakter des Guts. Technische Zusätze machen aus Universalgütern keine Waren, dennoch ändert sich ihre Form in paradoxer Weise: Sie werden zu *privatisierten Universalgütern*. Werden die Techniksperrn entfernt, tritt die Universalität wieder uneingeschränkt hervor. Das Knacken von Kopierschutz ist ein Akt der Entprivatisierung, des Wiederherstellens des universellen Charakters des Informationsguts.

Fünftens: Die „sozialen Hieroglyphen“ (Marx), also die durch die Güter vermittelten sozialen Beziehungen, unterscheiden sich bei privatisierten Universalgütern und Waren beträchtlich. Die bürgerliche Gesellschaft hat keinen Begriff davon und hält schlicht alle Arten von Bezahlgütern für „Waren“, aber sie hat die Differenz gleichwohl rechtlich kodifiziert: Während das *Eigentum* an traditionellen Gütern in der Regel *exklusiv* auf den Käufer übergeht, wird dem Käufer des Informationsguts lediglich ein limitiertes *Mitnutzungsrecht* gewährt.

Sechstens: Informationsgüter entstehen durch *allgemeine Arbeit* oder – so sie in privatisierter Form als Bezahlgüter auftreten – durch *privatisierte allgemeine Arbeit*. Darin gleichen sie der Wissenschaft. Konventionelle Güter hingegen erfordern den wiederkehrenden Einsatz *unmittelbarer Arbeit* bei der Herstellung. Folgt man Marx, so ist allgemeine Arbeit hinsichtlich ihrer Wertschöpfungspotenz *unproduktive Arbeit*, während allein unmittelbare Arbeit *wertproduktiv* ist. Das darf jedoch nicht zu der Gleichsetzung unmittelbar = stofflich = produktiv verkürzt werden. Unmittelbare Arbeit umfasst sowohl gegenständliche wie geistige Tätigkeiten. Produktive geistige Tätigkeiten sind jedoch nur jene, die *vorhandenes Wissen* im Produktionsprozess anwenden – also solches Wissen, das etwa die Wissenschaft als Gratisproduktivkraft zur Verfügung gestellt hat –, nicht jedoch Tätigkeiten, die *neues Wissen*

produzieren. Analog verhält es sich, wenn Wissen und Informationen die „gegenständliche“, aber gleichwohl flüchtige digitale Form annehmen: Durch allgemeine Arbeit geschaffene Informationsgüter universeller Natur verkörpern keinen Wert.

Siebtens: Treten Informationsgüter in privatisierter Form erfolgreich als Bezahlgüter auf, so findet zwar kein „Kauf“ statt, sondern es wird nur eine Nutzungserlaubnis erteilt, gleichwohl aber wird unidirektional Wert vom Erlaubnisnachsucher zum Erlaubnisgeber transferiert. Dieser Wert muss – z.B. vermittelt über den Verkauf von Arbeitskraft – aus anderweitiger Wertschöpfung stammen. Analog zum Grundbesitzer, der für die Erlaubnis, seinen Grund nutzen zu können, eine Grundrente kassiert, streicht der Kontrolleur des privatisierten Universalguts eine *Informationsrente* ein.

Achtens: Die Informationsrente bedeutet für den Privatproduzenten von Universalgütern zwar ein Einkommen, gesamtgesellschaftlich hingegen wird die *Verwertungsbasis nicht erweitert*. Bei der Vorstellung eines selbsttragenden informationskapitalistischen Akkumulationsschubes handelt es sich folglich um eine Fata Morgana.

Die Argumenteliste ist nicht vollständig – bitte selbst lesen. Was bedeuten diese neuen Einsichten?

Ich muss meine Bewertung Freier Software revidieren. Die besondere Qualität Freier Software liegt *nicht* darin, dass sie einen wertschöpfungsfreien Raum außerhalb der ansonsten wertproduktiven proprietären Softwareproduktion schafft. Software als Universalgut kann *grundsätzlich* keinen Wert vergegenständlichen. Innerhalb der proprietären Softwareproduktion, deren Art und Weise äußerlich von der Wertform bestimmt wird, werden Produkte geschaffen, deren universaler Charakter der privaten Form widerspricht.

Das Neue im Alten entsteht auch *in* den alten Formen, nicht allein *neben* ihnen. Freie Software als universelle und auch der Form nach vergesellschaftete Produktion ist die dem universalen Charakter des Gutes *adäquate Produktionsweise* – darin liegt die neue Qualität, und das macht ihren *Keimform-Charakter* aus.

Ein Leben in einer Welt

WIE KRITIK WIRKSAM WERDEN KANN (1. TEIL)

von Lorenz Glatz

Der bekannte Astrophysiker Stephen Hawking will das öffentliche Interesse für die Raumfahrt steigern: „Ich denke, die Menschheit hat keine Zukunft, wenn sie nicht ins Weltall fliegt.“ Auf der Erde werde es nämlich angesichts des Klimawandels, des Atomkriegrisikos oder der Gefahr eines gentechnisch erzeugten Virus zu gefährlich. Weniger betuchte Leute, die sich vieles nicht vom Leib halten können, was dem gelähmten, aber wohlhabenden Hawking eher fern bleibt, werden da noch einige Gründe hinzufügen können, warum sie nicht übertrieben hoffnungsfroh in die Zukunft blicken. An andere Planeten werden sie aber kaum denken können, auch wenn die Astronomen eben erstmals einen erdähnlichen in nur 20 Lichtjahren Entfernung gefunden haben. Die Auswanderung wird wohl nicht leistbar sein, und selbst was man in der einschlägigen Sci-Fi-Literatur in Buch- und Filmformat darüber findet, beginnt ja regelmäßig mit dem Untergang der übergroßen Mehrheit und höchstens mit der Rettung einer winzigen Elite. Wir werden also auf unsere blaue Kugel angewiesen bleiben.

Wir wissen, dass wir unser Leben ruinieren, ...

Dass aber das Leben der Menschen auf diesem Planeten von uns selbst durch unsere fortschrittliche Lebensweise geschädigt wird wie noch nie in der Geschichte, wird inzwischen – zumindest was den Klimawandel angeht – kaum noch von Wissenschaftlern, Regierungen oder Medien von größerer Bedeutung ernsthaft bestritten. Von den Massenmedien werden die vorgelegten Erkenntnisse neuerdings sogar vehement transportiert, das öffentlich-rechtliche Fernsehen der Alpenrepublik z.B. hat daraus unlängst eine Schwerpunktwoche gestaltet, mit einem Programm von Katastrophenfilmen über Politikerdiskussionen bis zu Expertisen renommierter Fachleute. Und die Großen der Welt setzen Klimaschutz auf die Agenda ihrer Treffen, George W. Bush hat diesbezüglich sogar neue Ghostwriter bekommen.

Wie es in solchen Fällen vorkommt, hat es auch hier sozusagen einen media-

len Overdrive gegeben. In Österreich jedenfalls ist auf der Klimawelle eine „Plattform Footprint“ überraschenderweise in die beste Sendezeit und auf gute Platzierungen in den Printmedien getragen worden. Eine Initiative, die neben den großen Umwelt-NGOs Greenpeace, WWF und Global 2000 auch die halbstaatliche Initiative „Klimabündnis Österreich“ als Mitglied und das „Lebensministerium“ (so nennt sich das Landwirtschaftsministerium) als Partner hat. Sie bezieht ihre Kritik über die Klimakatastrophe hinaus auf den ganzen ökologischen „Fußabdruck“, den unsere heutige Lebens- und Arbeitsweise auf der Erde hinterlässt: Wenn der hiesige Lebensstil global würde, die „Entwicklungsländer“ also das tun sollten und könnten, wozu sie schon in ihrer Bezeichnung unablässig aufgefordert werden, dann müssten wir drei Planeten wie die Erde haben, wenn die nächsten Generationen weiter so leben können sollten wie die heutigen. Und das ist wahrscheinlich eher das Minimum, denn andere respektable Wissenschaftler reden von fünf Planeten, die wir für unsere Konsumgewohnheiten zur Verfügung haben müssten.

Mangels weiterer Erden haben wir aber nur die Wahl, den Ressourcenverbrauch in den nächsten Jahren auf ca. 20 bis 30 Prozent herunterzufahren oder ziemlich auszusterben. Naja, da aber dank der Marktwirtschaft ein großer Teil der Menschheit aus Habenichtsen bis Hungerleidern besteht und dadurch gleichzeitig auch weniger Gelegenheit zur Umweltzerstörung hat, liegt der Raubbau der Menschheit insgesamt „nur“ bei so 20, 30 Prozent. Für ein mittleres Inferno reicht das aber allemal.

Dass die drohende Klimakatastrophe überhaupt in so hohem Ausmaß ins öffentliche Bewusstsein gerückt wird, hat jedoch nicht bloß mit den unübersehbaren Gefahren zu tun. Ein ganz wesentlicher Grund ist auch, dass in den Industrieländern mittlerweile eine sozusagen grün-alternative Kapitalfraktion herangewachsen ist. Und die macht mit neuen Technologien für relativ weniger CO₂-Ausstoß und Energieverbrauch ihr Ge-

schäft (auch wenn in absoluten Zahlen durch das Gebot des Wirtschaftswachstums beides weiter steigt). Dem grünen Auftritt hat sich in der Klimafrage ironischerweise die alteingesessene, seit Harrisburg und Tschernobyl in die Defensive geratene, nun aber als Schützer vor dem Treibhauseffekt auftretende Atomindustrie angeschlossen, und die Versicherungswirtschaft sieht eine Chance, ihre Katastrophenprämien upzudaten. Getrennt marschierend ergeben sie inzwischen zusammen mit den klassischen Umweltschutz-NGOs eine durchsetzungsfähige Lobby, deren marktschreierische Vereinfachungen und Verdrehungen zu Recht schon wieder Unmut erregen.

Das Auftreten dieser Lobby erfüllt geradezu idealtypisch die Voraussetzung, unter der in Demokratie und Marktwirtschaft ein Problem allein gelöst werden kann: dann nämlich, wenn damit Geschäft gemacht oder Geschäft gesichert werden kann. Problemlösungen müssen sich umsetzen lassen in profitträchtige Investitionen oder in Infrastrukturen, die solche ermöglichen. Anders können Probleme gar nicht wahrgenommen werden. Populärer ausgedrückt müssen Arbeitsplätze geschaffen, gesichert oder umgeschichtet werden, damit eine Problemlösung als eine solche gelten, ja damit ein Problem überhaupt ernstlich formuliert werden kann.

In welchen ausgewogenen Widersprüchen sich so eine ökologische Marktwirtschaft oft von vornherein bewegt, zeigt etwa das aktuelle Beispiel der überraschend hohen Lkw-Mauterhöhung auf Österreichs Schnellstraßennetz. Diese wird in einem Atemzug als Großtat des Klimaschutzes abgefeiert und als günstige finanzielle Voraussetzung für den weiteren Ausbau der Autobahnen dargestellt, Einschränkung und Ausweitung des Verkehrs und der Schäden, die er anrichtet, in einem. Über die finsternen Aporien solcher Systemfrömmigkeit auch in anderen ökologischen Fragen als der Erderwärmung kann in dieser Nummer (Exner/Galow-Bergemann) und in früheren Heften (Exner/Schriebl u.a. in 3/2003 30/2004 und 31/2004) Erhellendes nachgelesen werden.

... aber was Besseres haben wir nicht gelernt

Manche nehmen sozusagen reflexartig an, dass die ökologischen Risiken der Klimaerwärmung im Sold der interessierten Industrien übertrieben werden. Allerdings wurden bis vor kurzem ganz im Gegenteil die Warnungen davor im Interesse der Öl- und Autowirtschaft heruntergespielt. Es besteht tatsächlich kaum Grund zur Annahme, dass nicht wenigstens den bestellten Experten, höchstwahrscheinlich aber auch vielen Politikern und Meinungsmachern vor dem graust, was Freedom and Democracy da als mögliches „Ende der Geschichte“ bereithalten. Besser wird es auch für die Reichen und Mächtigen nicht, wenn Trinkwasser zur Preziose wird und Not und Wut die Mauern der Luxusgettos übersteigt. Viele von ihnen wollen vermutlich ihr Möglichstes tun, um dem gegenzusteuern. Bloß, so viel ist da nicht möglich, denn wer ernsthaft vorhat, die Probleme anzugehen, ja sie auch nur umfassend darzustellen, lässt sich auf einen schweren Bruch mit den herrschenden gesellschaftlichen Wertvorstellungen ein. Schließlich sind es die „Fleißigen und Tüchtigen“ samt den „Kreativen“, die Säulen der Gesellschaft also, die allesamt die Arbeitsplätze schaffen und/oder innehaben, von denen eins lebt. Und genau damit, nämlich mit ihrem unermüdlichen Einsatz, ihrer angestrengten Arbeit und ihrem geistigen Höhenflug ruinieren sie die Welt, direkt oder indem sie dem Ruin zuarbeiten. Und die Seele des Kapitalismus, das Investieren um der Geldvermehrung willen und das beständige Wachstum – fraglose Folge und Voraussetzung von Arbeit und Arbeitsplatz – entpuppt sich als Krebsgeschwür am Leib der Menschheit und der Natur. Schlimmer noch und hoch unmoralisch: Es sind die Loser, die Arbeitsscheuen und Minderleister, die zu kurz Gekommenen und Gescheiterten, die im globalen Wettlauf auf der Strecke Gebliebenen, die Unterkonsumierer und Armen, die den menschlichen „Footprint“ auf der Erde in Größen halten, die der Menschheit noch eine Frist verschaffen, um das Steuer vielleicht doch noch herumzureißen. Doch wer soll das tun, wenn die einen ihre soziale Existenz und Anerkennung sowie ihre Macht den Arbeitsplätzen verdanken, die nicht wenige Teile der Welt unbewohnbar zu machen drohen, und wenn die andern von der Logik der Gesellschaft noch vor der Welt kaputt gemacht werden?

Was bleibt uns, wenn wir so bleiben?

Tatsächlich lässt sich heutzutage wesentlich leichter der Ruin der natürlichen Voraussetzungen menschlichen Lebens vorstellen als ein Bruch mit den etablierten Grundgegebenheiten des gesellschaftlichen Lebens im Kapitalismus, mit dem tief gestaffelten System von Geld, Arbeit, Konkurrenz, Markt, Staat etc. Nicht mehr auf diesen Grundlagen agieren zu können, macht nach vierhundert Jahren Gewöhnung an die Dominanz des Gelds und nach ein paar tausend Jahren Herrschaft schnell ratlos. Es ist gar nicht so, dass z.B. die antikapitalistischen ökologischen Argumente so kompliziert und schwer nachvollziehbar wären, sie sind in ihren Grundzügen gar nicht so wenigen Menschen recht gut bekannt und finden nicht selten ihre Zustimmung, auch Wissen um die Tragweite und um die Folgen ihrer Nichtbeachtung ist oft erstaunlich weit verbreitet. Sogar die illusionäre Zuversicht, dass die Probleme mit politischer Entschlossenheit und neuen Geschäftsfeldern und -methoden auch ökonomisch schon wieder in den Griff zu kriegen sein werden, ist bei vielen Menschen von Skepsis angefressen. Bloß, was soll so eine Monade, die eins in dieser Gesellschaft nun einmal darstellt, gegen die überwältigende Macht der Verhältnisse anfangen? Bewusster einkaufen, auf das eine oder andere verzichten und da und dort spenden – das ist sicher weitaus besser als das Gegenteil, auch sicher gut für das Gewissen, eventuell auch für das Selbstbewusstsein, aber dass wir die Welt so wirklich ändern, ist doch nicht recht zu glauben. Und wenn alle „sich zusammentun und nur noch gute Produkte kaufen“, nur noch das, was anderen Menschen gegenüber ethisch vertretbar ist und die Natur nicht schädigt, dann wäre dies nicht die Rettung der Warenwelt, wie Greenpeace Österreich auf seiner Homepage in einem witzigen Spot hoffen machen will, sondern eher ihr Tod an Schwindsucht. Es wäre schlicht eine weltwirtschaftliche Katastrophe, der Zusammenbruch der bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Ordnung, die mit der ganzen Aktion doch saniert werden sollte.

In der Hauptsache läuft eins also wohl oder übel mit der Schar, liebt seine Kinder und Freunde herzlich – und tut notgedrungen mit bei der Zerstörung ihrer Zukunft, oft auch schon der eigenen. Dieses Meistern des Heute, indem eins das Morgen zerstört, ist für die kapitalistische Lebensweise charakteristisch. Nicht nur

ökologisch, sondern auch ganz binnenwirtschaftlich: So ist heutzutage der Mensch als Lohnarbeiter für sein Einkommen auf einen Arbeitsplatz angewiesen, als Einleger seiner als Investor agierenden Pensionskassa aber darauf, dass er vielleicht demnächst schon wegrationalisiert und auf die Straße gesetzt wird. Tendenziell wird der Abstand zwischen Jetzt und Dann bei vielen Problemen tendenziell kürzer. Die Ahnung, dass es uns ergeht wie Kafkas Fabel-Maus, die auf ihrem Lauf vor der Katze schon im letzten Zimmer ist und dort nur noch die Falle in der Ecke sieht, beflügelt das Nachdenken kaum. Eher wird vermieden, sich die Widersprüche unserer Lebensweise so recht bewusst zu machen, geschweige denn über sie gründlich zu reflektieren. Verdrängen ist die gängigste Umgangsform mit derlei. Wir machen es ein bisschen wie die Lemminge: Weiterschwimmen ist die Devise, das ist Anstrengung genug, wer hat schon Zeit und Energie für die Frage, ob es noch ein Ufer gibt? Das ins Unbewusste abgeschobene Gefühl der Sinn- und Aussichtslosigkeit der Lebensweise, von der die ökologische Seite ja wahrlich nur ein Ausschnitt ist, kehrt wieder als psychische Störung, von Depression und Indolenz bis hin zum Amoklauf.

Kritik ist mehr als theoretisch Kritik ist sinnlich

Zugegeben: Hinschauen, Analyse und Formulierung von Kritik an den Verhältnissen heißt für sich allein nicht unbedingt, dass eins sich den Verhältnissen auch wirklich stellt. Die menschliche Denkfähigkeit schafft es nämlich in erstaunlich hohem Maß, das, was sie erkennt, von sich fernzuhalten. Sie ist Subjekt, das Erkannte ist bloßer Gegenstand – die Gesellschaft, die Welt, die Anderen, das Andere eben. Der Denker (maskulin ist dafür typisch) ist existenziell von seinem Gegenstand nicht betroffen, selbst wenn er sich selber zum Thema nimmt. Gleichgültig, ob er ein origineller Denker ist oder ob er bloß rezipiert. Selbst wenn etwas einem als Menschen durch Mark und Bein geht, hat der Geist den Anspruch, ganz sachlich und unb/gerührt zu bleiben. Denn auch meine Gefühle taugen für mein Denken bloß zum Objekt. Wenn das Denken nämlich jene in sich reinlässt, wird es unrein. Gefühle machen das Denken nur trüb, sagt man. Dummerweise sind es aber gerade Emotionen – Begehren und Frustration, der Wunsch nach einem guten Leben und sein Scheitern –, die kritisches Denken

auslösen und grundsätzlich immer sein Antrieb und Maßstab sind. Bleibt es beim Denken und beim Reden, ist Kritik bald einmal der reine Frust. Bloß dass man so klug ist, schafft vielleicht noch ein wenig (Ersatz-)Befriedigung. Der Geist mag sich ja, wenn er in Fahrt kommt, unsterblich und sich selbst genug vorkommen, der Mensch aber braucht ein gutes Leben, bevor er stirbt. Nur Denken ist da auf Dauer ein schwächerer Ersatz für alles andere, was ein Herz begehrt.

Kritik der Verhältnisse zielt nun einmal nicht bloß auf deren Erkenntnis, sondern vor allem auf deren Veränderung. So ähnlich ist es von Karl Marx noch auf seinem Grabstein zu lesen: „The philosophers have only interpreted the world in various ways; the point, however, is to change it.“ Die Änderung der Verhältnisse ist der Prüfstein der Wahrheit der Kritik, und wozu soll ich schon Missstände erkennen, wenn Veränderung nicht drin ist? Kritik ist nicht Theorie im Wortsinn von Kontemplation, staunender Betrachtung der Welt, die in der Freude am Wissen ihren Sinn und Zweck schon in sich selber hat. Kritik fasst nicht den Kosmos ins Auge, um dessen Bau und Lauf zu erkennen, zu interpretieren, allenfalls zu nutzen. Kritik fokussiert auf die Welt der Menschen, die Verhältnisse ihrer Gesellschaft, die zu verändern sind, und die zu verändern begehrt, wer kritisiert.

Diese Verhältnisse sind das Geflecht der Einrichtungen, das aus den Beziehungen der Menschen entsteht und das diese Beziehungen zugleich trägt, nahe legt, erzwingt, lenkt, beschränkt, verbietet und überwacht. Auch die Verfahrensweisen, die Möglichkeiten und die Grenzen des menschlichen Umgangs mit der Umwelt, von und mit der die Gesellschaft lebt, werden davon abgesteckt. Es geht uns damit besser oder schlechter. Eher schlechter, sagen uns selbst die täglichen Fernsehnachrichten, wenn wir schon keine Zeit, Kraft oder Lust haben, auf uns selbst zu horchen. Mit dem Glück ist es nicht so weit her, so wie eins heute lebt. Wen das wurmt, magerlt, empört, dem liegt es nahe zu kritisieren: zu widersprechen, zu sagen, was warum zu ändern sei, und Neues, den Menschen Angemesseneres zu suchen, zu erproben, durchzusetzen. Kritik hängt am Leben, dem noch nicht alles wurscht ist, sie will es zum Guten ändern, und zwar im Hier und Jetzt. Trotz aller Abwege, auf die sie geraten mag – das macht Kritik sexy und attraktiv. Und wenn Kritik beim Denken dahin kommt, dass sie nicht mehr bloß Einzelheiten meint, sondern das

Prinzip, den Wert selbst, die Schaltzentrale der herrschenden destruktiven „Ordnung“ als Übel denunziert? Ja, dann wird es wirklich lohnend, denke ich, doch zugleich gilt sie dann leicht als „zu schön um wahr zu sein“. Solche fundamentale Kritik hat es also oft weniger damit schwer, dass keine(r) sie für verführerisch und attraktiv hielte, eher damit, dass sie – wie im alten Märchen das Mädchen Psyche – so schön ist, dass alle sie nur bewundern, statt sich auf sie einzulassen.

Was also ist des Pudels Kern?

Was passiert, wenn wir uns an eine grundsätzliche Kritik des gesellschaftlichen Zusammenhangs nicht heranwagen, mit ihr nicht Ernst zu machen trauen (wobei das Vorgänge sind, die meistens nicht einmal bewusst ablaufen)? Tja, wenn die Übel beim besten Willen nicht mehr einfach wegzustecken sind und mit den herkömmlichen Mitteln von Staat und Ökonomie der Malaise nicht (mehr) abzuhelfen ist, aber eine Kritik des Ganzen für nicht umsetzbar gilt – dann bleibt nur noch Verzweiflung. Und die macht passiv, oft blöd, doch meistens Schlimmeres. Denn im Inneren dieser Gesellschaft von konkurrierenden Vereinzelteten staut sich Gewalt. Sie wird gespeist von der Unterdrückung und Verdrängung alles dessen, was ein Mensch so braucht, worin eins aber in diesem Leben, in dem bald nichts mehr gratis zu haben ist als der Tod, zu kurz kommt. Vor allem sind das in dieser Gesellschaft, in der eins immer auf dem Prüfstand steht: fraglose Zuwendung und bedingungslose Anerkennung. Die destruktive Energie aus diesem Dauerstress und Frust wird vom Imperativ der Geldvermehrung auf Arbeit, Konsum und Politik, auf Leistung und Macht gelenkt. Wenn die Kapitalverwertung und ihre Verarbeitungsform regelrechter Staatsgewalt auf die eine oder andere Art großflächig außer Tritt geraten, dann entwickeln sich anomische Zustände wie sie in Slums, Banlieus und (Banden-)Kriegsgebieten herrschen, nicht nur in der Dritten Welt, sondern zunehmend auch in den Metropolen. Angesichts der Erschöpfungsercheinungen der Weltgendarmerie spricht kaum etwas dafür zu glauben, dass diese Erscheinungen auf Dauer isoliert, wieder abgebremst und in Law and Order von Freedom and Democracy reintegriert werden können. Vor allem aber sind wir für eine andere Antwort auf das sich anbahnende ökologische und soziale Desaster als eine herrschafts- und gewaltförmige

nicht trainiert, denn diese ist die Fortsetzung dessen, was wir schon tagaus tagein tun, bloß mit schärferen Mitteln und unter krasserer Umständen.

Natürlich ist Analyse der und Aufklärung über die drohenden Entwicklungen weiter dringend nötig, doch das reicht nicht, für sich allein verpufft das, bleibt unfruchtbar und verkümmert selbst im Denken. Für eine Perspektive raus dem Schlammassel braucht es entscheidend mehr. Was im kritischen Bemühen gern übersehen wird: Der Kern des Problems ist gegen Denken, Erkenntnis und Wissen resistent. Der Kern sind die Beziehungen unter uns, die wir uns gegenseitig im Herrschaftssystem von Geld & Co. tagtäglich aufdrängen, die spezifischen Verhaltensformen, emotionalen Möglichkeiten und Verkrüppelungen, die uns daraus erwachsen, die Hilflosigkeit durch Isolierung und Einsamkeit, die Ideologie und Praxis des autonomen, selbstverantwortlichen Subjekts, das auf niemanden angewiesen ist und daher auch kaum wen hat, der oder die ihm helfen könnte. Hilflosigkeit gegen die Gewalt der Verhältnisse samt der (verdrängten) Angst davor, es sich mit ihr anzulegen, schüchtert ein und hemmt. Nicht nur das Handeln, auch das Denken. Wenn wir uns als Menschen zu nahe kommen, ist das delikates und geht schnell einmal schief. Sachlichkeit, am besten Geld stabilisiert den Umgang miteinander, menschliche Beziehung mag erwünscht sein, ist aber ein Risiko. Strenge Rechnung, gute Freunde. Leistung ist das Erfordernis, Menschlichkeit eine kurz gehaltene Infrastruktur. Das ist die fürchterliche Macht der Gewohnheit, die auch die Phantasie fesselt, die sich kaum vorzustellen wagt, was denn im Hier und Jetzt schon anders möglich wäre. Ganz unter uns. Das allerdings ist die unabdingbare Subversion, die uns erst wirklich weiterdenken und -handeln lässt. Das gilt auch für die Champions im Denken der Kritik.

Es geht also darum, was zu lernen und zu tun, das noch nicht da ist, noch keinen Platz hat (auf griechisch Utopie heißt), erst im Experiment entsteht, sich bewährt oder vergeht. Etwas, von dem wir vor allem wissen, was und wie es nicht sein soll, bei dem wir erst herausfinden müssen, was möglich ist. Utopieren heißt Probieren. (So betitelt Friederike Habermann ihren nüchternen Aufsatz in: C. Möller, U. Peters, I. Vellay, Dissidente Praktiken. Ulrike Helmer Verlag 2006. – So viel Werbung muss noch sein!) Was haben wir, wovon können wir ausgehen, woraus vielleicht was Besseres machen?

Macht und Ohnmacht theoretischen Denkens

APORIEN, SCHWIERIGKEITEN, ANSÄTZE

von Ulrich Weiß

Es geht nicht darum, ob du recht hast. Die Frage ist, ob deine Aussagen erträglich sind. Erinnerst ihr euch? Das kam von Lisa als sich WaK (Wege aus dem Kapitalismus, eine Berliner Diskussionsgruppe) spaltete. Bist du jetzt auch auf dem Tripp?

Ich suche Wahrheit, nicht Seelsorge, doch diesen Spruch kriege ich nicht los. Was wir denken – ist das lebbar?

Anschluss an das, wovon wir jetzt leben – das als Kriterium, das sei Denken der WiKis (WiK – Wege im Kapitalismus, ironisch für einen ehemaligen Teil der WaK-Gruppe), das bedeute Denkverbote. Deine Worte. Worum geht es dir? Wie wir Theorie betreiben, passt nicht zu meinen sonstigen Zusammenhängen. Aus der Uhle, unserem gemeinsamen Haus, kommt klare Distanz. Es geht um mein Unbehagen an diesem Widerspruch und an der Theorieform.

1.

Das heute dominierende Denken, eingeschlossen das theoretische, ist ebenso wie das Fühlen ein Moment der bürgerlichen Lebenspraxis. Nur eingebettet in diesen Zusammenhang kann es begriffen und nur mit diesem Ganzen kann es in einer höheren Praxisform aufgehoben werden. Solange Menschen materiell an die herrschenden Verhältnisse gebunden sind, solange sie hoffen, auch zukünftig in dieser Form existieren zu können, werden sie auch in ihrer theoretischen Aneignung von (sozialer) Wirklichkeit die dementsprechenden Denkformen nicht überschreiten.

Vor kurzem traf ich Linda, eine kluge Frau. Wir redeten darüber, wie politische Strukturen und Erwerbsarbeit die darin Eingebundenen auf deren Logiken hin zurichten, sie wegtreiben von eigentlich menschlichen Anliegen. Doch als sie vom Engagement in der WASG sprach, war klar: Aus unseren Erfahrungen ziehen wir entgegengesetzte Schlüsse. Sie teilt die Illusionen derjenigen, die etwa nach 1968 oder im Osten nach der Wende den Marsch in die Institutionen antraten. Alle Nähe war wie wegblasen. Das macht mich verrückt.

Warum lässt du dich auf solche Beziehungen ein, auf Leute, die sich an Parteien binden

und auf einen besseren Staat, auf gerechtere Verteilung produzierter Werte, nicht aber auf die Aufhebung der Warenproduktion hoffen? Trotz ihrer eigenen Erfahrungen gibt es keine Chance, ihnen mit theoretischen Gründen die Vergeblichkeit ihrer Mühen nahe zu bringen. Das hast du x-mal geschrieben. Du traust dir selbst nicht.

2.

„Kommunistische“ Aufklärung ist nicht einfach wegen theoretischer Unzulänglichkeiten oder Vermittlungsmängel gescheitert. Aufklärer und aufgeklärte Menschen haben sich nicht befähigt, die Produktion und ihr eigenes Leben herrschaftsfrei zu gestalten. Die Aufklärung überhaupt – der wissenschaftliche Sozialismus ist eine ihrer Varianten – ist selbst eine in der bürgerlichen Form verbleibende Denkweise. Die von solcher Theorie ist, Menschen im Sinne eines ihnen selbst fremden Zweckes zu führen. Ob es dabei um deren Einbindung in die gegebene Gesellschaft geht, um ihr Eintreten für eine bestimmte Entwicklungsrichtung oder um eine neue Gesellschaft, das ändert an der bürgerlichen Form nichts. Diese Aufklärung wurde und wird den einstigen bürgerlichen oder „sozialistischen“ Ansprüchen an Tiefe, Stringenz, Objektivität immer weniger gerecht. Es macht keinen Sinn, diese Ansprüche wieder zu beschwören. Die bürgerliche Gesellschaft samt der ihr gemäßen Theorieform ist überfällig.

Du hast früher selbst in den herrschenden Institutionen agiert. Männer, die das weiter tun, hakst du leicht ab. Aber Frauen, vor allem schöne ...

Wer ist schön? Leute mit Sinn fürs gesellschaftliche Ganze, die zugleich theoretische Köpfe sind, die die Verhältnisse, Personen und Bewegungen nicht einfach denunzieren, nicht im Frontmachen aufgehen. Macht jemand den Eindruck, bis zum Ende zu denken, das Kritisierte und auch die eigene Rolle unbedingt begreifen zu wollen, bin ich glatt hin. Menschliches und Theoretisches so zu verbinden, bewusst zu leben – das wäre Freiheit, Schönheit. Äu-

ßerliche Selbstzurichtung auf die Logiken bürgerlicher Institutionen hin denunziere ich nicht. Ich kenne die existentiellen Zwänge. Doch wenn mir vertraute Menschen auf das, was sie hässlich, zur Maske macht, auch noch hoffen und ich nichts daran ändern kann ... was ist dann der Sinn unseres Treibens?

Warum lassen dich gerade Frauen daran zweifeln? Da geht's wohl noch um mehr?

Kann sein. Doch wenn auch sie sich auf die weiter herrschende Männerrolle hin ausrichten, geht mir die Hoffnung flöten, Männer wie Frauen könnten sich zu Menschen emanzipieren. Manche möcht ich an den Schultern packen: , Wohin du drängst, von dort komme ich. Da ist nichts Lebenswertes mehr zu holen. Du bist stark, versuch doch wirklich was Neues mit dir natürlich.'

Klar, ich will auch meine Freude und ich will meine Seele retten.

Und deine Sippe auch noch?

Die und wer sonst noch will.

Nicht grad realistisch.

Eben.

3.

Wie in der kapitalistischen Warenproduktion der Arbeitsgegenstand, die Ware, so ist in der bürgerlichen Denkform das zu analysierende Objekt dem erkennenden Subjekt etwas Äußerliches. Diese Denkweise, auch wenn sie sich als revolutionär versteht, ist an herrschaftsförmige Arbeitsteilung, an Avantgardismus gebunden.¹ Denkformen, die wir suchen, können dagegen nur Leute produzieren, die diese Entfremdung, die Spaltung und Entgegensetzung von Subjekt und Objekt, tatsächlich aufheben. Das ist nur möglich, wenn sie auf eine nicht wert- und nicht herrschaftsförmige Weise wenigstens partiell auch die materiellen Bedingungen ihrer Existenz sichern, in freien Assoziationen bewusst ihre Verhältnisse gestalten. Theoretisches Denken wäre in dieser Praxisform immer Selbstkritik der eigenen Praxis, der eigenen gesellschaftlichen Rolle. Theorie ist dann Moment bewussten Schaffens, bewusstes Sein.

Im Gegebenen praktisch zu leben und zugleich darüber hinauszudenken – das muss man doch ertragen können. Wir leben halt im Kapitalismus. Alles andere ist Donquichotte-rie.

Gerade wenn man sich nicht (mehr) als Avantgardist versteht, wird einem diese Entgegensetzung von Leben und Denken selbst unerträglich. Irgendetwas, das wenigstens der Potenz nach darüber hinausführt, muss ich schon im jetzigen Leben fassen und schaffen können. Das muss auch für andere erkennbar sein. Sonst sollte ich es lassen.

4.

Wenn die herrschende bürgerliche Praxis durchgängig zu bürgerlichem Denken und Fühlen zwänge, dann gäbe es kein Darüberhinaus. Andernfalls muss Folgendes angenommen werden:

■ Parallele nichtbürgerliche Praxen, die anderes Denken und Handeln ermöglichen,

■ Momente in den bürgerlichen Praxen selbst, die diese Form überschreiten können.

Letzteres ist in Hegels Denkweise ausdrückbar: Der Knecht wird gerade unter der (bürgerlichen) Herrschaft, die immer Neues erzwingt, zum fähigen Produzenten und schließlich selbst zum selbstbewussten Gestalter seiner Verhältnisse, der Herr damit schließlich zur überflüssigen Figur. Also nicht durch Abschaffung, sondern gerade im Vollzug von Herr- und Knechtschaft heben sich beide auf.² Nehmen wir an, es sei ein solches Niveau erreicht, da Herrschaft für menschliche

Existenz jegliche Notwendigkeit verliert. Dann müssten die konkreten Bedingungen zu benennen sein, unter denen der Knecht nunmehr über die „Geschicklichkeit“ hinauskommen kann und nicht „nur über einiges“, sondern auch „über die allgemeine Macht und das ganze gegenständliche Wesen mächtig“ wird.³ Welche sachlichen Voraussetzungen und menschlichen Fähigkeiten ermöglichen diesen Sprung ins Reich der Freiheit, welche Formen des Handelns, des Denkens und der Mentalitäten?

Gerade im Scheitern menschlicher Hoffnungen wird oft deutlich, was über das Jeweilige hinausführt. Bei manchen Ostfilmen packt mich wie dich bei den Lindas eine ungeheure Sehnsucht nach dem Anderen. Da wurden Ideen beschworen, die über das normal Bürgerliche, auch über die DDR, hinauswiesen. Der Versuch ist gescheitert. Doch in den menschlichen Ansprüchen, denen Leute in der Kunst Ausdruck verschafften, lag doch Zukunft. Das lebt auch heute.

Die DDR konnte nicht kommunistisch werden. Wenn auch nicht so radikal wie im Westen – auch dort passte sich das Menschliche den Anforderungen der Warenproduktion und der Staatlichkeit an.

5.

Die parallele Existenz von vormodernen und entwickelten bürgerlichen sozialen Formen ist bedeutsam für mögliche Wege in eine kommunistische Gesellschaft. So meinte der späte Marx, Gemeineigentum und entsprechende Mentalitäten der russischen Dorfgemeinde ermöglichten eine

Umgehung des Kapitalismus. Auf sich selbst gestellt aber hätten solche vorbürgerlichen Strukturen nicht die Chance, sich in Richtung Kommunismus zu entwickeln. Sie würden durch die Kapitalisierung zersetzt. Eine erfolgreiche proletarische Revolution im Westen aber gäbe den genannten Momenten der Dorfgemeinde die Möglichkeit, sozusagen zu kommunistischen Keimformen zu werden.⁴ Parallel existierende soziale Strukturen unterschiedlicher sozialer Formation gibt es weiterhin. Die globale Kapitalisierung ist längst nicht vollendet. Sie dringt auch in den kapitalistischen Metropolen selbst weiter in die Tiefe menschlicher Reproduktion, setzt weiter menschliche Beziehungen unmittelbar in Wert. Hätte das auch in den Metropolen noch „zu verwurstende“ Menschliche unter bestimmten Umständen eine kommunistische Potenz?⁵

Auf proletarische Macht ist nicht zu hoffen. Anders als zu Marx' Zeiten ist auch dies: Die mit der westeuropäischen Kapitalisierung entstehenden Proletarier konnten sich schließlich eine an eine funktionierende bürgerliche Gesellschaft gebundene erträgliche Existenz erkämpfen. Das ist heute für die ihrer traditionellen Existenzformen Beraubten in den Peripherien und zunehmend auch für Menschen des Westens keine realistische Perspektive mehr. Die „unsichtbare Hand des Marktes“ verliert hier wie dort die Kraft, Menschen zu integrieren und ihnen zugleich Teilhabe am zivilisatorischen Fortschritt zu ermöglichen. Selbst gealtert vermag sie zwar weiter zu zerstören, ansonsten ist sie aber impotent geworden. Die vom Kapitalismus bedrängten vormodernen Strukturen und Mentalitäten stellen zwar ein Widerstandspotential dar und manches könnte auch anschlussfähig für eine wert- und staatsfreie Vergesellschaftung sein. Doch ohne eine sozusagen äußere konstituierende Kraft, wie sie Marx fälschlicherweise in der proletarischen Diktatur sah, scheint sich seine pessimistische Aussage zu bestätigen: Für sich genommen eröffnen diese Strukturen keinen Weg über den Kapitalismus hinaus.

Ich bin auf Theorie orientiert. Die Wesenslogik von Prozessen zu erfassen, die der Vergesellschaftungsformen, das ist mein Ding.

Das kann auch nicht falsch sein.

Dass wir gegenüber Politmanagern und den auf sie Hoffenden in eine ziemliche Isolierung geraten, das ist der bekannte Preis unserer Suche. Treibt dich das zu Hölderlin? Was bringt uns die ästhetische Aneignung von Wirklichkeit? Suchst du ein emotionales Gegengewicht?



Kommst du ohne das aus? Den Preis gegenüber Politik habe ich längst gezahlt. Doch der Gegensatz von bürgerlicher Existenz und unserem Denken wird dann menschlich problematisch und inhaltlich fragwürdig, wenn das eigene soziale Umfeld dies kaum aushält. Meines ist eines, das dem Mainstream in vieler Hinsicht entgegensteht und zugleich für die Beteiligten von existentieller Bedeutung ist. Christoph Spehr empfiehlt in Bezug auf seine so genannten freien Kooperationen bei starken Widersprüchen so zu handeln, wie es das ganz normale vereinzelte bürgerliche Individuum tut (sofern es sich das leisten kann). Es erpresst die anderen mit abgestufter Leistungsverweigerung. Hilft das nicht, erklärt es die anderen einfach für die falschen Leute und geht in ein neues Projekt.⁶ Eventuell bessert sich die Laune und – alles bleibt beim Alten. Meine Keller-Existenz – dort sind Bücher, PC, Internet – wird von der großen Familie mitgetragen. Dies aber in einer Art Ablass: „Diese ganze Gesellschaft fährt gegen die Wand. Das wissen wir auch. Du willst das auf den Begriff bringen, nach Alternativen suchen. Das ist okay. Doch verschone uns mit Näherem. Der Alltag wird sonst noch weniger erträglich.“ Es sind hellwache Leute. Sie ahnen die Dimension des notwendigen Bruchs mit den jetzigen Verhältnissen, unsere eigene Lebensweise eingeschlossen. Leben, eingebunden in die bürgerlichen Zwänge, und zugleich dagegen andenken – das kriegst du hier schwer hin. Sind unsere Theorien, konfrontiert mit unseren Lebensanforderungen, in irgendeiner Hinsicht hilfreich? Leute, die sich unserer Gemeinschaft mit ernsthaftem theoretischem Interesse nähern, die sich aber nur unter dem Spehr-Vorbehalt auf menschliche Beziehungen einlassen, werden regelrecht weggebissen: „Wir sind kein Tierpark.“ Die Distanz zu unserer Art des Theoretisierens ist eine Existenzbedingung der Uhle. Versteht ihr das Dilemma?

6.

Wie steht es mit dem potentiell kommunistischen in den bürgerlichen Formen selbst? Die von Marx in den Grundrissen zur Kritik der Politischen Ökonomie antizipierten Entwicklungen werden heute wirklich. Das Streben nach relativem Mehrwert, unverzichtbar für kapitalistische Selbstbehauptung, treibt zur automatisierten Produktion, verändert den Charakter der Arbeit und die Stellung der Produzenten. Aus Anhängseln der Maschinerie werden teilweise Designer, Dirigenten und Kontrolleure der Produktion. Sie benötigen wissenschaftliche, künstlerische und spielerische Fähigkeiten sowie erhebliche soziale Kompetenzen. Die Produktion materiellen Reich-

tums wird weniger bestimmt durch die Masse der verausgabten Arbeitszeit (in einfacher wie komplizierter Form) als von der Entfaltung der Individualität der Produzenten. Damit wird die Wertgrundlage der materiellen Produktion, also auch die soziale Stellung der Produzenten als Lohnarbeiter, zur „miserablen Grundlage“ und diese reif für ihre Aufhebung.⁷

Keine Brücke?

Wenn etwas Besonderes los ist, bricht das Schweigen. Und bei guten Filmen und Romanen, in denen der Gegensatz von menschlichen Ansprüchen und dem gesellschaftlichen Ganzen in konkreten Erscheinungen emotional-gedanklich fassbar ist. Dann passiert es, dass meine tabuisierten Thesen genutzt werden.

Wie erklärst du dir das? Mit Hölderlin?

Das ästhetische Erfassen kann dem theoretischen Begreifen vorausgehen. Ein Beispiel: Mir waren in der DDR genügend Fakten bekannt, um zu begreifen, dass diese Gesellschaft längst am Ende war. Doch ich konnte das nicht denken. Keine Theorie vermochte es zu vermitteln, dass von einer nichtbürgerlichen Entwicklung des Landes keine Rede sein, dass keinerlei Politik daran etwas ändern konnte. Und doch habe ich das Problem, die eigene Situation angenommen – auch über Hölderlin. Der hatte erlitten, was aus dem „herrlichen Sonnenaufgang“, der französischen Revolution, geworden ist und er stellte sich dem bewusst. Er fand keine soziale Kraft, die seine emanzipatorischen Hoffnungen stützte und er verleugnete diese nicht. In die Isolation getrieben fasste er seine Ansprüche ins menschlich fassliche Bild (nicht „nur“ wie sein Freund Hegel Zeit(-geschichte) ins zeitlos-theoretische System). Lange ehe ich das Warum begriff, kam ich in den 1980ern Hölderlin, den ich erst nicht mochte, nahe. Einen Blick für's Ganze hatte ich wohl, die real-„sozialistische“ Rechtfertigungstheorie, der ML, schien mir hinreichend, um soziale Entwicklungen zu begreifen und Politik war mir das geeignete Tätigkeitsfeld. Diese hermetische Abgeschlossenheit durchbrechen die Lebensgeschichte und die Ästhetik der Hölderlins. Vielleicht hat genau das mir ermöglicht, selbständig denk- und handlungsfähig zu sein, als in der Wende alle Gewissheiten verschwanden und große Existenzangst aufkam. Ich war immun gegenüber der allgemeinen Versuchung, sich nun die gesellschaftstragenden Institutionen in westlicher Variante schönzureden, sie als natürlich, als ewig anzunehmen. Ich konnte schwer Erträgliches denken und begann, wie nie zuvor ernsthaft Theorie zu betreiben. Für mich gingen die Hölderlins dem voraus.

7.

„Wenn alle Bedingungen einer Sache vollständig vorhanden sind, so tritt sie in

Wirklichkeit“.⁸ Hegel müsste auch so gelten: Zersetzten sich die Bedingungen einer Sache, stirbt sie. Doch von der möglich gewordenen kommunistischen Gesellschaft ist nichts zu sehen. Das Kapital frisst zwar seine Quelle auf, es reduziert die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit für die Produktion von Waren so vehement, dass alle Gegentendenzen neutralisiert werden⁹, doch von Agonie keine Spur. Der gleiche Prozess untergräbt auch noch das berühmte revolutionäre Subjekt. Die Industriearbeiterschaft verliert ihre quantitative, organisatorische und mentalitätsmäßige Stärke. (Nachholende Entwicklungen einer Melange von Manchester- und High-tech-Kapitalismus in den „Peripherien“ führen in die gleiche Situation.) Keine antibourgeoise Klasse mehr, die den Staat erobern und die Gesellschaft umwälzen könnte. Kapitalismus und Kommunismus – der eine kann nicht sterben, der andere findet sozusagen keine Hebamme. Kein Weg aus dem Kapitalismus?

Denkt Hölderlin Wege aus dem Kapitalismus?

Er treibt den Widerspruch zwischen den menschlichen Ansprüchen und der Realität der Bereicherungsgesellschaft ins Unerträgliche. Seine Helden werden Geschäftemacher oder sterben. Doch gerade damit gibt er dem erhofften Menschlichen eine lebendige Gestalt, weicht nicht zurück. Diese Poesie schafft so etwas wie einen neuen sozialen Raum des fassbar Menschlichen. Er malt kein kitschiges Idyll, sondern beschwört die menschlichen Möglichkeiten, die immer wieder zurückgestutzt werden von den Verhältnissen. Die werden bei ihm auch kenntlich als Produkte der daran selbst leidenden Menschen. Die eigene Widersprüchlichkeit wird so als Moment der gesellschaftlichen fassbar und ausdrückbar. Jedenfalls ist da Hölderlin eine große Herausforderung. Auf eine Weise, wie Theorie das nicht vermag, kann das Kunstwerk die Individuen in die Auseinandersetzung mit den selbst mitgetragenen Verhältnissen treiben, Entwicklungen antizipieren auch dort, wo Theorie (noch) nicht hinreicht, wo sie eventuell noch gar nicht den richtigen Gegenstand gefunden hat, die angemessene Form.

8.

Was bedeutet es für unsere Suche, wenn in postfordistischer Produktion wissenschaftliche, künstlerische, spielerische und kooperative Fähigkeiten wichtiger werden? Die schöpferische Tätigkeit, der Selbstgenuss der Akteure könnte zur entscheidenden Triebkraft werden. Die materielle Existenz der ganzen Gesellschaft

2000 Zeichen

abwärts

Biene Maja hat Aids!

Diese Hiobsbotschaft sollte nicht nur Kinder oder Junggebliebene schockieren, sondern auch all jene, die gar keinen Honig mögen. Wie Wissenschaftler unlängst herausgefunden haben, ist das Leben der Bienen akut bedroht. Sogar von einem Colony Collapse Disorder (CCD) ist die Rede, da sie vielerorts massenhaft und auf mysteriöse Weise sterben. Auch wenn vieles noch ungewiss ist, scheint doch eines bereits festzustehen: Schuld ist das „beschädigte Leben“ (vgl. Adorno)!

Im Betracht kommen unterschiedliche auslös(ch)ende Faktoren: Pflanzen, die gentechnologisch modifiziert wurden, um für Schädlinge tödlich zu sein, nun aber ihre giftigen Abwehrstoffe über Nektar und Pollen abgeben und so das Immunsystem der Bienen entscheidend schwächen; mit ähnlichen Folgen wie bei Aids. Oder die Sendefrequenzen von Handys, welche die Kommunikation der Bienen stören, wenn diese im Bereich ihrer Tanzsprache liegen, was ihnen aufgrund mangelnden Informationsaustausches

die Orientierung raubt. Auch neue Pestizide, Monokulturen oder die Klimaerwärmung werden als Ursachen genannt.

Geht das Bienensterben unvermindert weiter, wären die Konsequenzen katastrophal – nicht nur für den Honig-liebenden Bären Winnie Puuh. Viele Pflanzen sind auf ihre Bestäubungshilfe angewiesen; und damit auch die Landwirtschaft, die aus Angst vor Umsatzeinbußen prompt reagiert und erste künstliche Methoden der Bestäubung testet. Ihr Gelingen ist ungewiss – und wäre lediglich ein Pyrrhussieg: Im Fall des Falles wäre die große Mehrheit der betroffenen Pflanzenwelt – weil unverwertbar – dem Untergang geweiht.

Das hätte einen Domino-Effekt im gesamten Ökosystem zur Folge, dessen Apokalyptik Albert Einstein wie folgt umreißt: „Wenn die Biene von der Erde verschwindet, dann hat der Mensch nur noch 4 Jahre zu leben; keine Bienen mehr, keine Bestäubung mehr, keine Pflanzen mehr, keine Tiere mehr, keine Menschen mehr...“

Ch. W.

ließe sich dadurch sichern, dass sich frei assoziierende Individuen jenseits der Wertform allgemein verfügbare nützliche Dinge herstellen. Sind die Gemeinschaften Freier Softwareproduzenten – siehe Linux – ein Vorschein solcher Gesellschaftlichkeit?¹⁰ Nicht, wie Lenin annimmt, aus dem Monopolkapitalismus und dem imperialistischen Staat, sondern hier schaut der Kommunismus durchs Fenster. Mehr aber auch nicht. Die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse an Lebensmitteln sowie an schöpferischer Tätigkeit bleibt mehrheitlich an den fremden Zweck Verwertung von Wert gebunden. Zu einem Zeitpunkt, da die wert- und herrschaftsförmige Vergesellschaftung ihre emanzipatorischen Potenzen, also ihre Berechtigung, verliert, erfahren die genannten menschlichen Fähigkeiten, die eine kommunistische Vergesellschaftung ermöglichen, weiterhin massive Vergewaltigungen. Sie mutieren immer wieder zu Destruktivkräften. Mit den genannten Fähigkeiten der Produzenten, die die postfordistische kapitalistische Produktionsweise braucht und partiell hervorbringt, ist die Möglichkeit, nicht aber die Wirklichkeit des auch nur gedanklichen Überschreitens des Bestehenden gegeben. Was

hindert die Individuen, die über die genannten Potenzen verfügen, dies zu tun? Was könnte es fördern?

Bei einem Wochenendseminar traf ich offene Leute, die Erfahrungen mit einer so genannten erziehungsfreien Entwicklung ihrer Kinder diskutierten. Keine Theoretiker, kein esoterischer Quark. Und doch nahm ich nicht an, dass sie meine Ideen einer anderen Vergesellschaftung aufgreifen könnten. Meine Logiken sind ihnen auch fremd, aber sie wollten ernsthaft den Menschen begreifen, der es auf sich nimmt, sich solche Gedanken zu machen. „Wie kommst du dazu, aus welchen Lebenserfahrungen heraus?“ Ich erzähle von den Konflikten des Softwaremenschen, der in die Zwänge der Erwerbsarbeit gepresst ist. Die eigenen Ideen, die wissenschaftliche Denkweise, die unerlässliche Selbstständigkeit aber rebellieren dagegen. Dieses Dilemma war in dem Kreis gut bekannt und da ging die Post ab.

9.

In Parteien, Parlamenten, staatlichen Gremien, Gewerkschaften, alimentierten Vereinen und NGOs kommen Menschen, die sich assoziieren, um kapitalistisch bedrohte menschliche Bedürfnisse zur Geltung zu bringen, in die gleiche Lage wie die bürgerlichen Individuen, die ihre Existenz

durch Erwerbsarbeit oder Alimentierung absichern müssen. Auch diese Institutionen und ihre „Wohltaten“ sind angewiesen auf eine funktionierende Verwertung. Auch politisch Engagierte, denen es um mehr geht, als anderen die Pfründe abzugeben, müssen damit die Ursache der Katastrophen pflegen, die sie bekämpfen wollen. Ein Blick auf das Ganze des Reproduktionsprozesses macht begreifbar, dass heute nur diese Alternative steht: diese Institutionen verlassen oder zu Exekutoren dessen werden, was man glaubt zu bekämpfen.¹¹ Trotz historischer und eigener Erfahrungen bleibt diese Erkenntnis den Akteuren verschlossen. Die altbekannte Methode der Selbstverdummung ist die: Die unleugbaren Probleme werden personalisiert bzw. institutionalisiert. Teilbereiche der Gesellschaft, zu denen man sich in grundsätzlicher Opposition wähnt, werden verantwortlich gemacht für das, was Resultat des Gesamtzusammenhangs ist. In aufklärerischer Weise wird auf die jeweils andere Fraktion wie auf einen Tierpark gezeigt. So kann durchaus Treffendes gesagt werden. Aber die herrschende Lebensweise selbst, das Ganze, kommt so nicht in den Blick, damit auch nicht die Form, in der die Kritiker selbst agieren. Ohne den eigenen Standort als Moment des überfälligen Ganzen zu begreifen, wird Kritik zur Denunziation der jeweils anderen Position, die in ihren strukturellen Ursachen unbegriffen bleibt. Zukunftskonzepte auf dieser Basis sind abstrakte Utopien. Sie beruhen auf der gemeinsamen Annahme der Kontrahenten (z.B. in der Kontroverse Gorbatschows und Honeckers über die Perestroika), die Lösung der Probleme sei innerhalb der gegebenen Grundinstitutionen (im obigen Beispiel: Staat und „sozialistische“ Warenproduktion) zu finden. Tatsächlich gelöst können sie aber nur werden, wenn in der Suche bzw. Konstitution von Lebenspraxen außerhalb der jetzigen Grundinstitutionen auch die Vernunft des Bestehenden überschritten wird.

Das ist doch das Überschreiten aufklärerischer Theorie! Deine Ideen, das Allgemeine bringst du zusammen mit deiner eigenen Existenz, richtiger der Kritik daran. Genau damit schaffst du bereits einen sozialen Raum jenseits des Gegebenen. In diesen kann man mit dem Blick auf die eigenen Widersprüche einsteigen. Wenn die Aufklärung ihr historisch-bürgerliches Geschäft erfüllt hat, gilt es, wie Marx sagt, die existentiellen Bedingungen falschen Denkens selbst anzugreifen und den Prozess „ad hominem“ zu demonstrieren.¹² Nur funktioniert das gerade bei den Leuten nicht, die in der Politik Gutes für andere Menschen tun wollen. Das avantgardisti-

sche FÜR-ANDERE, das ist eben das Bürgerliche, es verbleibt in der Aufklärung.

10.

Die entscheidende unaufhebbare Hürde für Menschen, die bürgerliche Gesellschaft geistig zu überschreiten: Es existiert keine nachweislich funktionierende neue Gesellschaftsform auf entsprechendem zivilisatorischem Niveau, in die sie einsteigen könnten wie in einen Zug. Zweitens: Solange kurzsichtiges Bewusstsein im Alltag davon ausgeht, die berühmte „unsichtbare Hand des Marktes“ bzw. die Politik werde es schon richten, gibt es keinen unbedingten Zwang dazu, in solche Ungewissheit hineinzudenken. Drittens bedarf es einer besonderen Genussfähigkeit, um überhaupt den Wunsch haben zu können, in einer Gesellschaft zu leben, in der die Anerkennung des Menschen und damit sein Selbstbewusstsein nicht von der Fähigkeit abhängt, fremden Zwecken zu dienen, sich in Konkurrenz zu anderen Menschen als Ware zu verdingen und existenzsichernd Wert anzuhäufen. Reichtum bewertet sich dann nach menschlichen Qualitäten wie Schöpferkraft, vielfältige und tiefe menschliche Beziehungen jenseits der heute bestimmenden Formen und Kategorien. Auch wenn vieles in der postfordistischen Produktionsweise dahin drängt, solcher Genussfähigkeit stehen doch die Zwänge der Selbstbehauptung der Individuen entgegen, die sich als Wert produzierende Waren gestalten müssen.

Auch nach solchen Seminaren kommt der Montag und nach der Hölderlin-Lektüre das Tägliche. Abgesehen von den genannten Ausnahmen zeigt sich bei mir in der Uhle: Es vermischt sich nichts. Alles bleibt schön getrennt – ich im Keller oder im WaK-Kreis und der hat nichts zu tun mit der materiellen Reproduktion und mit den geistigen Zwängen, dies auszuhalten. Auch der olle Marx examinierte jenseits seiner kühnen Ideen seinen potentiellen Schwiegersohn nach allen Regeln des Familienerbauptes. Unverständlich? Er wollte wohl nicht, dass eventuelle Enkelkinder genauso verhungern wie der eigene Sohn. Auch folgende Geschichte könnte stimmen: Er schmiss einen Mann raus, der von ihm fassliche Bilder des kommunistischen Lebens verlangte und zwar unter Verweis auf Marx' eigene Lebensweise. Darauf eine Dame: „Aber Dr. Marx, auch ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie etwa ihre Stiefel selbst putzen.“ „Madame, wenn es soweit ist, sind wir glücklicherweise längst tot.“

Wenn auch im Widerspruch zu seiner eigenen Existenz – er dachte ja doch über die kapitalistische Gesellschaft hinaus.

Ja als sozusagen prophetischer Gelehrter. Wo er aber in der Arbeiterbewegung in reale gesellschaftliche Prozesse eingriff, da reproduzierte er durchaus die Formen der bekämpften Institutionen und entsprechende Verhaltensweisen. Das hatte auch theoretische Konsequenzen, so seine Vorstellung von der Diktatur des Proletariats, unter der es wenigstens vorübergehend noch so etwas wie Lohnarbeit, Warenproduktion geben müsste¹³ – für den Wissenschaftler Marx eigentlich ein Unding.

Und trotzdem hat der ML so Unrecht, wenn er meint, dass die Einnahme des Standpunktes der Arbeiterklasse die Voraussetzung dafür war, dass Marx geistig den Kapitalismus überschreiten konnte. Die Überzeugung von der historischen Berufung des Proletariats, den Kapitalismus zu überschreiten – ein Irrtum sozusagen als Bedingung für geniale Einsichten?

11.

Ausgehend von der englischen Nationalökonomie als wissenschaftliche(r) Widerspiegelung der englischen nationalökonomischen Zustände¹⁴ unternimmt der junge Marx ein Gedankenexperiment. Er akzeptiert „ihre Sprache und ihre Gesetze“ und verfolgt „mit ihren eignen Worten“¹⁵ die kapitalistische Entwicklung. Sozusagen wesenslogisch leitet er entlang ihrer Einsichten die aus dem Kapitalismus selbst hervorgehende Möglichkeit und (Lebens-) Notwendigkeit des Kommunismus her.¹⁶ Hier erscheint das kommunistische Denken, das Hinausgehen über den Kapitalismus als zwingende Konsequenz des Begreifens des Kapitalismus. Warum kommt er dahin, nicht aber die geschätzten Nationalökonom Smith und Ricardo? Spielt es eine Rolle, dass seine Hinwendung zum Kommunismus unter der Voraussetzung einer Annahme geschah, die damals ein Irrtum war? Die bürgerliche Gesellschaft schien ihm schon geschichtlich überreif, unfähig, auch nur partieller Emanzipation noch Raum zu bieten.¹⁷ Kommunismus sei „die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen (also damaligen, Anm. U.W.) Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.“¹⁸ Tatsächlich bedarf es einer noch weitreichenden kapitalistischen Entwicklung, bis die auf Wert gegründete Produktionsweise zur miserablen gesellschaftlichen Grundlage wird und Bedingungen ihrer Aufhebung entstehen. Das bewies der spätere Marx. Was bedeutet aber der frühe Irrtum für unsere Frage, wie ein über das Bürgerliche hinausgreifendes Denken möglich ist? Er scheint mir ebenso fundamental wie

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

51

Migration, Integration und Menschenrechte

Migrantinnen, Ausländerrecht und Zwangsmassnahmen; Sans-Papiers; Menschenhandel; Solidarische Asyl- und Migrationspolitik; Integration, Partizipation und Gleichberechtigung; Kulturalisierung; Gewerkschaften und Migration; Second@s in der Schweiz

M. Spescha, S. Pittà, Y. Riaño / N. Baghdadi, B. Schwager, A. Lanz, H. Busch / B. Glättli, S. Jegher, G. D'Amato / R. Fibbi, S. Prodoliet, M. Terkessidis, A. Sancar, A. Gamboa / T. Leite, V. Aleeva, A. Juhász

Globalisierung und Arbeitsmigration

Ch. Butterwege: Weltmarktdynamik und Migration
Ch. Marischka / T. Pfüger: EU-Grenzregime
S. Brodal: Sklavenarbeit in der Landwirtschaft
M.R. Krätke: Globalisierung und Nationalstaat

232 Seiten, € 16.– (Abo. € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8031 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Marx' kategorischer Imperativ (den er freilich mit vielen, sonst anders denkenden Menschen teilt), „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“¹⁹ Damit gewann Marx eine Sicht, die die bürgerliche Epoche übersteigt, den Kapitalismus samt seinen Grundinstitutionen wie der Warenproduktion, den Klassen, dem Staat als historische, also vergängliche Erscheinung begreift. Nur von einem Standpunkt außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, dem der „menschliche(n) Gesellschaft oder ... (der) gesellschaftliche(n) Menschheit“²⁰ konnte er den inneren Logiken der Nationalökonomie, der kapitalistischen Produktionsweise bis zum Ende folgen, das Ganze denken. Ohne derartige sozusagen utopische Sprünge sind Menschen nicht in der Lage, das Gegebene geistig zu überschreiten.

Ohne dies kann auch die stringenteste Theorie nichts ausrichten. Ein vorgestellter anderer sozialer Raum, das „Durchspielen“ menschlicher Möglichkeiten außerhalb der Verwertungslogiken, also die ästhetische Aneignung, Antizipation von Wirklichkeit spielen eine große Rolle. Der 24-jährige Marx schreibt angesichts philosophierender deutscher und französischer Handwerker in Paris an Feuerbach: „Sie müssten einer der Versammlungen der französischen Ouvriers beigewohnt haben, um an die jungfräuliche Frische, an den Adel, der unter diesen abgearbeiteten Menschen hervorbricht, glauben zu können. ... Jedenfalls aber bereitet die Geschichte unter diesen ‚Barbaren‘ unserer zivilisierten Gesellschaft das praktische Element zur Emanzipation des Menschen vor.“²¹ Auch wenn er wusste, mit welcher zwingenden

2000 Zeichen

abwärts

Diese Welt ist nicht von unserem Reich

Angesichts der aus Stasizeiten vertrauten Abnahme von Geruchsproben, der massiven Einschüchterungsversuche im Vorfeld des Gipfels und der Errichtung eines anti-antiimperialistischen Schutzwalls um den Tagungsort fühlen sich viele im deutschen Osten heim in die DDR versetzt. Was die strukturelle Paranoia der politischen Klasse angeht, stimmt der Vergleich zweifellos, herrschaftsgeographisch betrachtet hinkt er allerdings. Das große Vorbild des Heiligendammer Sicherheitszaun hat einst die sozialistische Weide eingehegt, um die Arbeiter- und Bauernschäfchen am Weglaufen zu hindern. Das Remake sorgt dagegen dafür, dass potentielle Störer, also alle außer den Funktionsträgern, draußen bleiben müssen.

Die Verlegung der G8-Treffen von Städten wie Seattle oder Genua in „sicherheitstechnisch“ hochgerüstete Römerlager auf Zeit in der tiefsten Provinz, fügt sich in eine allgemeinere Entwicklung ein. In den letzten Jahren hat sich gegenüber älteren Phasen der kapitalistischen Gesellschaft eine Rollenkehr vollzogen. Seit dem 16.

Jhdt. haben die Herrschenden Vagabunden und Arbeitsscheue hinter Schloss und Riegel bringen lassen, heute sperren sie sich sicherheitshalber selber weg. Vom Absolutismus bis zu den Nachkriegsdemokratien bildete der Sitz des Souveräns das gut sichtbare, symbolische Zentrum eines Staates, der zumindest dem Anspruch nach sein gesamtes Territorium gleichermaßen erfasste. Daneben entstanden Sonderzonen der Unzugänglichkeit und potenzierten Kontrolle wie das Gefängnis, das Arbeitshaus und schließlich das Lager, die zur Aussonderung gewöhnlicher Delinquenten und vermeintlicher oder tatsächlicher Staatsfeinde dienten. Das heutige Aussperrregime greift auf diese Vorbilder zurück und organisiert die Zonen der Macht zum Hochsicherheitstrakt um.

Offiziell soll der G8-Gipfel die großen globalen Probleme (Klimaschutz, Verarmung) einer Lösung näher bringen. Es gibt viele Gründe, warum kaum jemand ernsthaft erwartet, dass er diesem Anspruch gerecht wird. Dazu gehört auch die sicherheitsgeographische Message, die von Heiligendamm ausgeht: „Diese Welt ist nicht von unserem Reich.“

E. L.

Gewalt die große Industrie den vormoderne Reichtum an Persönlichkeit im Proletariat auf wenige Fähigkeiten hin zurücktet, solche Bilder mobilisierte auch der Denker Marx für sich selbst und hier für einen Theoretiker wie Feuerbach.

Wer in der jetzigen Gesellschaft so etwas wie Keimformen einer neuen erkennen will, Momente einer möglichen anderen Vergesellschaftung, der muss sozusagen aus der Zukunft zurück in die Gegenwart blicken. Erst aus dieser Sicht ist solches ersichtlich. Mit der Arbeiterbewegung zieht nicht mehr, wie es im Lied heißt, „die neue Zeit“. Der Standpunkt der menschlichen Gesellschaft kann nur auf eine andere Weise gewonnen werden, nicht in Parteinahmen in Klassenschlachten oder etwa für „sozialistische“ Staaten, die Kapital in ihren Händen konzentrieren. Wir stellen das Entstehen von materiellen und geistigen Momenten fest, die den agierenden Individuen eine wert- und herrschaftsfreie Vergesellschaftung überhaupt erst ermöglichen. Zugleich wachsen die Verwertungsfunktionen immer mehr in die Individuen hinein. Diese Widersprüchlichkeit innerhalb der Individuen, die des Denkens, des Fühlens müssen wir erfassen, sie „ad hominem“, an uns

selbst, in unseren Gemeinschaften demonstrieren. Entlang der inneren Logiken des Kapitalismus können von Menschen, die ihn überhaupt für aufhebbar halten, dessen Grenzen erkannt werden. Über ihn hinaus führen sie selbst nicht. Das Neue kann nur entstehen, indem Individuen es setzen. Diese müssten sich weit über das hinaus, was noch oder schon in dieser Weise geschieht, assoziieren und die Wert- und Herrschaftsformen aufhebend sich ihre Gegenständlichkeiten und ihre sozialen Verhältnisse schaffen. Eingebunden in solche Versuche als Selbstkritik der Akteure kann Theorie ihre Ohnmacht überwinden.

Anmerkungen

- 1 Karl Marx, Thesen über Feuerbach. MEW 3/5f.
- 2 Hegel, G.W.F., Phänomenologie des Geistes, Suhrkamp 1970, Bd. 3/151f.
- 3 Hegel, a.a.O. 154f.
- 4 Karl Marx, Brief an VI. Sassulitsch. MEW 19/243 und ders., Marx, Brief an VI. Sassulitsch. Erster Entwurf. MEW 19/388f.
- 5 Johannes Stockmeier, „Wömen war's“ – postkoloniale soziale Bewegungen in Nigeria;

Ulrich Weiß, *Der russische Bauer – der geborene Sozialist? Marx zu nichtkapitalistischen Entwicklungschancen vormoderner Gemeinschaftsformen*, Vorträge 29./30. April 2005, Helle Panke e. V., Mitschnitt unter http://www.opentheory.org/wak/women_wars.zip

- 6 Siehe Christoph Spehr (Hrsg. und Autor), *Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation*, Reihe: Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bd. 9, Berlin 2003. Darin Beitrag von Ulrich Weiß, *Frei wozu?*, siehe auch: www.opentheory.org/frei-wozu/
- 7 Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie*, MEW 42/601.
- 8 Hegel, G.W.F., *Wissenschaft der Logik. Zweiter Teil. (1814)*, Frankfurt am Main 1986, S. 210.
- 9 Ulrich Weiß, *Existenzgeld – eine problematische Forderung? Vortrag, Verein „Anders Arbeiten oder gar nicht“*, 14. Juni 2005, siehe Punkt 7. *Einsparung von wertproduzierender Arbeitszeit und Gegentendenzen*.
- 10 Hierzu Stefan Meretz, *Linux 6 Co, AK Spak Bücher*, siehe auch www.opentheory.org/ und www.streifzuege.org/texte_str/str_01-2_meretz_keimform-hypothese.html
- 11 Die bürgerlichen Institutionen waren nicht immer schon das falsche Feld menschlichen Emanzipationsstrebens. Siehe hierzu Ulrich Weiß, *Marx und der mögliche Sozialismus*, in: *Utopie kreativ*, Nr. 120, Oktober/2000.
- 12 Karl Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*. MEW 1/385.
- 13 Karl Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, MEW 19/20f.
- 14 Karl Marx, *Kritische Randglossen zu dem Artikel „Der König von Preußen und die Sozialreform. Von einem Preußen“*, MEW 1/396.
- 15 Karl Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, MEW EB I/510.
- 16 „Er ist das aufgelöste Rätsel der Geschichte und weiß sich als diese Lösung. ... Daß in der Bewegung des Privateigentums, eben der Ökonomie, die ganze revolutionäre Bewegung sowohl ihre empirische als theoretische Basis findet, davon ist die Notwendigkeit leicht einzusehen.“ Karl Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, MEW EB I/536.
- 17 Karl Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*. MEW 1/391.
- 18 Karl Marx, *Friedrich Engels, Deutsche Ideologie*, MEW 3/36.
- 19 Karl Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*. MEW 1/385.
- 20 Karl Marx, *Thesen über Feuerbach*. MEW 3/7.
- 21 Karl Marx, *Brief an Ludwig Feuerbach*. 11. August 1844, in: MEW 27/426.

Unpopuläres zum Populismus

1. TEIL: ENTWÜRFE ZUR IMMANENTEN TRANSZENDIERUNG DER POLITIK

von Franz Schandl

Nehmen wir nur eines der vielen Bücher, die heute zum Thema veröffentlicht werden. Vor uns liegt ein von Susanne Frölich-Steffen und Lars Rensmann herausgegebener Sammelband mit dem Titel „Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa“ (Braumüller, Wien 2005, 237 Seiten, 24,90 Euro, Seitenangaben beziehen sich in Folge darauf), der hier einer speziellen Betrachtung unterzogen wird, obwohl die darin enthaltenen Überlegungen alles andere als speziell sind. Der Band geht zurück auf die Tagung „Rechtspopulisten an der Macht“, die im Februar 2005 an der Ludwig-Maximilians-Universität München abgehalten wurde. Die einzelnen Beiträge sind unterschiedlicher Qualität, was sie eint, ist aber das unhinterfragte und schier selbstverständliche Glaubensbekenntnis zur Demokratie.

Demos und Populus

Zweifellos, wer vom Populismus spricht, darf von der Demokratie nicht schweigen. Das kann man den Autoren auch nicht vorwerfen, problematisch ist allerdings, dass sie den Zusammenhang fast ausschließlich als Differenz gelten lassen. Diskutiert wird die Spannung, nicht jedoch das gemeinsame Bezugsfeld. Der Populismus erscheint weniger als konsequente Äußerungsform der Demokratie, sondern als tendenziell gegen sie gerichtet. In dieser Gegenüberstellung fühlt die Sozialwissenschaft sich wohl, ist doch eines ihrer Aufgabengebiete die Anprangerung der Abweichung von einer bestimmten Norm. Das ist ihr Bedürfnis, weil Pflicht.

Solch Kritik des Populismus liegt oft analytisch unter dem Niveau populistischer Selbstschau. Nehmen wir etwa Thaddäus Podgorski, den ehemaligen ORF-Chef, der einer der wenigen ist, der jenen Widerspruch so gar nicht gelten lassen will. Wer für Quote und Verkauf ist, wer gewählt werden will, ist unvermeidlich ein Populist, schreibt er sinngemäß in der *Kronen Zeitung*. Auf die Frage, was Populismus sei, antwortet Podgorski: „Der Duden spricht von einer Politik, die versucht die ‚Gunst der Massen‘ zu gewinnen. Na und? Das wollen wir doch alle, auch wenn wir

es nicht zugeben. Populismus soweit das Auge reicht. Nur wer populär ist, kann sein Produkt oder sich selbst verkaufen. Der Bekanntheitsgrad diktiert den Preis.“ Wer den Markt will, muss auch den Populismus wollen und wer den Populismus nicht will, darf auch nicht den Markt wollen. Das liegt auf der Hand, aber begriffen werden will es akkurat nicht. Natürlich ist das nun nicht unbedingt eine große Erkenntnis, sondern nur die herbe Wahrheit, aber sie ist doch um vieles weniger abgefeimt als die akademische Verlogenheit, die selten über ritualisierte Beschwörungen hinauskommt. Es ist beschämend wie bezeichnend, dass der Vertreter der Kulturindustrie hier klarer sieht als viele Vertreter der wissenschaftlichen Zunft.

Nicht nur weil *Demos* und *Populus* das Gleiche bezeichnen, ist die mehrfach vortragene Grundthese, dass Demokratie und Populismus sich widersprechen, äußerst fragwürdig. Die Mobilisierung von Stimmungen und ihre Verwandlung in Stimmen ist doch die der Marktwirtschaft analoge Aufgabe der Politik. Im Populismus wird jene beständig an die Werbeindustrie und deren Praktiken angepasst. Die Populisten reproduzieren sich als mediale Helden. Der Erfolg des Populismus in der Politik läuft parallel zur Ausweitung und Systematisierung der Public relations. Seriosität und Diskretion sind in der Arena einer rücksichtslos agierenden politischen Auseinandersetzung auf jeden Fall weniger geschäftstüchtig, das heißt Stimmen akkumulierend, als Anmache und Aufdringlichkeit. Es ist davon auszugehen, dass die populistische Zurichtung von Politik sich inzwischen verallgemeinert hat. Nicht nur Populisten sind populistisch.

Die Herausgeber schreiben selbst: „Der Politikstil nationalpopulistischer Akteure ist entsprechend personalisierend und auf Selbstinszenierung des charismatischen Parteiführers im Spiel mit der Mediendemokratie sowie auf populäres Agendasetting ausgerichtet.“ (S. 11) Aber kann damit nicht jede Politik beschrieben werden? Nach dieser Einschätzung müsste man Politik konsequenterweise als populistisch charakterisieren. Übersetzung und Umsetzung von Interessen werden nachrangiger. Personalisierung, Inszenierung, Me-

diatisierung sind das Um und Auf politischer Kommunikation geworden. Mit dem Populismus beseitigt die Politik ihre letzten sich einst auferlegten Skrupel.

Was unterscheidet, ist der Grad der Auffälligkeit und die Selektion der Zugeordneten, aber doch nicht die Form. Wird der populistische Zug lediglich an seinen schärfsten oder penetrantesten Exponenten demonstriert, fällt die Politik als Ganzes in den Schatten der Unauffälligkeit. Man wird den Verdacht nicht los, dass der Populismus als Folie der Abgrenzung erhalten muss, um das Gegebene besser erscheinen zu lassen und es vor allem als unhinterfragbar anzuerkennen. Populisten fungieren sodann als Störenfriede, aber als objektiv notwendige Störenfriede.

Legitimationswissenschaft

Stützig macht auch die Rede von „liberaldemokratischen Systemen“ (S. 4). Worin besteht der Sinn, das Wort „liberal“ vorne anzukleben? Niemand käme auf den Gedanken, die Demokratie „sozialdemokratisch“ oder „christdemokratisch“ zu benennen. Warum diese plakative Überbestimmung? – Liberal ist jedenfalls eines dieser Flexiwörter, es kann stehen für vieles: für marktwirtschaftlich, offen, tolerant; einmal bezeichnet es eine dezidierte politische Richtung, dann wiederum gleich das politische System der repräsentativen Demokratie. Aber immer schwingt eine positive Assoziation mit. Mit solcher Begrifflichkeit ist der Beliebigkeit freilich Tür und Tor geöffnet, theoretisch ist sie jedenfalls nicht ausgewiesen, geschweige denn fundiert. Dass sowohl Liberalismus als auch Populismus den Markt beschwören (ganz exzessiv z.B. Berlusconi, aber auch alle Haiderianer), wird hier nicht als gemeinsame Basis identifiziert, sondern einfach eskamotiert. Doch gerade das verbindet sie: *pro Arbeit, pro Leistung, pro Konkurrenz, pro Standort, pro Markt, pro Werbung, pro Kulturindustrie*. Dumme Frage: Warum ist eigentlich die Forderung nach mehr Staat populistisch und die nach mehr Markt nicht?

Es sollte darüber nachgedacht werden, ob die Populismus-Forschung nicht falsch

Fortsetzung auf Seite 24

Streifzüge

Verfügbare Sondergebote Vorverlegte Augustsammlung Verlockende Transformationen

Alle unheiligen Zeiten treten wir vor unser Publikum und bitten um Geld. Das ist zwar jedes Mal etwas peinlich, wird aber nicht so schnell aufhören. Höchstens wir schließen den Laden, das aber wollen wir nicht und es zeichnet sich auch nicht ab. Die Frage also, wie sagen wir es ihnen diesmal, ist nicht so ohne. Einerseits müssen wir aufdringlich sein, andererseits dürfen wir nicht zu aufdringlich erscheinen. Originell soll es auch sein. Jammern darf man nicht. Zu großspurig auftreten allerdings auch nicht. So strengen wir uns an wie die Werbefuzzis in der Hoffnung, Sie und Euch, womöglich, ordentlich abzukassieren.

Natürlich ist es ein Widerspruch, immer wieder gegen das Geld aufzutreten, es auf der anderen Seite aber vehement einzufordern. Damit müssen wir leben, und wir bitten nicht nur um Nachsicht, sondern um Unterstützung. Ein Ziel der *Streifzüge* ist es – wie das jedes anderen Unternehmens in kapitalistischen Zeiten –, zu expandieren. Das Ziel freilich ist ein anderes, aber dieses ist ohne jenes nun mal nicht zu bewerkstelligen. So will es die abgefeimte Dialektik.

Wir brauchen jedenfalls MEHR: Mitglieder, Trafomitglieder, AutorInnen, LeserInnen, mehr AbonnetInnen, nicht zuletzt aber mehr Einnahmen. Denn aus der dringlichen Aufgabe alleine ergibt sich nichts, sie bedarf wie alles Bedürftige einer Finanzierung. Traurig, aber wahr – wenn auch bloß eine bürgerliche Wahrheit.

Mehr Abos * Mit 1. Juni 2006 hatten wir 235 bezahlte Abos, mit 1. Juni 2007 264, das ist eine Steigerung um 12,34 Prozent. Da kommt nicht einmal China mit. Vielleicht schaffen wir heuer 350 Abonnements. Wir wollen uns gar nicht vorstellen, auf welcher stabilen wie hurtigen Beinen wir stehen und laufen könnten, hätten wir nicht 300 Abos, sondern 600 oder gar 1000. Da ließe sich schon einiges anstellen. Das Magazin könnte auch auf formaler Ebene um einiges ansprechender gestaltet werden, Vorüberlegungen dazu gibt es bereits. Wir könnten außerdem einige AutorInnen bei ihren Projekten unterstützen, ja möglicherweise sogar ein kleines Honorar für die geschätzten Beiträge zahlen. Das wäre nicht nur angemessen, sondern auch in vielen Fällen notwendig.

Mehr Spenden * Zu wissen und zu bedenken ist Folgendes: die *Streifzüge* sind völlig unabhängig, d.h. sie hängen an keinen Fördertöpfen oder sonstigen institutionellen Zuflüssen, so dass wir weder legal noch illegal in irgendwelche Kassen greifen können. Das gilt nicht nur für die Zeitschrift, sondern auch ad personam. Die Redaktion der *Streifzüge* fuhrwerkt ohne soziales Si-

cherheitsnetz. Die einzige Versicherung, die wir haben, ist eine LeserInnenschaft, die dieses Magazin will und auch bereit ist, es fördernd mitzutragen. Ohne läuft gar nix. Spenden sind daher immer willkommen. Wir führen dieses Jahr übrigens keine Augustsammlung anbei ausgewählten AdressatInnen durch, daher wendet sich dieser Spendenaufruf auch nicht an ein gesondertes Publikum, sondern an alle, denen er in die Hände fällt.

Mehr Trafos * Noch mehr freuen würde uns allerdings eine Mitgliedschaft im **Transformationsclub** der *Streifzüge*. Die Mitgliedschaft kostet monatlich 10 Euro, vierteljährlich 30 Euro oder jährlich 120 Euro. Wer heuer noch beitrifft, dessen Mitgliedschaft gilt für 2007/2008.

Der Mitgliedsbeitrag im Transformationsclub umfasst folgende Leistungen (Kriterienkatalog):

- Gratisbezug der *Streifzüge*
- Gratisbestellung von bis zu 5 Exemplaren der aktuellen Ausgabe
- Gratisnachbestellung aller alten Nummern (soweit vorhanden)
- Gratisbezug der *krisis*
- Gratiszustellung bestimmter Bücher und Broschüren (z.B. „Dead Men Working“)
- Sonderpreise für diverse Publikationen
- Einladungen zum Transformationsheurigen

Wer übrigens aus dem Trafoclub (wieder) ausscheiden möchte,; Nichtzahlung reicht, dann verwandelt sich die Trafomitgliedschaft in ein Dreijahresabo.

Mehr Sonderangebote * Zuletzt gibt es natürlich auch wieder einen Versuch, unser Papier nicht zu Altpapier werden zu lassen, sondern es gezielt an die Leute zu bringen. Die Marktwirtschaft persiflierend veranstalten wir heuer einen vorgezogenen, aber langanhaltenden Sommerschlussverkauf mit unwiderstehlichen Sonderangeboten und Schnäppchen. Alles gegen Vorauskasse, solange der Vorrat reicht. Die Gelegenheit ist zu nutzen, bestimmte Ausgaben werden knapp bzw. gibt es diese überhaupt nur noch im Kombipack. Vor allem die NeuabonnetInnen der letzten Jahre könnten sich mit bestem Lesestoff eindecken. Nun denn, siehe Kasten!

Wir bedanken uns für die Aufmerksamkeit und wünschen einen erholsamen Sommer.

Eure Streifzüge-Redaktion

Ausgewähltes aus den Nummern 30 bis 39

Nr. 30 / April 2004 * **Christian Höner:** Was ist der Wert? * **Franz Schandl:** Mehrwert und Verwertung * **Stefan Meretz:** What's Copyleft? * **Maria Wöflingseder:** „Je mehr Magenschmerzen, desto süßer lächeln sie“ * **Lorenz Glatz:** Das Kampfhundsyndrom * **Andreas Exner & Ernst Schriebl:** Nachhaltiger Kapitalismus?

Nr. 31 / Juli 2004 * **Franz Schandl:** Imagine! * **Lothar Galow-Bergemann:** G und W – Eine vertrackte Beziehungskiste * **Ernst Lohoff:** Out of Area – Out of Control (1. Teil) * **Alfred Noll:** Copyleft ante portas? * **Roger Behrens:** Schwierigkeiten einer Philosophie der Popkultur * **Maria Wöflingseder:** Sie schlafen nicht im Zombie-Zirkus

Nr. 32 / November 2004 * **Lorenz Glatz:** Warum nichts mehr geht... * **Franz Schandl:** Unentwegte Beschäftigung. Aktuelle Notizen zum Arbeitswahn * **Ernst Lohoff:** Out of Area – Out of Control (2. Teil) * **Andreas Exner, Christian Lauk, Konstantin Kulterer, Michael Katzmayer & Ernst Schriebl:** Nachhaltiger Kapitalismus? (4. Teil) * **Norbert Trenkle:** Unternehmen Ent-Sorgung. Zur Verharmlosung antisemitischer Tendenzen

Nr. 33 / März 2005 * **Andreas Exner:** Geld für Alle = Alle für Geld? * **Erich Ribolits:** Pädagogisierung – Oder: „Wollt ihr die totale Erziehung“? * **Martin Scheuringer:** „Sich Verlieben“ als Konkurrenzkampf * **Franz Schandl:** Lust auf Vernichtung. Der Genozid als universelle Kategorie der Moderne * **Andreas Exner & Stephanie Grohmann:** Bye bye Zinskritik...

Nr. 34 / Juli 2005 * **Franz Schandl:** Fassadenschau * **Ernst Lohoff:** Die dritten Zähne des Antikapitalismus * **Peter Samol:** Ersatzdroge für Arbeitssüchtige * **Meinhard Creydt:** Das Elend der Gerechtigkeit * **Ilse Bindseil:** Man kann nur entweder das Recht lieben oder...

Nr. 35 / November 2005 * **Franz Schandl:** Obszönität und Reichtum * **Peter Samol:** Wertkritik im Comic * **Lorenz Glatz:** „Code unbekannt“ * **Karl-Heinz Lewed:** White Wild West * **Norbert Trenkle:** Schizophrene Stimmungslage

Nr. 36 / April 2006 * **Eske Bockelmann:** Abschaffung des Geldes * **Marianne Gronemeyer:** Wenn uns die Arbeit ausgeht * **Frank Engster:** Caché oder Welcher Sinn wird durch Tausch denn gegeben? * **Franz Schandl:** In Acht nehmen * **Andreas Exner & Irina Vellay:** Detroit Summer

Nr. 37 / Juli 2006 * **Günther Anders:** Verbotene Kritik * **Franz Schandl:** Vom Einkaufen * **Martin Scheuringer:** Ich und meine Charaktermaske * **Berthold Unfried:** Von der Beichte zur Talk-Show * **Ilse Bindseil:** Was Hänschen nicht lernt... * **Lorenz Glatz:** Verlieren und Verlierer. Loser * **Ernst Lohoff:** Die geschlossene Gesellschaft und ihre Feinde

Nr. 38 / November 2006 * **Andreas Exner:** Markt und Kapital. Die Unzertrennlichen und ihre Motschgerer * **Erich Ribolits:** Grundeinkommen – Bedingung der Möglichkeit von Bildung? * **Franz Schandl:** Vom Verkaufen * **Andreas Exner:** Reform oder Raiffeisen? * **Ulrich Enderwitz:** Kommunikation und Konsum * **Maria Wöflingseder:** „Das gute Leben“ – Über Fred Wander

Nr. 39 / April 2007 * **Lorenz Glatz:** Alles außer Krieg ist schwer zu machen * **Ulrich Enderwitz:** Aggression und Regression * **Peter Klein:** Existenz und Terror * **Lothar Galow-Bergemann:** Wegsehen oder Solidarität mit Israel? * **Maria Wöflingseder:** Vom Markt der Religionen zum Markt als Religion

Gesamtinhaltsverzeichnis siehe
www.streifzuege.org

Sonderangebot 33: *Streifzüge* Jg. 2001–2006, das sind 18 Nummern um günstige 33 Euro.

Sonderangebot 55: *Streifzüge* Jg. 2001–2009, das sind 27 Ausgaben um phantastische 55 Euro.

Sonderangebot 77: Alle lieferbaren Ausgaben der *Streifzüge* von 1996 bis inklusive 2009, das Manifest gegen die Arbeit, das Plagiat und die *krisis*-Nummern 29 und 31 zum phänomenalen Preis von 77 Euro.

Sonderangebot 99: Alle lieferbaren Ausgaben der *Streifzüge* von 1996 bis inklusive 2009, das Manifest gegen die Arbeit, Plagiat, „Dead Men Working“ und die *krisis*-Hefte 10, 23, 28, 29, 30, 31 um sagenhafte 99 Euro.

Weiters gelten auch folgende Angebote zum jeweils kleinsten Preis von 10 Euro:

- Kennenlernpaket (6 von uns zusammengestellte Ausgaben)
- 10 Hefte der jeweils aktuellen Nummer zum Wiederverkauf
- Einzelne Jahrgänge (lieferbar sind die Jg. 2001–2006).

Alles gegen Vorauskasse. Versandkosten mitinbegriffen. Sollten sich irgendwelche Preisangaben (etwa mit der Homepage) widersprechen, gilt im Zweifelsfall die kleinere Summe. Sondervereinbarungen möglich.

Fortsetzung von Seite 21

läuft, ja zu einer Art Legitimationswissenschaft des Status Quo geworden ist. Dass sie nicht bloß die demagogischen Inhalte kritisiert, sondern sämtliche Motive des Populismus als Ressentiments disqualifiziert. Exemplarisch genannt sei die in den Beiträgen weitgehend affirmative Sicht des Globalisierungsprozesses oder der europäischen Einigung. Doch nur weil es da Vorurteile gibt, ist nicht jeder Einwand und jede Regung einfach darunter zu subsumieren. Diesen Eindruck jedoch vermittelt die Lektüre. Populist dient als Schimpfwort einer Globalisierungsgemeinde. Für die Modernisierung habe man zu sein. Indes, die Alternative zum Ressentiment ist nicht die Affirmation.

Wir-Gruppen konstruieren übrigens nicht nur die Populisten. Einige Autoren scheiden selbst gern die Welt in „wir“ und „die“, sehen hier die weltoffenen Demokraten, dort die ressentimentgeladenen Populisten samt Anhang. Doch diese Zweiteilung ist Unsinn, sie begreift die Leute nicht in ihrer fragmentierten und widersprüchlichen Komplexität, sondern prägt plastische Idealtypen und interpretiert Realität anhand solcher identitätsstiftender Konstruktionen. Sie putzt sich an unangenehmen Erscheinungen ab, legt unliebsamen Pöbel darauf fest und feiert Distinktionserfolge.

Natürlich ist es richtig, die populistische Angstmache anzuklagen (S. 12), bloß: Sollen die Leute vielleicht keine Angst haben? Gibt es vor der Angstmache nicht auch bereits eine *Angsthabe*, die von ersterer in berechnender Absicht instrumentalisiert wird? Angst ist doch nicht einfach als individuelles oder kollektives Manko abzutun, dem man sich durch positives Denken und flexibles Handeln entziehen kann. Populisten erzeugen nicht die Angst, aber sie schüren sie, benennen Schuldige und versprechen Abhilfe. Die Verängstigungen der Leute werden zumindest angesprochen, wenn auch extrem zugerichtet. Aber im Gegensatz zum etablierten Diskurs fühlen sich viele Leute im populistischen Gemaule wahrgenommen und nicht bloß verachtet. Erzielt werden mentale Erleichterungen, die oft auf blanker Schadenfreude basieren: „Der hat es ihnen aber gezeigt“, „Der hat es ihnen aber reingesagt“. Der gute Demokrat bietet Verdrängung, der böse Populist Entladung.

Auf dieser Ebene liegen aber auch die Schranken des Populismus. Will er praktisch werden, d.h. das Gebiet der medialen Aufregung und Aufstachelung Richtung

Umsetzung verlassen, scheitert er. Das Parallelprogramm, nämlich regieren und opponieren zugleich, läuft nicht, selbst wenn es als mediales Zappen eine Zeit lang funktionieren kann. Die Simulation hat ihre inneren Grenzen, so sehr sie sich auch zu wandeln versteht. An die Regierung gekommen erweist sich der Populismus stets als unfähig und hilflos. Durchstarten kann er nicht, also muss er lavieren. Seine Präpotenz erscheint als lächerlich. Das fällt selbst den eigenen Wählern auf und daher auf jenen zurück. Und doch überlebt der Populismus stets den Absturz der Populisten. Auch wenn sich die Typen regelmäßig blamieren, tut dies dem Typus keinen Abbruch. Es kann sogar sein, dass ein und derselbe sein zeitweiliges Ende übersteht und zu einem Comeback ansetzt. Berlusconi ist das gelungen und Haider gleich mehrmals.

Populistisches Bedürfnis

Populisten klinken sich ein in die Verkürzungen der vom kapitalistischen Alltag hervorgebrachten Vorurteile, sie reproduzieren diese aber nicht nur ununterbrochen, sondern verstärken sie. Populisten sind nicht die „Profiteure von politischen Defiziten“ (Josef Kirchengast, *Der Standard*, 5. Oktober 2006, S. 2), sie optimieren vielmehr den möglichen politischen Profit, indem sie am rücksichtslosesten aktuellen Stimmungen entsprechen. Populisten sind Marktradikale in der Politik, unabhängig davon, was sie inhaltlich vertreten mögen. Zweifellos gibt es ein populistisches Bedürfnis, Populismus ist nicht bloß ein politischer Stil. Der Modus der Kulturindustrie ist vielmehr zum Formzwang von Demokratie und Politik geworden. Seine Programmatik lässt sich eher an Fernsehprogrammen ablesen als in politischen Erklärungen. Serienhelden dienen als Matrizen für die Parteiführer. Sie sind die zur Nachahmung empfohlenen Vorlagen. Aufgrund seiner festen Verankerung im Alltag darf die Analyse des Populismus nicht auf die Politik verengt, ja nicht einmal auf sie zentriert werden.

Es ist schon seltsam. Da werden zwar die Autoritäten abgelehnt, aber der Führerkult von den Unternehmen über die Politik bis zur Kultur geradezu als Selbstverständlichkeit zelebriert. Starmania feiert einen Höhepunkt nach dem anderen. Die ganze Gesellschaft baut auf dem Zwang der Verwertung auf, der eben Unterwürfigkeit und Gehorsam zur realen Grundlage hat, da mag man noch so oft Hannah Arendt zitieren, dass eins nicht gehorchen darf. Bürgerliche Mündigkeit

meint geschäftsmäßige Hörigkeit. Diese behauptet freilich kaltschnäuzig, sie sei nichts anderes als der freie Wille.

„Vorstöße rechtspopulistischer Parteien werden in der Regel allenfalls von Boulevardzeitungen unterstützt“ (S. 71), heißt es in einer Fußnote. Aber das ist so nicht richtig. Es übersieht Wesentliches, weil es lediglich offensichtliche Unterstützung als Förderung gelten lässt. Diese Kulisse muss deutlicher hinterfragt werden. Gerade die faszinierte Berichterstattung über die so genannten bösen Buben gleicht medialen Events sondergleichen. Da geht es um die Quote. Gerade die Verfolgung, also das Hinterherlaufen, erhöht die allseitige Beachtung immens. Sie steigert die Reichweite des Mediums wie die Stimmen des Gejagten. Ein Zusammenhang ist gegeben, auch wenn alle auf Abgrenzung aus sind. Ja, sie ziehen sich gegenseitig an ihren Zurückweisungen hoch, bauen sich eine Strickleiter aus Stimmen und Verkaufszahlen, obwohl sie doch meinen, sich gegenseitig einen Strick zu drehen. Medium und Populismus agieren auf gleicher Basis. Ein investigativer, skandalisierender und eben nicht analytischer Journalismus treibt den Populisten Wähler in Scharen zu. Dieses Verhältnis sollte zumindest als Synkretismus begriffen werden.

Vor allem die Rolle des Fernsehens oder diverser Zeitgeistmagazine, aber auch der Volks- und Popmusik müsste in diesem Zusammenhang näher beleuchtet werden. Entscheidend ist die Synchronität der Anliegen, also nicht der explizite Zuspruch, sondern die implizite Übereinstimmung. Da spielt zusammen, was nur scheinbar nicht zusammengehört. Es ist eine Art große Kollusion unvermuteter Kompatibilitäten, die sich hier abzeichnet, ein unabgesprochenes Zusammenwirken, das seine Synergien nicht einmal ansatzweise kennt, aber sie blind und perfekt abspult. Medium und Populismus agieren mit den gleichen Instrumentarien. Diese gesellschaftliche Synthetisierung müsste auch in den Mittelpunkt der Überlegungen betreffend die Veränderungen der Politik gestellt werden.

„Populistisch sind die Medien, die niedermachen, was sie hochgejubelt haben, damit die Quote steigt“, schreibt Georg Franck (*Mentaler Kapitalismus. Eine politische Ökonomie des Geistes, München-Wien 2005, S. 235.*). Aber warum erst im zweiten Fall? Was unterscheidet die beiden? Sieht man daran nicht, wie eng Achtung an Verachtung geknüpft ist? Hochjubeln und Niedermachen sind doch die Kriterien von Cam-

paigning und Negative Campaigning. Also das Vademecum des öffentlichen Aufsehens. Gemäß den Franckschen Kriterien der Aufmerksamkeit sind beide nur Varianten, die den gleichen Effekt erzielen wollen. Kurzum: Populistisch ist jedes Quotengedränge wie die Konkurrenz überhaupt. Was sich heute demonstriert, ist die Kenntlichkeit, die wiederum Folge der Verschärfung des Modus ist. „Negative Botschaften wirken besser als positive“, sagt der Politikforscher Fritz Plasser. (*Kurier*, 29. September 2007) Und wie.

Diese Entwicklung wird heute mehr beklagt als begriffen. Geradezu hilflos wirken Aufrufe wie jene von Hans Rauscher, der einfach fordert: „Aufhören mit Dirty Campaigning, solange es noch Zeit ist. Die Parteien sollten es sich im bereits laufenden Wahlkampf verkneifen, mit persönlichen Untergriffen zu arbeiten.“ (*Der Standard*, 15. April 2006) Doch wenn Wahlen nur noch so zu gewinnen sind, verzichtet doch niemand auf diese Instrumentarien. Im Gegenteil, man wird aus dem Vollen schöpfen. Negative Wahlkämpfe nehmen daher zu. Leichter als sich aufzuwerten ist es, den Gegner abzuwerten. Nur so ist oft die Diskrepanz in der Außenwahrnehmung herstellbar. Jemandem den Schmutzkübel drüber zu kippen ist einfacher als sich selbst aufzuputzen. Die innere Logik der Politik im kulturindustriellen Zeitalter schreit direkt nach solchen Kampagnen.

Kontraproduktives Geschrei

Die abgefeimteste Variante des Populismus ist der Liberalismus selbst, eben weil er sich zusehends als einzige nichtpopulistische Variante zu verkaufen versteht und diesbezügliche Kritik erfolgreich unterläuft. Seine Demagogie ist eine, die sich in den gängigsten Phrasen in keiner Weise vom Populismus unterscheidet, man denke an: „Gearbeitet werden muss“, „Menschen bedürfen der Konkurrenz“, „Der Markt entspricht der menschlichen Natur“ etc. Das Populismus-Geschrei ist kontraproduktiv geworden. Populismus ist von einer selektiven Bezeichnung zu einer inflationären Bezeichnung aufgestiegen, einer, die gierig ins Geschehen eingreift. Zu allen möglichen und unmöglichen Anlässen aufgetischt, fungiert sie auch als abgeschwächter Faschismus-Vorwurf. Unter dem Nazi-Verweis tut man es ungern.

Der akute Antipopulismus ist zu einem (links-)liberalen Ablenkungsmanöver von der marktwirtschaftlichen Realität geworden. Er spricht so gern von falschen

Reaktionen, um über das falsche Ganze gar nicht mehr sprechen zu müssen. Selbst wo er recht hat, verfolgt er üble Zwecke. Der Marktwirtschaftsdemokratismus will überhaupt jedes Anliegen jenseits von Markt und Geld diskreditieren. Gerade der Brutstätte aller Ressentiments gilt sein Schutz. Und der Mob, der aus ihr entsteht, dient der Selbstimmunisierung.

Der Populismus ist seinem Wesen nach nicht Gegner der Demokratie, sondern ihre Fortsetzung mit entschiedeneren Mitteln. Demokratisierung der Demokratie führt zum Populismus. Der Populismus ist die reinste Form der Demokratie. Diese Kommerzialisierung der Politik ist in der politischen Konkurrenz selbst angelegt, sie kommt nicht von außen. Wo Populismus draufsteht, ist Demokratie drinnen. Seine Methode ist die Werbung, sein Auftreten erinnert frappant an die Serienstars in den Soap Operas, seine Rede ist das nachgeschliffene Gerede des Stammtisches. Populismus wie Politik insgesamt sind entschieden antikritisch. Sie formieren sich als Auslieferung an die Stimmungen durch ihre Einforderung. Populismus betreibt die Kommodifizierung des politischen Sektors. Politik ist mehr denn je praktizierender Opportunismus.

Populismus – rechts wie links – erhebt das Marketing, also den Markt zur Maxime. Die Form, der man sich da freilich überantwortet, zeitigt nur Ergebnisse und Wirkungen innerhalb dieser Form. Populismus meint die kulturindustrielle Okkupation der Politik. Die wird aber nie mehr rückgängig gemacht werden können. Wer sich in der Politik bewegt, agiert populistisch. In der Politik gibt es keine populismusfreie Zone. Den Leuten nach dem Mund zu reden, gehört dazu, einige beherrschen es besser, einige schlechter. Gewählt wird, wer an aktuellen Stimmungen anknüpfen kann. Kein Versprechen, das nicht erlaubt ist, kein Versprechen, das nicht gebrochen werden darf. Diese Tatsachen sind so omnipräsent, dass sie glatt übersehen werden.

Die Analyse, die wir vorschlagen, müsste mehr integrieren als differenzieren. Natürlich soll nicht der absoluten Indifferenz das Wort geredet (Haider=Schröder=Blair=Schüssel=Merkel), wohl aber soll argumentiert werden, dass die substanzielle Zusammengehörigkeit dieser Politiken mehr in den Mittelpunkt gerückt werden muss, nicht zwischen Normaldemokraten und bösen Buben zu unterscheiden ist. Ansonsten besorgt der unbezichtigte Populismus das, was dem bezichtigten Populismus vorgeworfen

wird. Man denke nur an die rassistische Ausländerpolitik der Schengenstaaten.

Politik als Simulation

Populismus ist uns keine selektive Charakterisierung einer bestimmten Politik, sondern Populismus deckt immer mehr die Varianz von Politik insgesamt ab. Es stellt sich also weniger die Frage, welche Politik populistisch ist, sondern welche es vermag, es nicht zu sein. Darauf fällt uns nichts ein. Politik in Zeiten ihres Verfalls tendiert zur Simulation ihrer selbst. Wenn wir eine Analogie zur Ökonomie herstellen wollen, dann gleichen die angebotenen Politiken faulen Krediten, und obwohl die Versprechen oft gleich Finanzblasen platzen, ist Politik nach wie vor verkaufbar, vor allem auch, weil keine Alternative zur Gestaltung des öffentlichen Raums für möglich erachtet wird.

Die Spielräume oder das, was einst „relative Autonomie“ geheißen wurde, sind keine mehr, trotzdem gilt es, diese Fiktion ganz hartnäckig aufrecht zu erhalten. Wie der Glaube an Arbeit, Geld und Wert gesichert werden muss, so auch die Illusion in die Politik. Es hat sie gegeben, es muss sie geben, es wird sie geben. Da wird tatsächlich gebetet: Die Anzahl der Schriften, wo *die* Politik beschworen, gefordert und gewünscht wird, ist groß. Diese Betrachtung der Politik ist keine analytische oder gar kritische, sondern eine projektive. Ihr wird alles Mögliche, ja Unmögliches unterstellt.

Wenn herkömmliche Politik keine bewegenden Gefühle mehr zu erzeugen versteht und nur noch kapitalistische Rationalität in öffentliche Verwaltung übersetzt, tritt die Simulation, das Spektakel, die Inszenierung, vollends an ihre Stelle. Diese sind nicht mehr bloßer Zusatz, sie sind vielmehr der mächtige Ersatz einer zerbröselnden Form, die nur noch als Hülle zur Verfügung steht. Der heute grassierende Populismus kann als adäquates Zerfallsprodukt absterbender Politik gelten. Er verkündet volltrunken die vollmundige Behauptung, dass er schon wüsste, wie es weiterginge, ließe man ihn nur machen.

Der Populismus soll akkurat nicht als Hilflosigkeit der Form, sondern als Gefahr für diese wahrgenommen werden. Zum Schluss gedeiht wiederum die Affirmation der Politik selbst. Was wohl der Zweck der ganzen Übung ist.

Vorschau

2. Teil: Formkriterien populistischer Annäherung;
3. Teil: Skizzen einer Antipolitik.

Notizen aus der Begriffswerkstatt

von Ulrich Enderwitz

Politik

Mummenschanz, den das demokratische Staatswesen treibt, um gegen die als Sachzwang erscheinende objektive Fatalität des Kapitalverhältnisses, der der gesellschaftliche Prozess gehorcht, einen Anschein von menschlicher Willensfreiheit, von subjektiver Entscheidungsfindung aufrecht zu erhalten. Unbeschadet der offensichtlichen ökonomischen Zwänge, die das politische Handeln derart einschränken und seine Entscheidungskompetenz so sehr reduzieren, dass Politik in der Tat als Spiegelfechterei, eben als Mummenschanz, figuriert, scheint sich immerhin noch ein Moment von Realpolitik, ein originär politischer Inhalt geltend machen zu lassen – die Entscheidung nämlich über die konkrete Relation zwischen Kapitalanspruch und Sozialverbindlichkeit, die Entscheidung darüber mit anderen Worten, in welcher Proportion der für das Kapital konstitutive Anspruch auf akkumulative Verwertung einerseits und das staatsbürgerliche Verlangen nach konsumtiver Beteiligung an dem jeweils geschaffenen Mehrwert andererseits zum Tragen kommen sollen. Spiegelung dieses verbliebenen Politikums scheint das mittlerweile für alle kapitalistischen Demokratien typische und wenn nicht de jure, so jedenfalls doch de facto existierende Zweiparteiensystem, bei dem eine ihrem traditionellen Selbstverständnis nach eher dem Kapital verbundene und

eine mit der gleichen traditionellen Selbstverständlichkeit eher dem Sozialen verpflichtete Partei um die Regierungsgewalt konkurrieren.

Tatsächlich aber zeigen die Erfahrungen des letzten halben Jahrhunderts, dass beide Parteien in beiden Sätteln gerecht sind und ihr Verhalten weniger von ihrem jeweiligen Programm als davon abhängig ist, ob sie an der Regierung oder in der Opposition sind. Dieser ihrer – aller Programmatik Hohn sprechenden – praktisch-politischen Austauschbarkeit trägt ihre mittlerweile übliche egale Charakterisierung als „Volksparteien“ Rechnung. In ihrem politischen Handeln determiniert zeigen sich die Volksparteien eher durch ihr Rollenspiel als durch programmatische Festlegungen. Die an der Macht befindliche Volkspartei übernimmt dabei im Normalfall die Rolle der die kapitale Verwertung sicherstellenden Realistin, während die in der Opposition befindliche Volkspartei auf die stärkere Berücksichtigung und bessere Befriedigung sozialer Ansprüche dringt. Sinn dieser Rollenteilung scheint es, jeweils die Anpassung der Gesellschaft an die Erfordernisse der Kapitalakkumulation sicherzustellen und dabei stets aber die ebenso scheinbare wie tröstliche Perspektive einer durch einen Regierungswechsel zu erreichenden Neuorientierung und besseren Berücksichtigung sozialer Belange zu erhalten.

So kooperativ und staatsbürgerlich vernünftig das um seinen – im Vergleich mit den andern Weltregionen – relativen Wohlstand besorgte Staatsvolk der kapitalistischen Demokratien aber auch sein mag, angesichts der Regelmäßigkeit, mit der die Hoffnungen, die es in den Regierungswechsel setzt, enttäuscht werden, müsste es eigentlich des abgekarteten politischen Spiels müde werden und, wie seine Hoffnung auf soziale Besserstellung, so seinen Glauben an die suggerierte demokratische Alternative verlieren. Dass es so brav und unverdrossen mitspielt, hat seinen Grund darin, dass das abgekartete Spiel mittlerweile dazu dient, eine Tatsache zu kaschieren, der sich nur schwer ins Augen schauen lässt und von der die Staatsbürger deshalb lieber nichts wissen wollen – der Tatsache, dass wegen des heißlaufenden kapitalistischen Produk-

tionsapparats und der Überschwemmung des Weltmarkts mit Waren es für das jeweilige nationale oder regionale Kapital gar nicht mehr um Akkumulation, die Produktion von Mehrwert, sondern nur noch um die durch wohlfeilere Produktion zu erreichende Unterbietung der internationalen Konkurrenz und Behauptung der eigenen Marktstellung auf dem Weltmarkt geht und es deshalb auch in den einzelnen Volkswirtschaften gar nichts mehr zu verteilen beziehungsweise umzuverteilen gibt, dass vielmehr mittlerweile die einzige politisch-ökonomische Option ein fortlaufender Abbau konkreter sozialstaatlicher Ansprüche zwecks Erhaltung des Sozialstaats als abstrakt solchen ist. Angesichts dieser finsternen Wahrheit erweist sich das politische Rollenspiel zwischen kapitalbestimmter Regierung und sozial gesinnter Opposition als ein wie immer auch – nach Maßgabe seiner Verlogenheit – verzweifelter Versuch, den Ausnahmezustand einer auf den Konkurs zutreibenden ökonomischen Dynamik hinter einem vertrauten Genrebild von politischer Normalität zum Verschwinden zu bringen.

Staat

Seiner archaischen Herkunft und vorbürgerlichen Konstitution nach ist der Staat, wie noch die Rede vom „Staat machen“ und vom „sich in Staat werfen“ bezeugt, das Corpus, das die Gesellschaft aus sich heraus und über sich setzt, um in ihm ihre sonntägliche Gestalt anzuschauen, ihr Telos und wahres Selbst, für das sie lebt und wirkt, dem sie die Früchte ihres Wirkens, den von ihr mittels kooperativ-arbeitsteiliger Naturbearbeitung erzeugten Reichtum und Überfluss, übereignet und dessen Größe und Herrlichkeit ihr eigentliches Anliegen ist. Der Grund für diese traditionell fetischistische Besetzung des Staats durch die Gesellschaft ist seine Stellvertretungsfunktion, seine Rolle als Repräsentant einer vom gesellschaftlichen Reichtum und Überfluss auf den Plan gerufenen Macht, die in der Unmittelbarkeit ihres Auftretens Miene macht, das menschliche Dasein und alle seine Hervorbringungen für eitel und nichtig zu erklären. Der Staat steht dafür ein, dass es gelungen ist, diese transzen-

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd



300

Altlasten – Namibias langer Weg in die Unabhängigkeit

Außerdem: ► 300 mal iz3w ► Kampf um Simbabwe ► Postkoloniales in der Kunst ► Privatisiertes Klima ...

Einzelpreis € 5,30

iz3w ► Telefon (0049) +761-740 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org

dente Macht in ein das menschliche Dasein und die irdische Welt setzendes und affirmierendes Transzendental, die in der irdischen Welt ihre Domäne findenden und ihr Eigentum gewährenden Götter, zu verwandeln, und deshalb hat er als Stellvertreter der Götter auf Erden, als ihr Majordomus oder Prokurist, Anspruch auf den von der Gesellschaft erzeugten Reichtum, der ihm zum Lohn für die in ihm Gestalt gewordene Umfunktionierung der Negativität eines die Welt abgründig transzendierenden Unwesens in die Positivität von die Welt transzendental sanktionierenden Gottheiten übereignet wird und durch dessen Entgegennahme er zugleich den Beweis erbringt, dass jene Umfunktionierung wirklich und wahrhaftig gelungen ist.

Das ändert sich mit dem Aufkommen der bürgerlichen Gesellschaft. Sie ist das Resultat eines dem kommerziellen Distributions- oder Marktmechanismus, der sich im Schatten des traditionellen Staatswesens und mit dessen wohlwollender Duldung beziehungsweise interessierter Förderung entwickelt, entspringenden Emanzipation der gesellschaftlichen Reichtumproduktion zu einer Art von Selbstzweck oder ebenso eigengesetzlichem wie selbstbestimmtem Prozess. Ohne seinen traditionellen Zweck, die Erhaltung und Erhöhung des Staats, förmlich in Frage oder gar explizit in Abrede zustellen, wird der gesellschaftliche Reichtum dank kommerziellem Mechanismus zu einem Mittel seiner eigenen Vermehrung und in diesem Sinne zum Selbstzweck: Indem er, statt in toto beziehungsweise abzüglich nur des für die Subsistenz der Gesellschaft, die ihn erwirtschaftet, nötigen Teils an den Staat übereignet zu werden, vielmehr zum größeren Teil den Arbeitenden wieder zufließt, damit diese als Gegenleistung neuen und vermehrten Reichtum hervorbringen, löst das einen Akkumulationsprozess aus, der sich, weil die an ihm Beteiligten mit seinem Erfolg ein Eigeninteresse verbinden, zugleich als ein Prozess der Entfaltung der von ihm involvierten Produktionssphäre und Entwicklung der durch ihn mobilisierten Produktivkräfte erweist und als solcher die Eigenständigkeit eines ad infinitum, sprich, ad calendae graecas eines Quantum, dem sich nichts mehr hinzufügen ließe, den unmittelbaren Anspruch des Staates auf ihn, den gesellschaftlichen Reichtum, suspendierenden Vorganges eigenen Gewichts und auch Rechts gewinnt.

Der durch diese Selbstvermittlungsprozedur des gesellschaftlichen Reich-

tums erst einmal nur reell, nicht formell in seinen Ansprüchen außer Kraft gesetzte Staat macht gute Miene zum bösen Spiel der bürgerlichen Gesellschaft und unterstützt es sogar, weil dank jener kommerziell vorangetriebenen Entfaltung der Produktionssphäre und Entwicklung der Produktivkräfte auch er ökonomisch davon profitiert und, obwohl er nicht mehr den ganzen gesellschaftlichen Reichtum überlassen bekommt, sondern bloß noch mit einem als Fiskus bestimmten Teil von ihm, genauer gesagt, einer Proportion des jeweiligen Zuwachses an gesellschaftlichem Reichtum, abgefunden wird, letztlich besser dasteht und über größere Ressourcen verfügt als zuvor. De facto freilich und dank der Macht des Faktischen schließlich auch de jure wandelt sich damit seine Stellung und Bedeutung: Er wird aus einem Herrn und Souverän, der als gottgegebener Adressat und Nutznießer gesellschaftlicher Reichtumerzeugung quasi unabhängig von seiner praktischen Regierungs- und Verwaltungstätigkeit den Reichtum überlassen bekommt, zu einem Funktionär und Intendanten, der einen Teil des gesellschaftlichen Reichtums ausdrücklich dafür erhält, dass er die materialen Bedingungen schafft und die sozialen Verhältnisse gewährleistet, die für die zum kommerziellen Akkumulations- und dann industriellen Kapitalisierungsprozess verselbständigte bürgerliche Reichtumproduktion erforderlich sind. Er zeigt sich auf dem Höhepunkt dieser seiner Instrumentalisierung und Abdankung als gesellschaftliches Telos aus der archaischen causa finalis der Gesellschaft in den von der Gesellschaft als notwendiges Übel tolerierten und aber nach Möglichkeit auf ein institutionelles Minimum reduzierten Nachwächterstaat des neunzehnten Jahrhunderts verwandelt.

Allerdings bleibt er das nur kurze Zeit und gewinnt dann erneut Züge des gesellschaftlichen Telos. Der Grund dafür sind die Konflikte und Krisen, in die die bürgerliche Reichtumproduktion die Gesellschaft zunehmend hineintreibt und die bei Strafe eines der Gesellschaft drohenden Absturzes in Gewalt und Bürgerkrieg den Staat dazu zwingen, sich zum Sachwalter der durch den ökonomischen Prozess benachteiligten beziehungsweise ins Elend gestürzten sozialen Gruppen zu machen und sie unter seine Fittiche zu nehmen. Als Repräsentant beziehungsweise Bevollmächtigter dieser sozialen Gruppen gewinnt der Staat etwas von seiner früheren teleologischen Qualität zurück und gibt dem gesellschaftlichen

Reichtumbildungsprozess wieder einen ihn in seinem kapitalen Selbstvermittlungs- oder Selbstzweckcharakter stornierenden subjektiven Adressaten oder menschlichen Nutznießer. Indes findet sich so der Staat in das unaufhebbare Dilemma gestürzt, dass er zur Beschaffung der Mittel zur Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums und Versorgung der durch den kapitalen Reichtumbildungsprozess benachteiligten Gruppen auf eben jenen Prozess angewiesen ist und diesen also, will er seine sozialen Folgen korrigieren, wiederum unterstützen und befördern muss, um die für die Korrektur nötigen materialen Ressourcen zu gewinnen. Er steht also vor dem Paradox, dass er um der Heilung vom Übel willen diesem Vorschub leisten muss. Was Wunder, dass er sich, um nicht an sich irre zu werden, zu böser Letzt faschisiert, sprich, sich rückhaltlos für einen ungehemmten kapitalen Reichtumbildungsprozess stark macht und die sozialen Ansprüche seiner Klientel, der vom Prozess benachteiligten sozialen Gruppen, durch die kriegerische Unterwerfung der benachbarten Staaten und deren Ausbeutung zu befriedigen sucht.

Antifaschistisches Blatt
info

Nr.75 | Frühjahr 2007



**Der Rechte Rand der DDR -
Von staatstragend bis "Rowdytum"**

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Wahl oder Los?

von Franz Schandl

Es ist nicht unspannend zu lesen, was Bernard Manin, über das Losverfahren, das die attische Demokratie dominierte und auch in den Stadtstaaten Italiens eine bedeutende Rolle spielte, so alles zusammengetragen hat. Das Los verhindere Aristokratisierung, weil es „egalitärer sei als die Wahl“ (S. 96), schreibt er. Jenes verteile die Chancen, gewählt zu werden proportional, die Wahl hingegen ungleich, so die in sich logische, aber doch verblüffende Argumentation. Das Wahlprinzip bevorzuge die Gewählten gegenüber den Wählern. Sowohl Montesquieu als auch Rousseau hingen übrigens ähnlichen Vorstellungen an. In dieser Tradition dürfte sich Manin, der politische Philosophie in New York und Paris lehrt, auch verorten.

Nicht selten hat man aber das Gefühl, dass bei Manin gerade aufgrund seines retrospektiven Forschungseifers die aktuellen Entwicklungen zu wenig Beachtung finden. Die Interpretation des Lossystems mag durchaus von Interesse sein, aber was sagt es uns heute? Ist der Vergleich nicht doch etwas zu weit hergeholt? Gibt er soviel her, dass man gleich ein Drittel des Buches damit voll schreiben muss? Ist nicht ein Demokratie-Begriff, der vom klassischen Athen bis zur aktuellen Mediendemokratie alles mit einer Kategorie belegt, fragwürdig? Wenngleich es stellenweise erfrischend und anregend ist, anstatt eines abgeklärten, zynischen Realismus einen demokratischen Idealismus präsentiert zu bekommen, so ist das Dargebotene oft dürftig. Manchmal wirkt Manin wie ein wissenschaftlicher Sonntagsredner.

Die eherne Verbindung von Wahl und Demokratie ist neueren Datums. Die Begründer der modernen repräsentativen Demokratie verabschiedeten sich allerdings recht schnell vom Los. Im 19. und 20. Jahrhundert setzte sich das allgemeine und gleiche Wahlrecht durch. Manin zeichnet einen Weg von einer Parlamentarismus genannten Honoratiorendemokratie über eine Parteiendemokratie hin zur Publikumsdemokratie. Alle diese Typen sind ihm eine „Regierungsform der Eliten“ (S. 316). Wählen bedeutet Auswählen, den Wählern muss daher ein Motiv geboten werden für diese und nicht für jene Liste oder Person ihre

Stimme abzugeben. Zweifelsfrei. Allzuoft verliert der Philosoph sich jedoch in Plattheiten: „Ein durchschnittlicher Kandidat wird kaum auffallen und nur geringe Chancen haben. Und einen Kandidaten, der aufgrund seiner ungewöhnlich negativen Eigenschaften auffällt, wird man ablehnen.“ (S. 197) Ist dem so? Demonstriert nicht der Aufstieg der politischen Anmache, insbesondere der Populismus anderes? Zur aktuellen Demagogie und ihrer Verwandtschaft mit der Werbung findet sich keine Zeile. Manins Demokratieverständnis ist formalistisch. Vor lauter Verfahrenskunde bleiben inhaltliche Bestimmungen auf der Strecke.

Ist die jederzeitige Abberufbarkeit wirklich ein praktikables System, das nur technisch gelöst werden müsste? (S. 228) Man stelle sich bloß vor, welchen Aufwand und welche Ermüdung dessen Realisierung zur Folge hätte. Wie könnte überhaupt diese Anbindung an die Wähler zwischen den Wahlen funktionstüchtig gemacht werden? Erhöhen solche Ansprüche die Partizipation oder nerven sie das Publikum? Auf jeden Fall korrespondiert die Strapazierung des Souveräns mit direktdemokratischen Modellen meistens mit rückläufiger Anteilnahme.

Zum freien Mandat schreibt der Autor: „Dagegen ist die Unabhängigkeit der Abgeordneten offensichtlich ein nicht-demokratisches Merkmal von Repräsentativsystemen.“ (S. 233) Das stimmt schon und wäre eigentlich ein starkes Argument für ein imperatives Mandat. Indes, wer gibt es vor? Wer ist die Basis, die es ausstellt? Noch dazu ist kein freies Mandat wirklich frei, vom Klubzwang über den Lobbyismus bis zum gekauften Abgeordneten gibt es da viele Möglichkeiten, jenes auf kaltem Weg auszuhebeln. Auch darüber lesen wir bei Manin so gut wie nichts. Ebenfalls nichts zu den informellen Spielregeln, die das formelle *Procedere* ermöglichen und ergänzen, aber gelegentlich schwer konterkarieren. Nichts auch zur Politikverdrossenheit, im Gegenteil: „Das Neue am heutigen Wechselwähler ist, dass er gut informiert, politisch interessiert und gut ausgebildet ist.“ (S. 315) Geradezu habenbüchchen auch die Analyse der Meinungsumfragen (S. 313ff.).

Dass Parteien ihren Einfluss auf den Wahlkampf nicht verloren haben (S. 334),

kann ernsthaft bezweifelt werden. Moderne Wahlkampagnen werden nicht bloß ausgelagert, sondern sind Agenturen übereignet. Die Parteiapparate bilden nur noch Scharniere zwischen Werbung und Mobilisierung. Reklamefeldzüge dienen stets mehr einer Stimmungskonkurrenz, einem „democratic circus“, wie ihn die *Talkings Heads* („Naked“, 1988) einst besangen. „Das Wahlverhalten ist heutzutage überwiegend reaktiv.“ (S. 302) Im Wahlkampf geht es freilich nicht um den kontinuierlichen Absatz eines Produkts, sondern um die Terminisierung einer Momentaufnahme. Dieser Augenblick ist der Wahlakt. Die Motivationsarbeit läuft dabei primär in Richtung ungebundene Wähler (S. 337). Man will gewinnen, wenn man noch nicht hat. Die schrumpfenden Kernbelegschaften braucht man zwar nicht unmittelbar zu bewerben, allerdings darf man sie auch keineswegs vergrätzen. Denn dass Stammwähler immer wählen gehen, wie Manin behauptet (S. 339), ist nicht verifizierbar. Parteien müssen heute immens aufpassen, nicht von der eigenen Klientel durch Enthaltung abgestraft zu werden. Zu große Siegesgewissheit ist ebenfalls gefährlich. Die Angst, dass die Stammwähler aus verschiedenen Gründen zu Hause bleiben, ist realistisch.

Was sind eigentlich Kernwähler? Früher hätte man sie als Wähler eines Lagers oder über die Klassenzugehörigkeit definieren können. Doch gilt das noch? An einer Stelle spricht Manin von einer „affektiven Bindung“ (S. 338) der Kernwähler an die Parteien. Aber wird hier nicht eine hehre Selbsteinschätzung mit der Wirklichkeit verwechselt? Möglicherweise waren die Wähler weniger affektiv an die Partei als effektiv an die Parteiapparate gebunden. Zur Differenzierung: *Affektiv* meint, sie halten was davon; *effektiv* meint, sie haben was davon. Freilich überschneiden und bedingen sich diese Aspekte auch, doch die Frage, welcher dominiert, ist schon von Interesse. Warum eigentlich (gerade in Österreich) niemand auf den banalen wie naheliegenden Gedanken kommt, dass die Parteien auch deshalb an Einfluss verlieren, weil sie Wohnungen oder Jobs nicht mehr freihändig vergeben können? Also nicht weil sie Protektion betreiben, sondern weil die Protektion aus verschiedenen Gründen zunehmend versagt.

Bernard Manin, *Kritik der repräsentativen Demokratie*, Matthes & Seitz, Berlin 2007, 350 Seiten, geb., 34,90 Euro.

Zwangsehe*

VOM EWIGEN FLIRT DER PÄDAGOGIK MIT DER EMANZIPATION UND IHRER ZWECKHEIRAT MIT DER ÖKONOMIE

von Erich Ribolits

Wer Probleme damit hat, dass Bildungsaktivitäten zu eng mit ökonomischen Gegebenheiten verkoppelt sind, idealisiert meist eine andere Ausrichtung der Pädagogik – ihre Orientierung an Mündigkeit und Emanzipation. Ich möchte mit meinem Vortrag diese Polarisierung zwischen einer pädagogischen Ausrichtung an Emanzipation einerseits und an Ökonomie andererseits kritisch hinterfragen. Ich möchte aufzeigen, dass es keineswegs so ist, dass die Pädagogik in den letzten Jahren quasi ihren Partner gewechselt hat und von ihrer ursprünglichen Beziehung mit der Emanzipation zu einer nunmehrigen mit der Ökonomie gewechselt hat. Wie der Titel meines Vortrags schon andeuten soll, hatte die Pädagogik meines Erachtens immer schon ein ziemlich fixes Verhältnis mit der Ökonomie, und ihre Beziehung zur Emanzipation bewegte sich stets bloß auf der Ebene eines oberflächlichen Flirts.

Es besteht natürlich durchaus Grund, schon allein die Tatsache zu feiern, dass das *schulheft* nach 30 Jahren noch immer existiert und regelmäßige, zum Teil recht kräftige Lebenszeichen von sich gibt. Trotzdem meine ich, dass es vielleicht gar nicht so sehr die lange Lebensdauer ist, die heute im Fokus der Reflexion stehen sollte – viel bedeutsamer scheint mir, dass es eine derart lange Zeit gelungen ist, mit dem *schulheft* ein Forum aufrechtzuerhalten, das eigentlich ziemlich bald nach seiner Gründung schon nicht mehr mit dem pädagogischen Zeitgeist kompatibel war.

Auf der *schulheft*-Homepage heißt es, dass die 1976 vorgenommene Gründung der Taschenbuchserie von der Aufbruchsstimmung der 68er-Bewegung getragen war und dass mit dem *schulheft* ein kritisch-pädagogisches Forum geschaffen werden sollte, das Theorie und Praxis verzahnt. Wenn es weiter heißt, dass diese Linie all die Jahre beibehalten wurde, auch wenn die einstigen Herausgeber/innen längst durch neue abgelöst wurden, dann stellt sich spätestens seit den 80er Jahren die Frage, wieso die hier als Initialzündung angeführte pädagogische Aufbruchsstimmung nur in derartigen Mini-Enklaven wie eben beispielsweise dem *schulheft* konserviert werden konnte und im Übrigen

so rasch wieder versandet ist. Tatsächlich war dem Geist der kritisch-emanzipatorischen Erziehungswissenschaft, auf die hier rekuriert wird, ja nur ein äußerst kurzer Sommer vergönnt. Zum Zeitpunkt der Gründung des *schulheft* war die Zeit des Aufbruchs eigentlich schon wieder fast vorbei – die neokonservative Wende kündigte sich damals auch in der Pädagogik schon an allen Ecken und Enden an.

Dabei war das *schulheft* ja durchaus nicht die einzige Zeitschrift mit pädagogischem Impetus, die im Umfeld der so genannten 68er-Bewegung entstanden ist. Und es war auch keineswegs ein Zufall, dass diese Bewegung als Nebeneffekt Zeitschriften hat entstehen lassen, deren Ziel es war, nicht bloß eine andere, in irgendeiner Weise „modernere“ Erziehung und ein entsprechendes Lernen einzufordern, sondern radikal die Bedingungen zu hinterfragen, unter denen Sozialisation und Erziehung in der bürgerlichen Gesellschaft stattfindet. Die über weite Strecken sehr unterschiedlichen und zum Teil auch widersprüchlichen gesellschaftlichen Experimente und Ansprüche, die heute rückblickend unter dem Sammelbegriff „68er-Bewegung“ zusammengefasst werden, verband ja eine gemeinsame Hoffnung: die Überwindung der durch die politisch-ökonomischen Strukturen bedingten Selbstentfremdung des Menschen. Das große Ziel lautete Emanzipation von der den gesellschaftlichen Strukturen innewohnenden Macht, die es den Menschen derart schwer macht, ihre prinzipielle Freiheit in Anspruch zu nehmen und ein humanes Miteinander zu verwirklichen.

Mit diesem Ziel wurde an die Vorstellung der Selbstbefreiung des Menschen angeschlossen, die untrennbar mit der neuzeitlichen Pädagogik – ja letztendlich mit der Moderne insgesamt – verknüpft ist. Das bildungstheoretisch entworfene Idealbild des bürgerlichen Menschen war das zu eigenverantwortlichem Denken und Handeln befähigte, emanzipierte Individuum gewesen. Aus Gründen, auf die ich in der Folge gleich eingehen werde, blieb dieses Ziel allerdings immer ein ziemlich nebuloses Ideal, das kaum je wirklich in Beziehung zu den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen gesetzt

wurde. Erst die im Gefolge von 68er-Bewegung und kritischer Gesellschaftstheorie der Frankfurter Schule entstandene – allerdings bald wieder im pädagogischen Untergrund verschwundene – emanzipatorische Pädagogik unterzog die überlieferten pädagogischen Konzeptionen konsequent einer Nagelprobe und entlarvte sie dabei über weite Strecken als bloße Ideologie.

Tatsächlich war die moderne bürgerliche Pädagogik ja von allem Anfang an in einem eigentümlichen Widerspruch gefangen: Als eine Disziplin, die im Zusammenhang mit den tief greifenden gesellschaftlichen Umwälzungen im Zuge der Machtübernahme des Bürgertums ihren eigenständigen Status erhalten hatte, verband sie ihre Leitbegriffe – Mündigkeit, Emanzipation, Verantwortung oder Autonomie – zugleich mit Eigensinnigkeit, mit Widerstand und Aufbegehren, mit gesellschaftlicher Umwälzung und mit Revolution. Die Vision des autonomen, über sich und die gesellschaftliche Ordnung vernünftig bestimmenden Menschen und die Verabschiedung des Glaubens an einen diesbezüglichen göttlichen Plan waren die Grundlagen der bürgerlichen Revolution. Die bürgerliche Kampfansage an die Prämissen der feudalen Ordnung war der im Bildungsbegriff kulminierte, freie, radikale und eigenverantwortliche Vernunftgebrauch. Letztendlich war der Bildungsbegriff nichts anderes als die pädagogische Entsprechung des politischen Kampfes des Bürgertums um gesellschaftliche Emanzipation – oder anders gesagt: Bürgerliche Mündigkeit war der Gründungsimpuls der modernen Pädagogik.

Allerdings erschöpfte sich die bürgerliche Emanzipationsbewegung in der politischen Befreiung. Sobald diese erreicht war, indem bürgerlich-demokratische Verhältnisse geschaffen waren, wurde der im Emanzipationsbegriff zum Ausdruck kommende revolutionäre Impuls umge-

* Vortrag bei der Tagung 30 Jahre *schulheft*: Markt – Macht – Bildung, am 24. Februar 2007 in der AK-Wien.

hend wieder entsorgt. Zugleich fiel nun dem Bereich der gesellschaftlich organisierten Bildung die zentrale Reproduktionsfunktion der bürgerlichen Gesellschaft zu. Anstatt der kirchlichen Übernahmen ja nun die pädagogischen Instanzen die Aufgabe der Zurichtung der Köpfe der zu Staatsbürgern gewordenen Untertanen. Das Ziel blieb dabei das gleiche – den gesellschaftlichen Status quo in seinem Bestand zu sichern.

Damit war aber das Dilemma der bürgerlichen Philosophie und Pädagogik geboren – nämlich an Begrifflichkeiten orientiert zu sein, deren radikale Ausrichtung letztendlich gar keinen gesellschaftlichen Niederschlag finden kann und darf. Folge dieser Entwicklung ist, dass die Pädagogik als philosophisch-reflektierende Wissenschaft zwar die hehren Ziele der menschlichen Emanzipation ständig wie einen Bauchladen vor sich herträgt, als Praxis jedoch dafür zuständig ist, deren Umsetzung klammheimlich zu verhindern. In letzter Konsequenz ist es somit die Pädagogik selbst, die den ehemaligen bürgerlichen Kampfbegriffen – trotzdem sie sie ständig idealisiert – ihre revolutionäre Brisanz nimmt.

Das ist der Grund, warum Mündigkeit, Emanzipation, Verantwortung, Autonomie und all die anderen erhabenen Leitmaßstäbe der Pädagogik heute weitgehend auf den Status hohler Pathosbegriffe reduziert sind; Begriffshülsen, die letztendlich in-

haltslos sind und für die es keine beobachtbaren, dingfest zu machenden Verhaltenskategorien gibt. Als solche leeren Begriffshülsen können sie zugleich aber auch als attraktive Verpackung für nahezu jeden Inhalt herhalten. Dementsprechend leicht ist es ja auch, diese positiv aufgeladenen Leitbegriffe mit Inhalten zu füllen, die den aktuellen politisch-ökonomischen Vorgaben in die Hände spielen – etwas, was z.B. passiert, wenn Autonomie zu einem Kürzel dafür wird, dass Menschen flexibel, mobil und engagiert genau das machen, was sich die jeweilige Machtinstanz von ihnen erwartet.

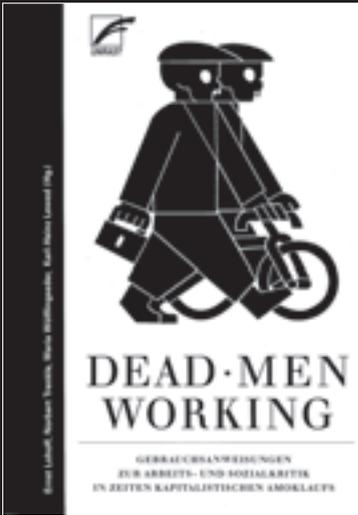
Die Pädagogik als Wissenschaft erklärt es schlichtweg für unmöglich, konkrete Maßstäbe anzugeben, an denen sich er-messen lässt, ob ein Mensch sich hier und heute mündig verhält und sein Leben selbstverantwortlich führt. Wissenschaftlich ausgedrückt nennt sich das dann „das ungelöste Normproblem in der Pädagogik“. Ein Buch dieses Titels, das der deutsche Bildungswissenschaftler Jörg Ruhloff fast zeitgleich mit der Gründung des *schulheft* herausgebracht hat, weist sehr genau nach, dass es keinem wissenschaftlichen Ansatz der Pädagogik je gelungen ist, verbindliche und aus dem Binnenraum der Pädagogik stammende, inhaltliche Umsetzungen der immanenten Ziele der Pädagogik zu entwickeln.

Sich damit zu beschäftigen, welche Verhaltensweisen von Menschen hier und

heute als Indikatoren für mündiges Verhalten gelten könnten bzw. wie sich ein emanzipiertes Individuum den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen idealtypisch gegenüberstellen müsste, würde es der Pädagogik und den Pädagog/innen selbst abverlangen, sich gegenüber der Gesellschaft und gegenüber den in ihr eingeschriebenen, konkreten Machtverhältnissen zu positionieren. Und das würde sie ziemlich rasch in ein gewaltiges Dilemma bringen: Da hieße es nämlich gegen eine ganze Reihe von strukturellen Bedingungen des Bildungssystems aufzutreten, was letztendlich bedeuten würde, *politisch* Stellung nehmen zu müssen. In letzter Konsequenz wäre es dafür erforderlich, dass sich *die Pädagoginnen und Pädagogen selbst* von ihrer Anhaftung an dem gesellschaftlichen Status quo emanzipieren. Da ist es natürlich viel bequemer, auf der Mikroebene der pädagogischen Beziehung zu bleiben und dort nach den „Bedingungen der Möglichkeit von Bildung“ zu suchen.

Dem widersprüchlichen Auftrag, auf der einen Seite aufgerufen zu sein, zu Mündigkeit und Emanzipation ihrer Klientel beizutragen, und auf der anderen Seite genau das nicht tun zu dürfen, sind letztendlich alle praktisch tätigen Pädagogen und Pädagoginnen ausgeliefert. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass diese Doublebind-Situation einen durchaus praktischen Nebeneffekt schafft: Indem den pädagogischen Praktikern suggeriert wurde, dass sie quasi einen von der kapitalistischen Verfasstheit der Gesellschaft unbeeinflussten Beruf hätten, waren sie auch immer besonders gut korrumpierbar. Die unterschwellig vermittelte, verführerische Botschaft lautet: Während „normale“ Arbeitnehmer in den die Triebkraft aller unter kapitalistischen Prämissen organisierter Arbeit darstellenden Prozess der Verwandlung von Geld in mehr Geld eingebunden sind, ist das bei Lehrern und Lehrerinnen nicht der Fall. *Sie* hätten quasi einen unschuldigen Beruf, der nicht auf der Ebene der Mehrwertproduktion, sondern auf der der Zwischenmenschlichkeit angesiedelt ist.

Dass Lehrer und Lehrerinnen die in den letzten Jahren stattgefundenen, sukzessiven Verschlechterungen ihrer Arbeitssituation ziemlich problemlos über sich ergehen ließen, hängt wahrscheinlich zu einem guten Teil mit diesem Glauben zusammen, dass es bei ihrer Tätigkeit tatsächlich um die Verwirklichung emanzipatorischer Ansprüche gehe und sie für ihren Beitrag zur Entwicklung des Menschlichen am Menschen bezahlt wür-



Die „Arbeit“ ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche Tätigkeit.

Karl Marx

DEAD MEN WORKING
Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs

hg. v. Ernst Lohoff, Norbert Trenkle, Maria Wölflingseder, Karl-Heinz Lewed, Unrast Verlag, Münster, 2. Auflage 2005, 302 Seiten, 18,60 Euro

den. Grundsätzlich ist es wohl für jeden Menschen, der seine Arbeitskraft gegen Bezahlung auf den Markt tragen muss, schwer zu akzeptieren, bloß ein Rädchen in der großen Profiterzeugungsmaschine zu sein. Für Arbeitende im pädagogischen Feld, die bei ihrer Tätigkeit mit ihrer ganzen Persönlichkeit gefordert sind und ganz massiv *Beziehung* als Werkzeug einsetzen müssen, ist das ohne Zweifel noch um ein gutes Stück schwerer. Dementsprechend verständlich ist es, dass sie umso krampfhafter an der Idee festhalten, dass es ein richtiges Leben im falschen gebe, – es macht sie allerdings auch besonders manipulierbar.

Wenn man das permanente Gerede von der Wissensgesellschaft ernst nehmen würde, müsste die Tätigkeit von Lehrerinnen und Lehrern zwischenzeitlich zu den prestigeträchtigsten Berufen in unserer Gesellschaft zählen. Sie sind ja ohne Zweifel die Schlüsselpersonen bei der Vermittlung von Wissen und der Bereitschaft zum lebenslangen Lernen. Aber – so wie es Siegfried Bernfeld in seinem Buch „Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung“ schon Anfang des 20. Jahrhunderts formulierte – hat sich das periodisch auftretende gesellschaftliche Interesse an Erziehung noch niemals zu einer tatsächlichen Wertschätzung pädagogischer Leitmaßstäbe sowie der Pädagoginnen und Pädagogen verdichtet. An sie werden lediglich Erwartungen gerichtet, damit man dann, wenn die gewünschten Resultate nicht erreicht werden, einen Sündenbock namhaft machen kann. „Mit der Bejahung der Ziele der Pädagogik, mit Glauben an ihre Mittel, mit hoher Wertung ihrer Tätigkeit und ihrer Menschen hat dies (...) nichts zu tun“, schreibt Bernfeld.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie sich die pädagogische Idealisierung von Leitbegriffen wie Mündigkeit und Emanzipation ziemlich problemlos einer pädagogischen Praxis unterordnet, die diesen Zielvorstellungen Hohn spricht, darf ich – in meiner Funktion als Mitarbeiter am Institut für Bildungswissenschaften der Universität Wien – derzeit tagtäglich miterleben: Wie viele von Ihnen wahrscheinlich wissen, ist die Universität gegenwärtig einem massiven strukturellen Umbau unterworfen. Dieser Umbau, der sicher die grundlegendste Veränderung der Universität seit der Humboldtischen Universitätsreform darstellt, intendiert nichts anderes, als die Universität zu einem nach ökonomischen Kalkülen operierenden Wirtschaftsunternehmen umzugestalten. Zu einem Unternehmen,

in dem Forschung und Lehre auf den Status von Waren degradiert sind, die kostengünstig produziert und teuer verkauft werden, in dem Forschung an ökonomischer Verwertbarkeit orientiert ist – was sich am besten daran beweist, dass es gelingt, für sie Drittmittel einzuwerben – und in dem die Qualität der Lehre an einem möglichst kostengünstig produzierten und im internationalen Ranking möglichst gut gereihten Absolventenoutput gemessen wird.

Selbstverständlich ist auch das Institut für Bildungswissenschaften von den skizzierten Umgestaltungstendenzen massiv betroffen. Und – kraft ihrer fachlichen Kompetenz – ist den dort Tätigen natürlich auch klar, dass der Umbau der Universität zu einem Humankapitalproduktionsbetrieb im Sinne pädagogischer Leitbegriffe massiv zu hinterfragen ist. Und tatsächlich passiert das ja auch vielfach: Da gibt es beispielsweise einen Text des schon vorher erwähnten deutschen Erziehungswissenschaftlers Jörg Ruhloff, in dem dieser sehr pointiert den aktuellen Umbau der Universität zu einem Wirtschaftsbetrieb als Todsünde an der Idee der Bildung geißelt. Dieser Text wurde von einer ganzen Reihe von Erziehungswissenschaftlern des deutschen Sprachraums positiv rezipiert und auch ein großer Teil der wissenschaftlichen Mitarbeiter des Wiener bildungswissenschaftlichen Instituts steht begeistert hinter der Kritik Ruhloffs. Das geht soweit, dass der Text sogar manchmal in Lehrveranstaltungen verwendet wird, um den Studierenden aufzuzeigen, wie sehr doch der aktuelle Universitätsumbau die Bedingungen der Möglichkeit von Bildung konterkariert.

Aber sonst – nichts! Es ist keineswegs so, dass die wissenschaftlichen Pädagoginnen und Pädagogen verbissen Widerstand gegen den aktuellen Umbau ihrer Bedingungen des Forschens und Lehrens leisten. Und sie werden auch nicht permanent vorstellig bei den politischen Entscheidungsträgern, organisieren Protestkundgebungen oder versuchen sonst irgendwie Verbündete für ihren Kampf gegen den Niedergang ihrer pädagogisch gebotenen Möglichkeiten zu finden. Ganz im Gegenteil: In den diversen Kommissionen, in denen z.B. der Umbau des Studiums mit Hilfe eines Studienplans vorangetrieben wird, der weitgehend verschulte, nach ökonomistischen Kriterien gestaltete Strukturen schafft, wird nicht einmal ernsthaft über die pädagogische Fragwürdigkeit dessen diskutiert, was da aktuell passiert. Man hat sich abgefunden

und exekutiert die Vorgaben der Universitätsleitung – weil es doch sowieso keinen Sinn macht, gegen die Auswirkungen eines Zeitgeists anzukämpfen, der sich ja auch sonst in allen Bereichen der Gesellschaft zeigt. Die Ideale Mündigkeit und Emanzipation werden nichtsdestotrotz selbstverständlich weiter hochgehalten.

Es ist ja nicht so, dass die wissenschaftlichen Pädagoginnen und Pädagogen die aktuell herrschenden, entfremdenden gesellschaftlichen Mechanismen nicht registrieren. Erst kürzlich ist von Mitarbeitern des Wiener Instituts für Bildungswissenschaft ein „Pädagogisches Glossar der Gegenwart“ erschienen, in dem eine ganze Reihe von Bildungswissenschaftlern und Bildungswissenschaftlerinnen beklagt, dass es um die Sache der Bildung derzeit nicht gut steht. Anhand der unterschiedlichsten, die Diskussion um Bildungsfragen aktuell dominierenden Zauberbegriffen wie z.B. Autonomie, Employability, Humankapital, Modularisierung, Lebenslanges Lernen oder Qualitätsmanagement wird aufgezeigt, dass es heute kaum je darum geht, Menschen im Bildungswesen zu Mündigkeit zu verhelfen. Derartige kritische Analysen, von denen es eine durchaus erkleckliche Zahl gibt – zu nennen wäre da insbesondere noch ein kürzlich vom Wiener Philosophen Liessmann herausgegebenes Buch mit dem Titel „Theorie der Unbildung“ –, sind durchaus nachvollziehbar. Sie leiden bloß an zwei gravierenden Mängeln: Sie verklären zum einen implizit die Vergangenheit und weigern sich zum anderen standhaft, Schritte in eine bessere Zukunft aufzuzeigen.

Einerseits wird bei diesen Analysen in typisch kulturpessimistischer Manier so getan, als ob es seit Bestehen der bürgerlichen Pädagogik schon wesentlich bessere Zeiten für die Sache der Bildung mit ihren Zielparametern Mündigkeit und Emanzipation gegeben hätte. Als ob erst das fortschreitende Zutage-Treten der neoliberalen Ökonomie die Ursache dafür wäre, dass die Prämissen der Bildung nachhaltig untergraben wurden, früher aber tatsächlich die Förderung des mün-

schulheft
Pädagogische Taschenbuchreihe
www.schulheft.at
Studienverlag Innsbruck, Erlangerstr.10 6020 Ibk
order@studienverlag.at

Keine Geschäfte mit der Spielsucht!**4.700**

Unterstützen Sie die Initiative der KPÖ zur

Banditen

Bekämpfung der Spielsucht!

sind scharf auf<http://spielsucht.kpoe-steiermark.at>**Ihre Marie.****KPÖ**KPÖ-Landtagsklub Steiermark,
Klubobmann Ernest Kaltenegger
Tel. (0316) 877-5104

digen Individuums stattgefunden hätte – in den vorgeblichen „guten, alten Zeiten“, als die Autorität der Lehrer noch etwas gegolten hat, die Universitäten noch wirkliche Bildungsstätten und nicht Massenbetriebe waren und – vor allem – das unschöne Kosten-Nutzen-Kalkül angeblich noch nicht auf Bildungsprozesse angewandt wurde. Als ob damals massenhaft emanzipierte, kritische und selbstbewusste Menschen die Schulen und Universitäten verlassen hätten. Letztendlich bewegt sich die Kritik, die in derartigen Analysen transportiert wird, auf dem Niveau einer rückwärtsgewandten Utopie, in der alte Zeiten idealisiert werden, bei deren genauerer Betrachtung allerdings unschwer erkennbar ist, dass sie im Sinne pädagogischer Zielvorstellungen zwar anders, aber um kein Jota besser waren als die heutigen.

Andererseits bewegen sich derartige Stellungnahmen letztendlich auch stets in einem argumentativen Zirkelschluss: Da wird auf der einen Seite moniert, dass Mündigkeit im Erziehungs- und Bildungsbereich deshalb nicht wirklich gefördert werden kann, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse, die von Ungleichheit, Machtstrukturen und den unterschiedlichsten Formen von Abhängigkeit und Herrschaft gekennzeichnet sind, dies nicht zulassen. Und auf der anderen Seite kann eine Veränderung der unzulänglichen gesellschaftlichen Bedingungen von den betroffenen Menschen nicht angegangen werden, weil durch die gegebenen gesellschaftlichen Strukturen systematisch ihre Mündigkeit untergra-

ben wird. Im Sinne der Erkenntnis, dass Erziehung zum einen stets Ursache und zum anderen auch Wirkung ist – also immer gleichzeitig Bedingung und Bedingtes –, bleibt die Kritik in einem hermetischen Argumentationszirkel gefangen, der letztendlich eher zur Perpetuierung denn zur Überwindung der beklagten Zustände beiträgt.

Das Aufsprengen genau dieses Zirkelschlusses war im Grunde genommen das Ziel der kritisch-emanzipatorischen Pädagogik der späten 60er Jahre. Sie setzte sich von der bürgerlichen Pädagogik in erster Linie dadurch ab, dass sie das von dieser vorausgesetzte Postulat einer pädagogischen Autonomie radikal in Frage stellte. Es wurde die Vorstellung über Bord geworfen, Erziehung und organisiertes Lernen könnten umstandslos zu einer Humanisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse beitragen. Da die Entwicklung pädagogischer Theorien und pädagogisches Handeln in den aktuell gegebenen politisch-ökonomischen Kontext eingebunden sind, gleicht jeder Versuch, aus dem Binnenraum der Pädagogik Postulate für eine Praxis im Dienste menschlicher Emanzipation und Mündigkeit zu entwickeln, der Bemühung, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Bevor Pädagogen und Pädagoginnen emanzipatorische Schritte anleiten können, müssen sie sich erst selbst über ihre Instrumentalisierung als Vehikel der Reproduktion defizitärer gesellschaftlicher Verhältnisse bewusst werden, d.h. sie müssen sich erst einmal selbst emanzipieren.

Kritisch-emanzipatorische Pädagogik kann als der Versuch umschrieben werden, sich von der Ebene des Lamentierens über Oberflächenphänomene des bürgerlichen Erziehungs- und Bildungsgeschehens zu verabschieden und den kritischen Blick auf die dahinter wirksame Grundprämisse der bürgerlichen Gesellschaft – die Verwertungslogik des Marktes – zu richten. Damit wird es auch obsolet, das permanente Misslingen des Anspruchs, Menschen zu Mündigkeit und Emanzipation zu befähigen, durch noch avanciertere Maßnahmen innerhalb dieser Rahmenbedingung lösen zu wollen bzw. die auf der Verwertung von allem und jedem beruhende bürgerliche Ordnung durch eine Preise sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit im Bildungswesen konterkarieren zu wollen. Ein Transzendieren bürgerlicher Denkstrukturen kann nicht in der Sphäre einer Pädagogik geschehen, die ja selbst tragendes Element der bürgerlichen Ordnung ist und die deren

Grenzen nur um den Preis ihrer Selbstaufgabe überschreiten könnte.

Nimmt man diesen Ansatz ernst, relativiert sich allerdings auch die aufgeregte Klage über die derzeit vorgeblich stattfindende Ökonomisierung der Bildung. Zwar ist es tatsächlich so, dass heute allorten verstärkt bildungsökonomisch argumentiert wird, dass ganz offen gesagt wird, dass sich die Investitionen im Bildungswesen in Form verwertbaren Humankapitals rentieren müssen und dass Bildungseinrichtungen genauso betriebswirtschaftlich optimiert werden können – und auch sollen – wie Betriebe, in denen für den Markt Kühlschränke, Schuhe oder Langstreckenraketen erzeugt werden. Und tatsächlich lässt sich heute ja nicht nur eine Tendenz zur Verbetriebswirtschaftlichung aller organisierten Bildung konstatieren, der Trend geht noch viel weiter, nämlich dahin, die Arbeitskräfteaufzuchtanstalten aller Ebenen überhaupt gleich von privaten Unternehmern führen zu lassen. Seit es *state of the art* ist, dass das Qualifikationsniveau des nationalen Arbeitskräftepotentials einen wesentlichen Einfluss auf die Chance von Ländern und Regionen hat, im internationalen Konkurrenzkampf gut abzuschneiden, ist Bildung zum zentralen Argument der Wettbewerbsstrategien verschiedenster Couleur geworden.

Aber eine großartige Neuigkeit ist die Verschränkung von Ökonomie und Pädagogik trotzdem nicht. Im Grunde genommen wird mit der derzeitigen Entwicklung bloß kenntlich, was von allem Anfang gegolten hat – Mündigkeit und Autonomie bedeuten in der bürgerlichen Pädagogik letztendlich nie etwas anderes, als sich innerhalb der Marktgesellschaft souverän verhalten zu können. Und mit Emanzipation war stets bloß *politische* Emanzipation gemeint, von der Marx einmal geschrieben hat, dass sie nichts anderes ist, als „die Reduktion des Menschen, einerseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, auf das *egoistische Individuum*, andererseits auf den Staatsbürger, auf die moralische Person“. (Marx, K.: Zur Judenfrage. In ders.: Die Frühschriften. Hg. von S. Landshut, Stuttgart 1971, S. 199) *Politische* Emanzipation zielt auf bürgerliche Freiheit, und die erschöpft sich im Wesentlichen in der Handelsfreiheit. Sie vereinzelt Individuen und macht sie zu Konkurrenten, die sich bestenfalls noch dafür zusammenschließen, um einen Wettbewerbsvorteil gegen andere Humankapitalgruppen zu haben.

Die Unterordnung der Bildung unter die Ökonomie beginnt nicht erst mit der

Verbetriebswirtschaftlichung des Bildungswesens und auch nicht erst damit, dass nun auch der Bildungsbereich verstärkt der Kapitalverwertung zugänglich gemacht wird. Bildung ist eine Ware, seitdem der Besuch von Schulen und Universitäten zum Aufstiegsvehikel im Kampf um vorteilhafte gesellschaftliche Positionen geworden ist. Dass Bildungseinrichtungen zunehmend wie Kaufhäuser organisiert sind, wo Lehrende ihre Waren feilbieten und das Bildungswesen insgesamt immer mehr einer einzigen Kadettenanstalt zur Aufzucht von Arbeitskräften gleicht, ist bloß die logische Konsequenz der Vorstellung von der gerechtfertigten Besserstellung der so genannten Tüchtigen in der Gesellschaft. Der Wert von Menschen bestimmt sich in der bürgerlichen Gesellschaft anhand ökonomischer Dimensionen – mehr wert ist, wer besser verwertbar ist. Und die Verwertbarkeit von Menschen wird – zumindest dem Anspruch nach – im Bildungswesen geklärt, was letztendlich allerdings nichts anderes bedeutet, als dass Bildung und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft in eins zusammenfallen!

Wenn in Bildungseinrichtungen bis jetzt der raue Wind des Marktes nicht ganz so intensiv zu spüren war, hängt das nicht damit zusammen, dass der Bildungsbereich bis jetzt losgelöst von der ökonomi-

schen Sphäre funktioniert hätte, sondern damit, dass im Zuge der Intensivierung des allgemeinen Konkurrenzkampfes die ökonomische Generalmobilmachung nun eben auch diesen Bereich eingeholt hat. Und wenn Bildung heute kaum je mehr als Vorbereitung „auf das Leben“, sondern nahezu ausschließlich als Vorbereitung „auf das Leben als Arbeitskraft“ wahrgenommen wird, hängt das eben damit zusammen, dass es heute generell kaum mehr einen Aspekt des Lebens gibt, der nicht der Ökonomie untergeordnet ist.

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Trotzdem die Pädagogik immer einen ganz verliebten Blick bekommt, wenn sie von der Emanzipation schwärmt, bestand zwischen ihr und der bürgerlichen Ökonomie immer schon eine unauflösliche Zweckverbindung. Seit sie zu einer eigenständigen Disziplin herangewachsen ist, ist die Pädagogik mit der Ökonomie fix verheiratet. Von der *menschlichen* Emanzipation hat die Pädagogik immer nur romantisch geschwärmt, ohne sich jemals auch nur ansatzweise damit auseinander zu setzen, welche Konsequenzen eine ernsthafte Beziehung mit ihr wirklich haben würde.

Ich bin damit am Ende meiner Ausführungen angelangt. Eine ziemlich schwierige Aufgabe habe ich allerdings noch zu bewältigen: Eine Kollegin, die in

derselben Abteilung wie ich an der Uni arbeitet und meine Art zu argumentieren dementsprechend gut kennt, hat mich nämlich dringend gebeten, mein Referat mit einem positiven Ausblick zu beenden.

Und Sie können mir glauben – es hat mich ziemlich viel Zeit gekostet, eine solche positive Abschlusswendung zu finden. Aber schlussendlich ist mir eingefallen, dass es ja genau solche Veranstaltungen wie diese sind, die uns Mut machen können, an die Möglichkeit wirklicher und systemtranszendierender Veränderung zu glauben. Wie schon gesagt, besteht mit dem *schulheft* seit 30 Jahren ein Forum, in dem genau derartige, quer zum pädagogischen Mainstream stehende Überlegungen Platz finden. Und es gibt keineswegs einen Mangel an Autoren und Autorinnen, die bereit sind, sich aus thematisch sehr unterschiedlichen Richtungen mit dem Spannungsverhältnis von Pädagogik und politisch-ökonomischen Verhältnissen zu beschäftigen. Eine große und durchaus nicht stagnierende Zahl an Menschen, die das auch lesen wollen, gibt es ebenfalls – und das ist doch Grund genug, um positiv in die Zukunft zu blicken!

Und noch eine positive Botschaft für alle, die das *schulheft* noch nicht so gut kennen – es sind nicht alle Artikel so radikal wie das, was ich Ihnen heute vorgetragen habe.

Julius Mende (1944-2007)

Am 17. April 2007 ist Julius Mende freiwillig aus dem Leben geschieden.

Julius war mir ein lieber, wenn auch nie unkomplizierter Freund. Dezent, Zurückhaltung und Mangel an Direktheit waren seine Sache nicht. Ich wusste immer, wie ich bei ihm dran war. Keine Absage, die er nicht so meinte, aber auch keine Zusage, die er nicht eingehalten hätte. Julius hatte Konturen. Ich erinnere mich gerne, sei es an die zahlreichen Redaktionssitzungen der Zeitschrift *Weg und Ziel* oder an äußerst angenehme und anregende Besuche bei ihm in der Wiener Wohnung oder in seinem Domizil am Schotterteich im Waldviertel.

Die Öffnung des theoretischen Organs der KPÖ, *Weg und Ziel*, Anfang der Neunziger Jahre hing ganz entscheidend an seiner Person. Bis zur Einstellung im Jahr 2000 war er dort dazu da, sehr

unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu bringen. Er hat sich oft geärgert, aber wahrscheinlich konnte nur er diese Diskrepanzen auf seinem breiten Rücken überbrücken. In der Abschiedsnummer habe ich mich bei ihm bedankt, „dem Verbindungsmann der und zur KPÖ, der seine Rollen, wenn auch des öfteren in patriarchaler Manier und manchmal mit unberechenbaren Auftritten, so doch ganz ausgezeichnet meisterte. Es ist eine Frage, ob es je einen besseren Doppelagenten geben könnte als ihn, dem es zweifellos über lange Zeit gelungen ist, beide Seiten (Partei und Autoren) einigermaßen zufriedenzustellen.“ – Er hat sich selbst in dieser Einschätzung des Doppelagenten durchaus wiedergefunden und sie zu Recht als ein ausdrückliches Kompliment für diese außergewöhnliche Leistung genommen.

In den Anfangstagen des Kritischen Kreises und der *Streifzüge* mischte Julius Mende einige Zeit mit. Anders hätten wir die ersten Jahre als Zeitschrift kaum überstanden, ohne im Schuldurm zu landen. Wir waren nicht so ganz seine Sache, aber er hat unser Anliegen unterstützenswert gefunden. Dafür gilt ihm unser herzlicher Dank.

Wir hätten Julius noch viele Jahre in mehr Ruhe und Genuss gewünscht, doch seine Krankheit hat ihm das Leben verleidet. Wir fühlen mit seiner Frau Bärbel und allen, die Julius mochten.

Franz Schandl, 1. Mai 2007

Vor einigen Wochen ist bei Promedia ein Buch von Julius Mende erschienen, in dem er sich einmal mehr mit einem Thema auseinandersetzte: „Die sexuelle Welle. Zwischen Sinnlichkeit und Vermarktung. Bilder und Texte.“

Kapitaler Klimawandel

von Andreas Exner und Lothar Galow-Bergemann

Alle reden vom Wetter. Wer bei Klimawandel bis dato an vier Jahreszeiten dachte, denkt jetzt schon mal an den Untergang der Welt. Die jüngsten UN-Berichte zum Klimawandel haben beachtliche Aufregung verursacht. Nach Jahren postkatastrophischen Bewusstseins, wie es hieß, das Umweltprobleme nicht beseitigen, sondern in Form von Umweltrisiken managen wollte, vertieft sich nun ein Unbehagen, das der Risikodiskurs augenscheinlich nur mehr schwer bearbeiten kann.

Mancher Aktivist gegen den G8-Gipfel wähnt die Menschheit von finsternen Plänen „der Herrschenden“ bedroht. Bei genauerem Hinsehen sind manche der Pläne, die jetzt allenthalben auftauchen, aber so finster gar nicht. Bemerkenswert, dass etwa George W. Bush mittlerweile akzeptiert, was in der globalen wissenschaftlichen Gemeinschaft seit Jahren beinahe ungeteilter Konsens ist: die Erwärmung des Weltklimas geht auf das Konto des Menschen, die schlimmsten Folgen sind zu erwarten. Beachtlich auch, dass die Staats- und Regierungschefs der EU in kürzester Frist beschlossen haben, erneuerbare Energien auszubauen. Bis 2020 sollen sie zwanzig Prozent der Energieversorgung decken. Der Europäische Rat zielt weiters darauf, die Energieeffizienz um zwanzig Prozent zu erhöhen und Treibstoffen zehn Prozent an Biokraftstoff beizumischen. Damit soll die Emission von Treibhausgasen um zwanzig Prozent unter den Wert von 1990 sinken – ein Ziel, das die Staats- und Regierungschefs der EU als verbindlich festgelegt haben. Die britische Regierung will gar die CO₂-Emissionen per Gesetz bis 2050 um sechzig Prozent reduzieren. Der Spiegel verfasst einen Nachruf auf den „Automann“, Kanzlerin Merkel beschwört angesichts neuer Töne aus den USA die Bewahrung der europäischen Führerschaft in Sachen Umweltschutz und selbst die Verwalter des chinesischen Raubbau-„Sozialismus“ beginnen an Umweltprogrammen zu zimmern. Sogar die Deutsche Bank verlangt von EU und Bundesregierung verbindlichere Vorgaben zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, zur

Steigerung des Ökostromverbrauchs und zur Verpflichtung der Fluggesellschaften auf den Klimaschutz (*Spiegel-Online*, 5.3.07). Es scheint, als setze sich nach vier Jahrzehnten weltweiter Umweltbewegung endlich auch in den Machteliten die Einsicht durch, dass der Katastrophe dringend gegengesteuert werden muss, ja als breche allenthalben der große Konkurrenzkampf um die beste Umweltpolitik aus. Dass es so nicht weitergehen kann, hat sich herumgesprochen und es wäre verfehlt, wollte man die verschiedenen Anstrengungen etwa als „unehrlich“ und „Ablenkungsmanöver der Herrschenden“ denunzieren.

Herrliche Zeiten für die Ökobewegung?

Ist das Kapital jetzt doch noch klug und weise geworden? Diese Antwort wäre genauso falsch wie eine Verschwörungphantasie, die die „bösen Absichten der Herrschenden“ als Ursache allen Elends begreift. Zu fragen ist vielmehr, ob nicht unsere herrschenden Beziehungsmuster Markt, Kapital und Staat selber der Realisierung solcher Ziele im Wege stehen. Denn so begrüßenswert die neue Sensibilität im herrschenden Diskurs ist, so fraglich bleiben die Erfolgsaussichten. Sprechen wir einmal nur von den Emissionen, so lautet die Aufgabe in etwa so: Die Treibhausgase in den G8-Staaten müssen bis zum Jahr 2020 um durchschnittlich dreißig Prozent und bis zur Mitte des Jahrhunderts um achtzig Prozent gegenüber 1990 reduziert werden (Greenpeace Österreich, 17.5.07). Laut dem jüngsten Report des UN-Klimarates müssen die weltweiten Kohlendioxidemissionen bis 2050 um fünfzig bis 85 Prozent sinken – verglichen mit den Werten aus dem Jahr 2000. Da sich das Bruttoinlandsprodukt im selben Zeitraum voraussichtlich (klammern wir die Möglichkeit einer Weltwirtschaftskrise aus) verdrei- oder vervierfachen wird, steigt allerdings auch der Energiebedarf und damit das Emissionsvolumen. Reduktionsziele sind folglich bei wachsender Wirtschaft umso schwerer zu erreichen. Nur mit einer drastischen Verminderung der Treibhausgas-Emissionen jedoch könne die Erwärmung im weltweiten Durch-

schnitt unter zwei Grad Celsius gehalten werden, meinen Experten. Wird dieser Schwellenwert überschritten, sollen die Folgen irreversibel und chaotisch sein, effektive Gegenmaßnahmen seien dann unmöglich.

Nun haben allerdings alle Rezepte, die jetzt en gros gehandelt werden, ein entscheidendes Manko: Sie wollen die laufende, katastrophische Entwicklung ausgerechnet mit den Methoden desjenigen Wirtschaftssystems hinwegzaubern, das sie überhaupt erst hervorgebracht hat. Was schon daran deutlich wird, dass das heilige „Wir steigern das Bruttoinlandsprodukt“ von keinem der Rezepteschreiber infrage gestellt wird.

„Das Wachstum der Weltwirtschaft ist klar mit der Verfügbarkeit von Energieresourcen verbunden“, hieß es 1975 zur Gründung der G8 – damals noch als G6 – in der Rambouillet-Erklärung, die betonte, dass die G6 auch dazu entschlossen seien, „die Energiequellen, die unsere Volkswirtschaften für ihr Wachstum benötigen, zu sichern“ (Peter Wahl, *Wie die Spinne im Netz*, unter: www.attac.de/heiligendamm07). Die Parole der G8 lautet 2007 beinahe so wie jene der G6 im Jahre 1975: „Unser gemeinsames Interesse erfordert es, dass wir auch weiterhin zusammenarbeiten, um unsere Abhängigkeit von Energieimporten durch Energiesparen und die Entwicklung alternativer Quellen zu reduzieren“ (ebd.). Allerdings hat sich die Problemdefinition mittlerweile sichtlich um den Klimawandel erweitert. Für diesen rechnet nämlich Nicholas Stern, ehemaliger Chefökonom der Weltbank, in einer Studie „dramatische ökonomische Kosten“ vor. Alleine schon die Art und Weise der Kenntnisnahme des Klimawandels ist bezeichnend für die Beschränktheit der marktwirtschaftlichen Sicht auf die Welt: Solange es „nur“ um die negativen Folgen für Mensch und Natur ging, wurde er weitgehend ignoriert, gar seine Existenz überhaupt bestritten. Die Rede von den Kosten ist dabei zweischneidig. Einerseits ist die Sprache der Kosten – verquer genug – die einzige, die der Kapitalismus zulässt, um menschliches Leiden auszudrücken. Andererseits stören so genannte Umweltkosten als solche das Kapital nicht weiter. Im Gegenteil: Oft genug schlägt es Profit gerade aus den

„Kosten“. Das zeigt schon der normale Gang des Wirtschaftswachstums, worin ein steigender Anteil von Reparaturkosten als monetärer Zuwachs gilt.

Das Problem wird überdeutlich, wenn die betriebswirtschaftliche Rationalität gegen solche „an sich vernünftige“ Pläne rebelliert. „Wir wollen Autos exportieren und keine Arbeitsplätze. Ich warne deshalb vor einer Politik, die die Produktion größerer Autos aus der EU vertreibt“, argumentiert EU-Kommissar Verheugen gegen „hysterischen Aktionismus“ in der Klimadebatte und bringt das Vaterunser der herrschenden Produktionsweise mit den Worten auf den Punkt: „Klimaschutz kann man nur sinnvoll betreiben, wenn man gleichzeitig die eigene Wettbewerbsfähigkeit sichert“ (*Spiegel-Online*, 3.3.07). Dass es aber genau der eingebaute Zwang zur immerwährenden Konkurrenz um die größte einzelbetriebliche Kosteneinsparung und die beste Kapitalverwertung bei gleichzeitigem unendlichem Wirtschaftswachstum ist, der den Klimawandel erst hervorbringt, bleibt verschlossen, solange wir überhaupt in Kategorien von Kosten und Gewinnen denken. Die Automobil- und Flugzeugproduktion ist das beste Beispiel: Aus Kostengründen überqueren die Einzelteile buchstäblich den Planeten, bevor sie zusammengebaut und an den Käufer gebracht werden. Und kommen sie dann endlich zum Einsatz, so tun sie was? – Sie überqueren, wiederum aus Kostengründen, den Planeten.

Solare Befreiung, effiziente Atome

So heikel wie die Problemwahrnehmung sind schließlich auch die angepriesenen Rezepte. Manches Programm klingt ambitionierter, als es ist. Viele der klimaschädlichen Industrieanlagen der neuen EU-Beitrittsländer rosten – dem Zusammenbruch des Realsozialismus sei Dank – seit langem vor sich hin. Allein ihre Erweiterung beschert der EU somit quasi automatisch eine Reduktion der Emission von Treibhausgasen. Des Weiteren ist der Umweltdiskurs auffallend technokratisch. Die Frage danach, in welcher Art von Gesellschaft wir eigentlich leben, taucht selbst in der Ökologiebewegung kaum auf. Sie scheint – genauso wie die G8 – primär auf Energieeffizienz zu setzen. An zweiter Stelle folgt der Umstieg auf erneuerbare Energien – Förderung von Solar- und Windenergie, Ausbau der Wasserkraft und verstärkte Biomassenutzung. Dass wir eine andere Le-

bensweise brauchen, was schließlich auch bedeuten würde, Produktions- und Verteilungsweise drastisch zu verändern, davon ist im Rahmen der G8 erwartungsgemäß nicht die Rede. Aber auch ein großer Teil der Zivilgesellschaft kann sich scheinbar nichts anderes als „technologische Lösungen“ vorstellen. Zwar wird in der Ökologiebewegung stärker als auf staatsoffiziellem Politikparkett betont, dass wir auf erneuerbare Energien umsteigen müssen, Effizienz allein keine Lösung ist. Einzelne Stimmen verknüpfen damit sogar die Hoffnung, dass die „solare Weltwirtschaft“ (Hermann Scheer) auch soziale Freiheitsgrade bringt. Die Versorgung mit Energie von der Sonne benötigte, schon aus technischen Gründen, dezentrale Strukturen. Wären die gigantischen Apparaturen und Verteilungsnetze der fossilen Energien einmal ausrangiert, so sei soziale Autonomie eine logische Folge. Doch bezeichnenderweise steckt auch in diesem Fall der Glaube an die Technik ab, was man sich an sozialer Veränderung erhoffen will.

Der technokratische Diskurs weist auch auf seinem eigenen Gebiet einige blinde Flecken auf. Zunächst marginalisiert er die Einsicht, dass unser Verbrauchsniveau insgesamt zu hoch ist. Was wollen wir eigentlich in welchen Mengen produzieren, und wie verteilen wir die Produktionsergebnisse? Rasch stellen sich solche Fragen, sprechen wir von Suffizienz, dem richtigen Maß. Sie verweisen auf Macht- und Produktionsverhältnisse. Es versteht sich von selbst, dass Suffizienz für die G8 kein Begriff ist. Wenn aber die Ökobewegung davor Halt macht, so ist das ein schweres Defizit.

Der Effizienzdiskurs ignoriert zum Zweiten, dass sich die Ära des billigen Rohöls ihrem Ende zuneigt, dass wir in diesen Jahren Peak Oil, also den Höhepunkt der Erdölförderung erleben. Die Erdölnachfrage wird in Zukunft nicht mehr in vollem Ausmaß befriedigt werden können, steigende Preise sind unausweichlich. Vorausgesetzt, die Abhängigkeit vom Öl bleibt bestehen, werden die Ölkonflikte zunehmen. Hält das Wirtschaftswachstum der Schwellenländer weiter an und steigt deren Ölbedarf (wie zu erwarten), so werden die Folgen dieses Engpasses umso schlimmer. Ebenso dramatisch wäre es freilich, wenn die Produktion von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln – sie hat Erdgas beziehungsweise Rohöl als wichtigen Ausgangsstoff – nicht Schritt hält mit dem wachsenden Bedarf oder deren Preise

stiegen, ohne schon eine ökologische Alternative mit ausreichender Produktivität zur Hand zu haben. Ohne Kunstdünger würde die Weltbevölkerung rund dreißig Prozent mehr hochwertige Anbaufläche zusätzlich benötigen – dabei hat sich weltweit die landwirtschaftlich genutzte Fläche in den letzten vierzig Jahren trotz intensiver Agrarisierung nur um rund zehn Prozent erhöht (Fair Future, S. 50). Können arme Länder und Regionen nicht mehr wie bisher Agrarmaschinen mit billigem Öl betreiben und sich erdölchemische Produkte leisten, sind Hungerkatastrophen vorgezeichnet.

Es nimmt wenig Wunder, dass in dieser Situation die Karte Atomkraft neu ins Spiel kommt. Die Atomlobby wittert in der Klimaschutz-Debatte ihre Chance. Angesichts der geringen Bedeutung, die „Kernkraft“ für die weltweite Energieversorgung hat – sie lieferte 2006 nur sechs Prozent der Primärenergie und sechzehn Prozent der verkauften Elektrizität (Atlas der Globalisierung, S. 18) – und der enormen Finanzmittel, die sie erfordert, kann sie der Energiekrise nicht substanziell begegnen. Ganz zu schweigen von den altbekannten Sicherheitsrisiken, die durch privaten und staatlichen Terrorismus noch verstärkt werden. Trotzdem stehen Weiterbetrieb, ja Ausbau oder gar massiver Relaunch der Atomenergie zu befürchten. Eine mindestens ebenso große Gefahr droht allerdings bei einem Rückgriff auf andere fossile Energieträger, vor allem auf die besonders klimaschädliche Kohle.

Palmen

Selbst beim forcierten Einsatz erneuerbarer Energien zeichnen sich bedrohliche Entwicklungen ab. Der Anbau von Biomasse beispielsweise ist durch die verfügbare Fläche begrenzt, sie gerät in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion. Leider nimmt auch hier eine destruktive Branche ihre Chance wahr und will den Klimaschutz als Bonus für sich nutzen: die Gentechnik. Sie soll die Produktivität der Landwirtschaft erhöhen und so den Nutzungskonflikt entschärfen. Auch die Gentechnik freilich bringt aller Voraussicht nach Gefährdungen mit sich, die irreversibel und nicht beherrschbar wären. Mehr noch, sie verstärkt die umweltzerstörenden Seiten der Agroindustrie und untergräbt die Nahrungssouveränität noch weiter. Unser Energiebedarf ist zudem derart hoch, dass der Anbau von Biomasse intensivst erfolgen müsste. Das verschlänge

wiederum entsprechende Ressourcen. Nicht zuletzt ist damit erst recht der breite Einsatz der Petrochemie (Kunstdünger, Herbizide, Pestizide, Fungizide) erfordert.

Schon jetzt zeigt sich, dass erneuerbare Energien ökologische und soziale Probleme eher noch verschärfen, solange das Kapital das Sagen hat. Laut UN-Energy-Bericht etwa ist der Preis für Mais wegen der steigenden Nachfrage nach Biokraftstoffen innerhalb eines Jahres deutlich angestiegen. Die internationale Organisation warnt darin vor einer Verteuerung der Lebensmittel, wenn die Nachfrage nach biogenen Treibstoffen weiter ansteigt. Der Bericht sieht auch Gefahren für die globale Wasserversorgung, werden mehr Flächen für die Biosprit-Produktion genutzt (<http://esa.un.org/un-energy>).

In Südostasien werden Regenwälder abgeholzt, um Anbauflächen für Ölpalmen zu schaffen. Palmöl dient der Biodiesel-Produktion – Österreich muss Biodiesel importieren, da die heimische Produktion den (steigenden) Bedarf nicht deckt. Befinden sich die Palm-Plantagen auf torfigem Boden, so liegen die CO₂-Emissionen des so produzierten Biodiesels fünf Mal über dem Wert konventionellen Diesels. Auch im günstigeren Fall betragen die CO₂-Emissionen mehr als bei konventionellem Diesel (<http://www.greenpeace.at>). Ähnlich bei Bio-Ethanol, das Benzin beigemischt werden soll. Wichtigster Produzent ist Brasilien, das Bio-Ethanol aus Zuckerrohr herstellt. Beim Anbau auf ehemaligen Regenwald-Flächen ist die CO₂-Bilanz ebenfalls schlecht (ebd.).

Was satt macht und was nicht

Ist erst einmal die kapitalistische Wachstumsdoktrin akzeptiert, wird Natur als pure Ressource, als Rohstofflager wahrgenommen, so erscheinen Atomenergie und Gentechnik leicht als ein kleineres Übel. In beiden Fällen führt uns aber der vermeintliche Ausweg noch tiefer in die Sackgasse. Unsere Art zu leben, unsere Produktions- und Verteilungsweise ist in zweierlei Hinsicht unhaltbar. *Erstens* ist der Nachschub an Energieträgern limitiert und *zweitens* ist die Aufnahmekapazität der Umwelt für Schadstoffe begrenzt, genauer gesagt schon lange überdehnt. Dennoch wird in praktisch allen Debatten über den ökologischen Umbau davon ausgegangen, dass Klimaschutz überhaupt nur bei weiterem Wirtschaftswachstum möglich ist. Diese Annahme ist absurd. Wie sollen der Ressourcenverbrauch und mit ihm die

Emissionen dauerhaft auf ein geringeres Niveau zurückgeschraubt werden, wenn die Wirtschaft – in Geldeinheiten gemessen – Jahr für Jahr, um sagen wir, zwei Prozent zulegt? Es genügt dazu ja nicht, bloß den Verbrauch relativ zu reduzieren, sodass er langsamer wächst als das BSP. Er muss vielmehr absolut geringer werden. Setzte man zu diesem Zweck gänzlich auf eine Steigerung der Ressourceneffizienz, so müsste diese jeweils um etwa den Faktor 10 anwachsen, und das auf alle Zeit – solange jedenfalls, wie das BSP zunimmt. Dabei sollte uns schon ein Blick in die Geschichte des Kapitalismus skeptisch machen. Denn gerade dieses System hat ja all die Probleme mit genau den Mitteln erst in die Welt gesetzt, mit denen es sie nun lösen können soll. Was nutzen an sich sinnvolle Einsparungseffekte, wenn sie dadurch kompensiert werden, dass die Gesamtproduktion weiter steigt? Es hilft wenig, wenn der Ressourcenverbrauch je produziertem Auto sinkt, Autoproduktion und Fahrleistung aber im Ganzen wachsen.

Die Effizienz zu steigern ist ohne Frage nötig, und auch der Umstieg auf erneuerbare Energien ist wesentlich. Doch solange wir nicht das Verbrauchsniveau senken, bleiben all diese Bemühungen ein Schlag ins Wasser. Eine Senkung aber kann nur gelingen, wenn uns der Wachstumszwang nicht mehr die Hände bindet. Dazu müssen wir grundsätzlich neue Wege gehen. Eine radikal andere Naturbeziehung, eine andere Beziehung zu uns selbst als begrenzten, bedürftigen, aufeinander angewiesenen Lebewesen eingeschlossen, ist dafür nötig. Eine andere Naturbeziehung ist nur möglich, wenn wir unsere so-

zialen Beziehungen verändern. Herrschaft über die Natur ist nur die andere Seite sozialer Herrschaft. Dabei müssen wir bis an die Basics gehen: Eine Wirtschaftsweise, die auf Kauf und Verkauf beruht, kann gar nicht anders als nach Profit zu streben. Geld macht nicht satt und genau aus diesem Grund ist das konkurrenzbedingte Streben nach Geldvermehrung, nach Wachstum unersättlich. Von dieser Einsicht ist die Ökologiebewegung leider noch recht weit entfernt. Doch zeigt gerade auch die jüngste Debatte, dass unerwartete qualitative Sprünge möglich sind. Immerhin dringt das Ausmaß der Bedrohung annähernd in das kollektive Bewusstsein vor. Das Unbehagen spiegelt sich im politischen Diskurs, der freilich alle Momente und Fragestellungen, die das System der Verwertungsbeziehungen destabilisieren könnten, aussortiert. Technologien und Branchen, die mit Verwertungsinteressen konform gehen und den spezifischen Anforderungen des kapitalistischen Energiebedarfs genügen, versuchen den potenziell systemgefährdenden Diskurs offensiv als Einstiegstor zu nutzen.

Der Kapitalismus hält viele Wege in die Katastrophe für uns bereit, das zeigt nicht zuletzt seine Geschichte. Doch Angst war immer schon ein schlechter Ratgeber. Was wir stattdessen brauchen, sind nüchterne Analyse sowie Mut und Entschlossenheit, für ein gutes Leben aller einzutreten. Sobald wir uns aus den gedanklichen Fesseln, die Markt und Kapital uns anlegen, lösen, gewinnen wir einen emanzipativen Spielraum, der überlebenswichtig ist.

Die Autoren sind erreichbar unter:
GutesLeben@streifzuege.org



Dialektik der Scherben

von Roger Behrens

Ist alles in Ordnung? Ist der Sound okay?“, fragt Rio Reiser beim Konzert am 1. Mai 1983 im Berliner Tempodrom das Publikum. Natürlich ist nichts in Ordnung, aber der Sound ist okay – sehr okay. Ton Steine Scherben hatten damals gerade ihre letzte Studioplatte herausgebracht, schlicht „Scherben“ betitelt, so wie man die Band ohnehin nannte; denn das klang mehr nach Punk, dem man die Gruppe wohlwollend zuordnete. Dazu passte allerdings nicht, was jetzt zu hören war: „Wo sind wir jetzt / Seele versetzt / Herzen verkauft / Ich halt's nicht mehr aus“ – lautet der Refrain des ersten Stückes der Platte, mit dem auch das Konzert beginnt. Das Cover des „Scherben“-Albums zeigt ein verschwommenes Schwarzweißfoto der Band, behutsam nachkoloriert in den für die Ästhetik der Hässlichkeit der Achtziger typischen Pastellfarben. Zu hören sind Liebeslieder, mager arrangierte Songs und pseudopolitisch aufgemotzte Reime; kurzum: die Platte ist musikalisch wie textlich eine Enttäuschung und man hört nicht nur den Abgesang einer ehemals bedeutenden Band, sondern findet gleichsam auch eine Geschichte des Scheiterns der Linken skizziert. Die fünfzehn Jahre von 1970 bis 1985, in denen Ton Steine Scherben als Band existierte, markieren nämlich auch das Versäumnis und Unvermögen der radikalen Linken, eine radikale Kultur hervorbringen: die verpasste Chance und unerkannte Notwendigkeit einer politisch wie ästhetisch revolutionären Avantgarde, die Spaltung von künstlerischer Produktion und Alltagspraxis aufzuheben.

Diese Chance wie Notwendigkeit gleichermaßen bestand weltgeschichtlich Ende der sechziger Jahre, als im Zuge des Pariser Mai zum letzten Mal der Kapitalismus in seiner Totalität fundamental infrage gestellt war: als System der strukturellen Gewalt, des Elends und der Armut sowie gleichermaßen als warenproduzierende Überflussesgesellschaft – also erstmals unter dem Vorzeichen der Gewissheit, dass der Kapitalismus auch dann, wenn er sich selbst als funktionierende Konsumgesellschaft inszeniert, nicht funktionieren kann. Bücher wie Marcuses „Eindimensionaler Mensch“ von 1964 oder Debords „Gesellschaft des Spektakels“

von 1967 haben in ihrer rücksichtslosen Kritik des Kapitalismus eine Neugestaltung der Kultur gefordert, die sich nicht mehr aus der bestehenden kulturellen Ordnung speisen kann. Wie so etwas in die Praxis umsetzbar wäre, ist nicht von der absterbenden bürgerlichen Hochkultur zu beantworten versucht worden, sondern ausgerechnet von der konstitutiv durch die Warenproduktion bestimmten Popkultur: Ende der sechziger Jahre brechen die Strukturen auf und eine Musik mit neuen Sounds, neuen Inhalten, neuer Form wird geschaffen.

Inmitten dieses Aufbruchs tauchen auch Ton Steine Scherben auf, die 1970 in Westberlin von R.P.S. Lanrue, Rio Reiser, Wolfgang Seidel und Kai Sichtermann gegründet werden. Die Band versteht ihre Musik im Sinne des alten Agit-Prop-Konzeptes und sie singen das, was sie zu sagen haben, auf Deutsch; musikalisch orientieren sich TSS am einfachen Bluesrock, ein bisschen Beat, ein bisschen Soul. Beim Love-and-Peace Festival am 6. September 1970 auf der Ostseeinsel Fehmarn kommt es beim Auftritt von Ton Steine Scherben zum Tumult, der das Image der Band nachhaltig prägen soll: Unbekannte zündeten auf dem Festival während des Scherbenauftritts ausgerechnet beim Lied „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ das Organisationsbüro an, woraufhin die Veranstaltung abgebrochen werden musste (übrigens hatte auf diesem Rockfestival, welches zu den damaligen Versuchen zählt, Woodstock kommerziell zu wiederholen, Jimi Hendrix kurz vor seinem Tod sein letztes Konzert gegeben). Der Song „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ ist nun nicht nur wegen seiner reduzierten, aber dennoch spannungsreichen Melodie bemerkenswert, die durch den parolenhaften Text unterstützt wird, sondern vor allem wegen der Schlussreferenz, wenn – wie bei der berühmten Aufnahme auf der ersten Ton Steine Scherben-Platte – sich die Musik in das „Einheitsfrontlied“ von Brecht und Eisler verwandelt.

Dass überhaupt die beiden ersten LP-Veröffentlichungen „Warum geht es mir so dreckig?“ (1971) und „Keine Macht für Niemand“ (1972) noch heute als Antizipation des Punkrock gehört werden, kommt nicht von ungefähr. Neu war etwa,

dass die ersten vier Stücke des ersten Albums Live-Aufnahmen sind; das gab der Musik einen rauen, spontanen Ton, etwas Authentisches. Authentisch im Sinne des Punk sind schließlich auch die aus Pappe selbst zusammengehefteten und mit Schablonen selbst bedruckten Cover. Vor allem – und das muss man sich für den Kontext der frühen Siebziger vergegenwärtigen – geht es in den Liedern nicht um die populären Stereotypen von Liebe, Boy meets Girl, Spaß und Weltflucht, sondern ganz im Gegenteil: Hier geht es um Alltagserfahrung und Klassenkampf, formuliert als vollkommen legitimes Bedürfnis nach Unterhaltung und Interesse an der eigenen Geschichte; dies aber nicht im Auftrag von Partei, mit Personenkult, Belehrung oder der faden Doktrin vom sozialistischen Realismus, sondern bestimmt von einem anarchistischen Impuls – und es ist Bands wie den Scherben zu verdanken, dass solche libertären Motive in der Linken nicht gänzlich verloren gegangen sind. Nicht gelang es jedoch, daraus und darin eine kulturelle Praxis zu begreifen, wie indes Peter Weiss es historisch als „Ästhetik des Widerstands“ formulierte (1975–1981).

1975 veröffentlichten die Scherben mit „Wenn die Nacht am tiefsten ...“ eine Doppel-LP, die Höhepunkt und Krise der Band wie der politischen Bewegung in den Siebzigern zum Ausdruck bringt: Ton Steine Scherben waren jetzt aufs Land gezogen, nach Fresenhagen in Schleswig-Holstein, raus aus der Stadt, weg von Berlin: Auf dem Cover ist das mittlerweile zum Kollektiv angewachsene Projekt noch inmitten der Metropole zu sehen („Vor zwei Jahren waren wir noch fünf Leute, jetzt sind wir sechzehn, im Alter zwischen vierzehn und dreiunddreißig. Aus den verschiedensten Berufen.“). Doch der Illusionismus des Gruppenfotos steht im Kontrast zur wachsenden Desillusionierung, eine Ambivalenz, die sich schließlich in der Musik niederschlägt: Zur Dialektik der Scherben gehören auch die Scherben der Dialektik. Das Doppelalbum verrät insofern eine musikalische Landflucht: Ein Konzeptalbum über das Prinzip Hoffnung, einschließlich eines angenehmen Messianismus, der dem Album gleichwohl eine

quasireligiöse Färbung gibt. Es heißt: „Unser Schiff / heißt Hoffnung“. Oder: „Die längst verloren geglaubten / werden von den Toten auferstehn.“ Die Reise führt biblisch, inspiriert von Karl May, „Durch die Wüste“. Die Stücke erreichen mit sieben, neun und sogar bis zu zwanzig Minuten nachgerade Progrock-Länge; auch in ihren Arrangements sind sie mäandernd und psychedelisch verspielt; hier und da gibt es illustrative Soundeffekte. Sicher wird mit Kitsch und Happy End kokettiert. Und gleichzeitig wird die Musik über die letzte Plattenseite ins Freie, in die Montage, in die Collage aufgelöst. Für das ästhetische Potenzial dieses Albums fehlte es allerdings Mitte der siebziger Jahre in der K-Gruppen-Linken an Sensibilität, an Sinnlichkeit und Lust; der revolutionäre Kulturentwurf stand nicht mehr auf der Tagesordnung, verödete. Die damalige Ignoranz gegenüber den radikalen Popent-

wicklungen der Siebziger zeitigt bis heute ihre Nachwirkung. Auch an Ton Steine Scherben sind diese Entwicklungen nicht vorbeigegangen, was den nachfolgenden, letzten Alben auch anzumerken ist: Das ästhetische Programm scheint sich merkwürdig in einem offiziellen Kulturauftrag zu nivellieren. Die damalige Jungdemokratin und spätere Grüne Claudia Roth wird 1982 Managerin von Ton Steine Scherben – auf der „Scherben“ wird sie unter „Tea & Sympathy“ aufgeführt.

Für die radikale Linke gaben Ton Steine Scherben in den achtziger Jahren dann nur noch nominell den Soundtrack ab. Die Musik wurde von der Neuen Deutschen Welle vollständig absorbiert, 1985 löst sich die Band auf; auch die Seitenprojekte wie Brühwarm oder Die Stricher versanden. Auch hier macht sich bereits der postmoderne Zeitgeist der achtziger Jahre bemerkbar, freilich in der deutschen Variante einer geistig-moralischen Wende, die weit über ein konservatives Rollback hinaus große Teile der Friedensbewegung, der Alternativen und der Linken als neues nationales Wir-Gefühl erreicht. Die Splitter der Scherben fügte man zum Mosaik einer neuen Volksmusik zusammen, als deren Schöpfer Reiser fortan verehrt wurde. Und in denselben Jahren, in denen sich ein Michael Jackson zum King of Pop machte, kürte Rio Reiser sich zum „König von Deutschland“ und damit zum alternativen Politclown, den man nunmehr sukzessive zum deutschen Dichter zurechtmodelt. Reiser starb 1996 46jährig.

Dass Ton Steine Scherben keinen Spätstil ausbilden, ist für die Popmusik insgesamt signifikant und findet sich bei den Rolling Stones, bei Yes, The Who, Bob Dylan, The Cure, bei The Residents oder bei Donna Summer gleichermaßen. Die Ausnahmen – Frank Zappa, The Fall, ... – bestimmen die Regel, die da lautet: Der Spätstil scheitert am Stil überhaupt. Stattdessen wird die Ästhetik der Popmusik vom Ausdruck dominiert; und deshalb kann man die Musik von Ton Steine Scherben nach *gusto*, und das heißt leider auch geschmäckerlich fortsetzen: als reine Kunst, losgelöst vom gesellschaftlichen Kontext. Darin unterscheiden sich die Coverversionen von Scherben-Stücken bei der Punkband Slime kaum von denen, die Marianne Rosenberg gesungen hat: Es sind persönliche Vorlieben, die einzig darüber entscheiden, ob man das mag oder nicht. Dass es sich hierbei keineswegs um ein Privatproblem einzelner Musiker und Bands handelt, sondern um ein grundlegendes Problem emanzipato-

rischer Praxis im Sinne radikaler Kultur, ist bisher kaum erkannt worden. Im Gegenteil wurde die popkulturelle Individualästhetik kollektivistisch zur Subkultur verklärt, und schnell war man schon zu Beginn der Siebziger bei den Scherben mit dem Kommerzialisierungsvorwurf zur Hand. Doch in der kapitalistischen Kultur, für die Kommerz konstitutiv ist, läuft solche Pseudokritik sowohl ins Leere als auch in die falsche Richtung: Rasch wird künstlerische Regression zum Programm vermeintlicher Erbschaft und Tradition gemacht. Dagegen gilt es zu verteidigen, was Marx lapidar zum Ausgang der revolutionären Epoche im 19. Jahrhundert notierte: Man muss den Verhältnissen ihre eigene Melodie vorsingen, um sie zum Tanzen zu bringen. Dazu gehört mehr als gut gemeinte Kunst und Vertrauen in die Distinktionskraft des eigenen Geschmacks. Dazu gehört nämlich das, was Benjamin die Politisierung der Kunst nannte: ein kritisches Moment von produktiver Erkenntniskraft, das ist: die Fähigkeit, mit dem gegebenen Material im Sinne kritischer Signifikanz umzugehen. Solche Fähigkeit zeigt sich, wenn überhaupt, in der Popkultur bisher unbewusst, in der künstlerischen Produktion allegorisch verhüllt. Selten wissen Musiker, wie gut sie sind. Selten wissen viele Musiker aber auch, wie schlecht sie sind. Gelegentlich ist es allerdings eine Ahnung, die ein ästhetisches Unbehagen in die Musik mit aufnimmt. Und mitunter ist es gelungen, dem wenigstens ironisch gebrochen Ausdruck zu verleihen, so wie bei den Lassie Singers (1988–1998) oder Britta (seit 1997), zwei Bandprojekte, bei denen Britta Neander wieder auftaucht, die von 1974 bis 1982 bei den Scherben spielte. – Britta Neander stirbt 2004 mit 48 Jahren unerwartet nach einer Operation.

Jüngst ist das „Gesamtwerk“ von Ton Steine Scherben erschienen: Dreizehn CDs in discophiler Gestaltung, die Einzelalben in Pappcovers, alles remastert und einiges an bislang unveröffentlichtem Material; dazu ein 72-seitiges Booklet mit zahlreichen Fotos und Berichten zur Bandgeschichte. Erschienen ist die Box bei Scherben-Label David Volksmund Produktion 2006. Wem das nicht reicht: Mittlerweile gibt es auf Youtube ebenso wie auf Myspace viele Video- und Audiomitschnitte der Scherben, darunter auch Skuriles. „Guten Morgen“ – das erste Songbuch, 1972 im Selbstverlag erschienen, gibt es als PDF zum Download auf: www.riolyrics.de/gutenmorgen.html.



DIE BRÜCKE FORUM FÜR ANTIRASSISTISCHE POLITIK UND KULTUR

erscheint vierteljährlich

ISSN 0931-9514

ISBN 3-925134-11-5

DIE BRÜCKE e.V. – Verein zur
Förderung politischer, sozialer und
kultureller Verständigung zwischen
Mitbürgern deutscher und ausländischer
Herkunft

Riottestraße 16
66123 Saarbrücken
bruecke@handshake.de
www.bruecke-saarbruecken.de

Feuer und Flamme für Demokratie und Freiheit

THESEN ZUM FUNDAMENTALISMUS DER „WESTLICHEN WERTE“ IN ZEITEN IHRES ZERFALLS

von Norbert Trenkle

1.

Dem vorherrschenden Diskurs in den westlichen Metropolen sind Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit derzeit vom islamischen Fundamentalismus oder gar von „dem Islam“ bedroht. Demgegenüber wird eine Politik der Null-Toleranz propagiert. Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit, heißt es. Reine Selbstverteidigung soll das sein. Alles, was der Westen gegen die phantasierte „islamische Gefahr“ tut, geschehe aus reiner Notwehr. Freilich trägt dieser angebliche Anti-Fundamentalismus selbst alle Züge des Fundamentalismus, den er zu bekämpfen vorgibt. Wie jener so beruht auch dieser auf der paranoiden Konstruktion eines äußeren, existentiellen Feindes und wie jener spuckt er Gift und Galle gegen das Schreckgespenst eines inneren Abwechslertums: gegen den postmodernen und multikulturalistischen Relativismus, der die Grundlage der „westlichen Werte“ untergraben habe.

2.

Jeder Fundamentalismus beruht auf einem Konstrukt. Beschworen wird ein Fundament von angeblich vormals gesicherten kulturellen, religiösen oder gesellschaftlichen Werten, die in Vergessenheit geraten oder in ihrem Bestand bedroht sein sollen. Zurück zu den Wurzeln, ist das Motto. Geführt wird ein existentieller Kampf. Es geht um die Identität, um das Wesen einer Religion, einer Kultur, einer „Wertegemeinschaft“. Ein solcher Kampf muss mit aller Härte und Konsequenz geführt werden. Weichheit und Nachgiebigkeit kann man sich nicht erlauben. Einheit ist gefragt, die kollektive Identität ist wieder herzustellen und zu stählen. Die Welt zerfällt in Freund und Feind. Feind ist, wer als äußerer Angreifer identifiziert wird, ebenso wie einer, der als Ungläubiger und „Werterelativist“ die imaginierte Gemeinschaft von innen heraus zersetzt. Rücksicht ist beiden Fällen fehl am Platze.

3.

Die Verwandtschaft zwischen Islamisten und Vorkämpfern der „westlichen Werte“ ist kein Zufall, denn der Fundamentalismus ist der kapitalistischen Gesellschaft inhärent. Schon die geistesgeschichtliche Selbstbegründung der kapitalistischen Moderne trägt fundamentalistischen Charakter. Diese Ordnung, so hieß es, entspreche dem Naturzustand des Menschen. Spätere Philosophien fügten dem dann die Idee hinzu, die kapitalistische Gesellschaftsordnung sei Ausdruck der „vernünftigen Gesellschaft“ schlechthin, einer Gesellschaft also, die nach den Prinzipien „der menschlichen Vernunft“ konstruiert sei. Gemessen daran erscheint die gesamte bisherige Geschichte als Abweichung von diesem einzig richtigen Zustand. Das Rousseausche „Zurück zur Natur“ meint ja nicht ein romantisches „Zurück in die Wälder“, sondern ein „Zurück“ zu einer angeblich vorgängigen Ordnung, die nicht zufällig verdächtige Ähnlichkeiten mit der gerade erst entstehenden kapitalistischen Gesellschaft aufweist. Diese Konstruktion einer universell gültigen Grundlage verleiht der kapitalistischen Ordnung die Legitimation, sich die ganze Welt zu unterwerfen und nach ihrem Bilde zu formen. Nicht-kapitalistische Lebensweisen erscheinen als barbarisch und unzivilisiert und können – nein, müssen – daher aus Gründen der „Humanität“ zerstört und neu formatiert werden. Dass dabei zig Millionen von Menschen umgebracht und versklavt wurden, erschien als unvermeidbares Opfer vor dem ehernen Gang der Geschichte. So gesehen hat die Unterwerfung der gesamten Welt unter die Logik des Kapitals schon an sich fundamentalistischen Charakter.

4.

Zugleich hinterließ diese brutale Umwälzung aller Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens und die Schaffung einer ganz neuen, nur auf den abstrakten Formprinzipien der Warenproduktion gegrün-

deten Gesellschaftlichkeit aber auch ein ungeheures Vakuum der Begründung. Dieses wurde sehr bald schon mit phantasmatischen Konstrukten von „Ursprünglichkeit“, „Eigentlichkeit“ und erfundenen kulturellen wie religiösen Traditionen gefüllt, die selbst fundamentalistischen Charakter trugen. Auch diese fundamentalistischen Strömungen sind nie ein Ausdruck vormoderner Denk- und Lebensweisen gewesen. Vielmehr sind sie Fleisch vom Fleische der warenproduzierenden Gesellschaft. So sehr sie sich auch in historisierende Gewänder kleiden mögen, so modern sind sie ihrem Wesen nach. In den letzten zwei Jahrhunderten steuerten diese Fundamentalismen ihren Anteil zum kapitalistischen Durchsetzungsprozess vor allem insofern bei, als sie den Stoff für die Formierung nationalstaatlicher Identitäten lieferten. Unter den Bedingungen gescheiterter kapitalistischer Modernisierung verwandeln sie sich jedoch in Antriebsmomente des nationalstaatlichen Zerfalls, des „molekularen Bürgerkriegs“ und der sozialen Desintegration.

5.

Das objektive Fundament der so genannten westlichen Werte ist die warengesellschaftliche Ordnung. „Westlich“ sind sie nur insofern, als der Kapitalismus eben in Europa entstanden ist und sich von dort aus über die gesamte Welt ausgebreitet hat. Im Kern sind sie der ideologische Ausdruck der kapitalistischen Grundprinzipien. Also solche standen sie aber nie für menschliche Befreiung, sondern hatten immer schon zutiefst herrschaftlichen Charakter. Die Freiheit des Individuums ist die „Freiheit“, sich überall und ständig verkaufen zu müssen, und die Demokratie ist das Verfahren, in dem die Marktsubjekte die Bedingungen dieses Geschäfts verwalten. Wenn innerhalb dieses „Gehäuses der Hörigkeit“ (Max Weber) in den kapitalistischen Kernregionen im letzten Jahrhundert gewisse individuelle Freiräume und Mechanismen sozialer Absicherung ent-

standen sind, dann spricht das nicht etwa für die „westlichen Werte“; vielmehr ist es das Resultat von langen sozialen Kämpfen gegen die Schwerkraft der kapitalistischen Prinzipien. Diese Kämpfe waren aber auch nur deshalb relativ erfolgreich, weil während der kapitalistischen Expansion im 20. Jahrhundert in den Metropolen relativ günstige Rahmenbedingungen – eine expandierende Ökonomie, eine privilegierte Weltmarktposition und relativ große

Spielräume für eine staatlich-politische Regulation – gegeben waren.

6.

In der Aufstiegs- und Durchsetzungsepoche des Kapitalismus wurden die so genannten „westlichen Werte“ noch mit äußerstem Fortschrittsoptimismus durchgesetzt, mit dem guten Gewissen, eine „zivilisatorische Mission“ zu vollstrecken. Darin reflektierte sich der ungeheure Siegeszug der warenproduzierenden Gesellschaft über den gesamten Planeten. Umgekehrt verweisen die hysterischen und paranoiden Züge des gegenwärtigen westlichen Wertediskurses darauf, dass dieses System an seine eigenen absoluten Grenzen stößt, weil die unkontrollierbare Eigendynamik der Kapitalverwertung mit den sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen auch ihre eigenen Existenzbedingungen untergräbt. Je weiter diese Unterhöhlung der objektiven Fundamente der so genannten „westlichen Werte“ voranschreitet, umso lauter und schriller werden sie beschworen. Thematisiert wird nicht die Krise der objektiven Geltungsbedingungen dieser „Werte“, vielmehr werden sie zum Bezugspunkt für die Konstruktion einer kulturalistischen Kollektividentität „des Westens“. Diese Tendenz wird umso stärker, je mehr auch in den kapitalistischen Metropolen selbst die soziale Marginalisierung zunimmt, der Sozialstaat untergraben wird und die Spielräume politischer Regulation schrumpfen. Während so zum einen das Bedürfnis nach subjektiver Rückversicherung befriedigt werden kann, wird zum anderen mit der zunehmenden sozialen Disziplinierung und Kontrolle der repressive Kern der „westlichen Werte“ wieder deutlich sichtbar. Zugleich kann in ihrem Namen auch das mörderische Grenzregime der kapitalistischen Kernländer gegen die Immigranten aus den ärmeren Weltregionen als Schutz vor den „neuen Barbaren“ legitimiert werden.

7.

Das fundamentalistische Geltendmachen der „westlichen Werte“ ist aber nicht nur Reflex und Reaktion auf den kapitalistischen Krisenprozess, sondern selber ein dynamisches Moment davon. Werden Abstraktionen gegen die Wirklichkeit geltend gemacht, ist das immer ein Akt der Gewalt. In der Aufstiegs- und Durchsetzungsepoche des Kapitalismus war die Durchsetzung seiner gesellschaftlichen Formprinzipien mit der Zerstörung

nicht-kapitalistischer Lebensweise verbunden und bereitete so den Boden für die allgemeine Durchsetzung von Warenproduktion, Kapitalverwertung und Nationalstaat. Wo aber die Grundlagen der Warengesellschaft zerbrechen, führt der Versuch, ihre Formprinzipien gewaltsam aufrechtzuerhalten, letztlich zu einer Beschleunigung des Zerfalls. Als Paradebeispiel hierfür kann die militärische Intervention im Irak gelten, die nicht wegen irgendwelcher Interessen an den Erdölquellen stattfand, sondern weil die Fundamentalisten in Washington und anderen westlichen Hauptstädten tatsächlich von der Idee beseelt waren, auf diese Weise *freedom and democracy* in der Region zu installieren. Es ist gerade diese durch und durch ideologische Fixierung, die sie blind für die ganz offensichtliche Einsicht machte, dass sie dieses Ziel nicht nur zwingend verfehlen, sondern die katastrophische Lage nur noch verschlimmern würden, wie es die nüchternen Strategen aus der CIA und dem Militärapparat von Anfang an vorausgesagt hatten. Was bleibt, ist ein im Bürgerkrieg versinkendes Land, in dem die Grundlagen der Staatlichkeit täglich weiter zerstört werden, während gleichzeitig der islamische Fundamentalismus, der selbst schon ein Produkt gescheiterter Nationalstaatsbildung ist, weiter Auftrieb bekommen hat.

8.

In den kapitalistischen Metropolen werden die sozialen Errungenschaften und bürgerlichen Freiheiten meist ganz unmittelbar mit den „westlichen Werten“ identifiziert. Diese Sichtweise verdankt sich einer Verwechslung. Die (bisherige) relative Zivilität der Lebensverhältnisse in den kapitalistischen Kernländern ist letztlich nur auf deren überlegene Stellung im kapitalistischen Weltsystem zurückzuführen. Zu verteidigen und zu verallgemeinern sind also nicht die „westlichen Werte“, sondern bestimmte soziale und zivilisatorische Errungenschaften, die gegen die Schwerkraft der kapitalistischen Verwertung hart erkämpft wurden. Unter den Bedingungen der Krise ist aber selbst die Verteidigung dieser (ohnehin sehr begrenzten) Errungenschaften nur noch in einer antikapitalistischen Perspektive möglich. Dazu gehört auch eine radikale Kritik der „westlichen Werte“, aber nicht unter Berufung auf eine andere (religiöse oder ethnizistische) fundamentalistische Konstruktion angeblich „ursprünglicher Werte“, sondern im Namen der Befreiung von Herrschaft, Zwang und Gewalt.

Eske Bockelmann

Im Takt des Geldes Zur Genese modernen Denkens

zu Klampen Verlag
Springe 2004

Hardcover mit Schutzumschlag
511 Seiten, 36.00 Euro (D) | 63.00 SFr
ISBN: 3-934920-37-3

Erst durch die wissenschaftliche Revolution des 17. Jahrhunderts sind jene dramatischen technischen Fortschritte möglich geworden, die inzwischen das gesamte Leben der Menschen durchdringen. Was aber hat dieses neue Denken ermöglicht?

Eske Bockelmann zeigt, dass die Umwälzung sehr viel grundstürzender verläuft, als selbst die Bewunderer des wissenschaftlichen Aufbruchs ahnen. Denn um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert verändert sich grundlegend nicht nur das Denken, sondern sogar die Rhythmuswahrnehmung der Menschen. Hier liegt der entscheidende Fund, der Eske Bockelmann gelungen ist, und zwar ein Fund mit unabsehbaren Weiterungen. Das Hören nach dem Takt, das uns heute als das einzig natürliche erscheint, hat seinen historischen Ursprung in derselben Zeit und in derselben gesellschaftlichen Umgebung wie die moderne Wissenschaft. Wo aber Denken und Fühlen gleichermaßen revolutioniert werden, muss eine Macht am Werke sein, die stark genug ist, ein solches Wunder zu bewirken.

Im Takt des Geldes vermag diese Macht zu identifizieren. Eske Bockelmann zeigt, dass wir bisher von unserem Denken selbst noch unzureichende Vorstellungen haben. Er hat ein Werk geschaffen, das Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie neu schreiben könnte – mit unabsehbaren Folgen für unsere gesamte Denk- und Lebenspraxis.

Ein Perry-Rhodan-Heftchen für Kammerjäger

von Peter Samol

Jürgen Elsässer sieht die Heuschrecken am Werk und will dagegen platten Populismus als DDT einsetzen.

Unverkennbar verschlechtern sich die Lebensbedingungen für immer mehr Menschen auf diesem Globus. Nicht nur in den so genannten „Entwicklungsländern“, sondern längst schon in den reichen Zentren der weltweiten Produktion. Auch mitten im so genannten Aufschwung. Wer nicht aus der Sphäre der Wertschöpfung hinaus ins wachsende Elend gedrängt wird, steht unter zunehmender Leistungshetze bei stagnierenden oder sinkenden Gratifikationen. Diese Tendenz ist für jeden Zeitgenossen unverkennbar, der die schönfärberischen Berichte und Prognosen aus TV-Nachrichten und Tagespresse nicht einfach schluckt. Die Zustände verlangen nach Erklärungen, und Jürgen Elsässer ist in seinem neuen Buch bereit, eine zu liefern. Er bezeichnet sie selbst als „ein blutiges Schlachtengemälde“ (S. 17 – alle Seitenangaben beziehen sich auf das hier besprochene Buch.). Die kriegerische Ausdrucksweise kommt nicht von ungefähr. Es geht ihm nämlich gar nicht um eine sorgfältige Analyse der Zustände und ihrer Entstehungsbedingungen. Vielmehr steht Elsässers Auffassung schon von vornherein fest und ist darüber hinaus von geradezu bestürzender Schlichtheit. An allem Schlechten nämlich seien ganz einfach andere schuld, böse Hintermänner mit schändlichen Absichten, die wahlweise als „Heuschrecken“ oder „Aliens“ bezeichnet werden. Auf der Grundlage dieser ebenso simplen wie falschen Gewissheit geht es eigentlich nur noch darum, die Schurken ausfindig zu machen, ihre Machenschaften zu durchschauen und ihnen das Handwerk zu legen. Dieser Dreisatz durchzieht in immer neuen Ansätzen das gesamte Buch.

Offensichtlich mag Jürgen Elsässer Science-Fiction-Filme. Denn um seine abstrusen, nicht selten die Grenzen zum Paranoiden überschreitenden Schlussfolgerungen zu veranschaulichen, bedient er sich mit vollen Händen aus dem reichhal-

tigen Fundus dieses Genres. „Akte X“ ist für ihn längst Wirklichkeit. Inspiriert durch das Buch Christoph Speers „Die Aliens sind unter uns“ aus dem Jahre 1999 ist er davon überzeugt, dass Außerirdische schon längst die Macht übernommen haben. Als „*Bodysnatcher*“ haben sich die „*Aliens*“ das Aussehen von Menschen zugelegt und anschließend ihre „*Matrix*“ ins Gehirn der „echten Menschen“ überspielt. Ziel dieser Operation ist es, sie zu willigem Material für den totalen Markt zu machen. Laut Elsässer befindet sich die Welt seit gut 30 Jahren im Übergang zu einer Ausbeuterordnung neuen Typs, die er in Ermangelung eines anderen Begriffes als „*Alienismus*“ bezeichnet. Der Volksmund bezeichnet die „*Aliens*“ lieber ganz irdisch als „*Heuschrecken*“. Ein Begriff, den der heutige Arbeitsminister und Vizekanzler Franz Müntefering in seiner damaligen Funktion als SPD-Chef zu Wahlkampfzwecken ins Spiel gebracht hat. Elsässer greift ihn geradezu begeistert auf.

Wer sind nun diese „alienistischen“ Schurken bzw. „Heuschrecken“, und was tun sie? In der Beantwortung dieser Frage ist Elsässer nicht gerade konsistent. Mal handelt es sich um eine „Initiative der Superreichen“, mal um die USA als „United States of Aliens“, und selbst Israel kommt in der Feindbildauswahl als vermeintlicher Helfershelfer nicht zu kurz. Die „Superreichen“ betreiben mit Hilfe des internationalen Finanzkapitals die Auflösung der Nationalstaaten, um anschließend das heimatlos gewordene Material einschließlich der dazu gehörenden Menschen in ein „Imperium der Heuschrecken“ einzusaugen. Hintergrund für diese wohlfeile Spekulantenschelte ist eine romantisch-verklärende Sicht auf den Keynesianismus der Nachkriegszeit. Dieser stiftete angeblich mit seinen Verschuldungsspiralen eine heile Welt, die immer so hätte weiterfunktionieren können. Einzig der „Todesstern“ des internationalen Finanzkapitals war in der Lage, sie zu zerschießen. Dabei übersieht Elsässer allerdings das simple Faktum, dass Kredite nur vergeben bzw. verlängert werden, wenn Vertrauen in die

Bonität des Schuldners besteht. Dieses Vertrauen wiederum bricht angesichts von Verschuldungsspiralen früher oder später ganz automatisch zusammen. Und die Entstehung der internationalen Finanzmärkte geht nicht etwa auf geplante Machenschaften böswilliger Akteure zurück, sondern ereignet sich im Kapitalismus ganz naturwüchsig, wenn das Geld nicht zurück in die produktive Sphäre wandern kann, weil dort der Kapitalbedarf gesättigt ist. Die anschließende Bewegung in internationale Sphären ist nichts anderes als eine Flucht vor der Entwertung überschüssiger Geldmengen, die andernfalls die lokalen Märkte überschwemmen und dort eine Hyperinflation auslösen würden. Letztlich zieht sich das System namens „Kapitalismus“ durch sein ganz gewöhnliches Prozessieren selbst den Boden unter den Füßen weg. Dazu bedarf es gar keiner schäbigen Hintermänner, und selbst ein kompletter Austausch des Führungspersonals würde daran nicht das Geringste ändern. Aber statt zu erkennen, dass es der gesamtgesellschaftliche Formzusammenhang namens „Kapitalismus“ ist, der geändert werden muss, und es in diesem Zusammenhang grundfalsch ist, nach Menschen zu suchen, die den ganzen Schlamassel vermeintlich wissentlich anrichten, setzt Elsässer seine Suche nach den bösen Männern lieber fort.

Was ihm für sein postnationales „Schlachtengemälde“ noch fehlt, ist das blutige Element. Dafür benötigt er dann doch noch einen Staat, und welcher böte sich da eher an als die USA? Dass er wenige Seiten zuvor noch munter von der Auflösung der Nationalstaaten parliert hat, stört Elsässer dabei nicht im Geringsten. Er fabuliert vielmehr weiter: Wie in Deutschland in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts so sei jetzt eben in Amerika „das jeweils eigene Kapital nicht mehr konkurrenzfähig und muss(te) die Flucht nach vorne, zur militärischen Beherrschung des Weltmarktes antreten“ (S. 92). Israel wird in diesem Bild auf einen Vasallenstaat der USA reduziert, dessen Daseinszweck sich nahezu darin erschöpft, deren Vorposten im Nahen Osten zu sein.

Darüber hinaus ist für Israel allerdings noch eine Sonderrolle als superfieser Sidedeck des Oberbösen vorgesehen: „Die fürchterlichste Waffe des Todessterns – neben dem Laserstrahl aus fiktivem Kapital, mit dem es seine Gegner betäubt und aussaugt – ein Heer aus Killermaschinen, die von GPS-Satelliten auf ihre Ziele gelenkt werden.“ (S. 26f) Die Israelis probieren den Einsatz von „Bionischen Hornissen“: „Ein winziger Roboter soll im Flug Ziele verfolgen, fotografieren und auch zur Tötung von Menschen eingesetzt werden.“ (S. 27)

Am Ende seiner dumpfen Suada stellt Elsässer eine Rezeptsammlung für eine populistische Linke zusammen. Hauptadressat ist die deutsche „Linkspartei“. Angeregt durch deren Aushängeschild Oskar Lafontaine plädiert Elsässer dafür, sich ganz besonders um die konservativen Modernisierungsverlierer zu kümmern. Dabei darf auch ruhig à la Lafontaine mit der Angst vor dem polnischen Klempner und ähnlichen Populisten kokettiert werden, Hauptsache, die Linke profiliert sich als Verteidigerin gegen den Neoliberalismus. Der Zweck heiligt eben die Mittel. Von einer simplen Regierungsbeteiligung rät Elsässer allerdings ab. Wenn schon, dann müsste entweder die Regierung linkspopulistisch dominiert oder es müs-

sten zumindest mit sofortiger Wirkung Volksentscheide zugelassen werden. Vom Volke, das sich seines Nationalstaates bemächtigt, geht nämlich für Elsässer alles realistisch zu erwartende Wohl aus. Notfalls darf die „Direkte Demokratie“ auch rechtslastig aufgeladen werden. Wenn man die Heuschrecken in die Pfanne hauen will, darf man schließlich nicht zimperlich sein. Elsässer wartet in seinem rinks-lechtem Kochbuch sogar mit einer kulinarischen Neuheit auf, nämlich mit braunem Pfeffer: „Der Kampf für den Sozialstaat ist die Suppe, die Verteidigung der nationalen Souveränität ist der Pfeffer, der sie schmackhaft macht.“ (S. 121)

Nicht zuletzt propagiert Elsässer ein dezidiertes Denken in Frontverläufen, bei denen alle Menschen nach „gut“ und „böse“ sortiert werden sollen. In diesem Zusammenhang kritisiert er auch die Orientierung auf Minderheiten – gemeint sind unter anderem Schwule und Frauenrechtlerinnen –, die er als „Fetischisierung der Differenz“ bezeichnet. Der „Normalo“ dagegen steht für Elsässer auf der richtigen Seite der Barrikade. Für außenpolitisches Handeln schließlich wartet Elsässer mit einem Wortspiel auf: Der Internationalismus müsse zum „Inter-Nationalismus“ (S. 119) geschärft werden. Unter diesem Bindestrich-Motto soll dann die Linke weltweit eine Kooperation derjenigen Staaten organisieren, die bedroht werden. Diese Kooperation soll ganz unabhängig davon erfolgen, wo die Bedrohten politisch stehen. Das klingt, wie eigentlich alles bei Elsässer, nach der unsäglichen Politik der gegenwärtigen US-Regierung, nur eben mit umgekehrtem Vorzeichen. Elsässer würde ohne mit der Wimper zu zucken den iranischen Irläufer-Präsidenten Ahmadinejad oder auch fundamentalistische Taliban (so sie denn wieder über einen eigenen Staat verfügten) mit ins Boot holen. Ob er wohl vor der rechten Militärdiktatur Myanmars (Burmas) oder dem rassistischen Mordregime des Sudan mit seiner Solidarität Halt machen würde? Wohl eher nicht.

Das Buch ist voll von theoretischen Inkonsistenzen. So wird etwa die EU einmal als Beschleuniger und „bloße Relaisstation der Globalisierung“ bezeichnet, ein anderes Mal als idyllischer Schutzraum gegen den globalen Ansturm. Das Ganze ist ein krudes Gebräu kaum zusammenhängender Thesen, was schon bei der Auswahl der zitierten Gewährsleute ersichtlich wird. Da werden Leute in einem Atemzug genannt, die sich gegenseitig nicht einmal mit der Kneifzange anfassen

würden. Michael Opoczynski, seines Zeichens Anchorman des neoliberalen ZDF-Wirtschaftsmagazins *WISO* (von Elsässer fälschlich der ARD zugeordnet) findet sich neben dem wertkritischen Theoretiker Robert Kurz wieder und beide haben angeblich in wesentlichen Punkten dieselbe Auffassung wie der biologische Provokateur und 68-Basher Michel Houellebecq. Das funktioniert nur deshalb halbwegs, weil Elsässer beliebige und kaum verstandene Inhalte aus den Veröffentlichungen der Betreffenden herausklaubt und willkürlich nach eigenem Gusto zusammenfügt.

Alles in allem handelt es sich um einen ziemlich mittelmäßigen Gruselschmöker, der sich mehr schlecht als recht als zeitdiagnostisches Sachbuch tarnt. Elsässers Distanzierung vom Antideutschtum, dem er lange Zeit angehörte, ist ihm geradezu zum Bekenntnis zu Staat und Volk geraten. Dieser Weg ist symptomatisch für die immer handgreiflicher werdende Angleichung linker wie rechter Volks- und Staatsverherrlichung, die sich nicht nur in Deutschland ereignet, sondern leider überall auf der Welt. Jüngstes Beispiel ist Frankreichs Präsidentschaftswahlkampf, in dem sich die Kandidaten jeglicher Couleur im Abfeiern nationalstaatlicher Symbole gegenseitig zu überbieten trachteten. In theoretischer Hinsicht ist das Buch so flach, dass man es mühelos unter jeder Tür hindurchschieben könnte. Es ist von der bestürzenden Schlichtheit einer Perry-Rhodan-Ausgabe. Vom Seitenumfang des Haupttextes lässt sich übrigens dasselbe behaupten. Er entspricht mit seinen 111 Seiten ungefähr einer handelsüblichen Doppelausgabe jener nicht enden wollenden Science-Fiction-Saga. Damit das Buch wenigstens äußerlich mehr als Heftchenformat hat, wurde es mit einem so genannten „Anhang“ versehen. Der besteht aus fast genauso viel Seiten mit alten politischen Artikeln Elsässers aus den Jahren 2001 bis 2006, die in den Zeitungen *Junge Welt*, *Konkret* und *Freitag* veröffentlicht wurden. Das Haltbarkeitsdatum dieser Artikel ist schon lange abgelaufen. Wenn Elsässer schon meint, sie seien so wertvoll, dass sie einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden sollen, dann hätte er sie anständigerweise kostenfrei ins Internet setzen können, statt sie den Käufern seines Buches unterzububeln.

Jürgen Elsässer: *Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg*, 222 Seiten, Pahl Rugenstein Verlag, Bonn 2007.

Mehrjahresabo der Streifzüge

Einzelheft 5 Euro

1-Jahres-Abo: 14 Euro

2-Jahres-Abo: 26 Euro

3-Jahres-Abo: 36 Euro

3 Hefte pro Jahr

AutorInnen

André Gorz, geb. 1923 in Wien, verbrachte die Kriegsjahre in der Schweiz und ließ sich nach Kriegsende in Paris nieder. Arbeit mit Jean-Paul Sartre an dessen Zeitschrift *Les Temps modernes*, später als Redakteur bei *L'Express* und *Le Nouvel Observateur*. Seine Schriften wie „Abschied vom Proletariat“ (1980) und „Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit“ (1984) wurden Schlüsseltexte für ökologische Linke. Zuletzt publizierte er „Arbeit zwischen Misere und Utopie“ (2000) und „Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie“ (2004). Im August 2007 erscheint im Zürcher Rotpunktverlag „Brief an D. – Geschichte einer Liebe“.

Ernst Lohoff, geb. 1960, lebt in Nürnberg. Er gehörte zu den Gründervätern der Theoriezeitschrift *krisis* und reproduziert sich als (vogel-)freier Publizist. Zahlreiche Publikationen, zuletzt Mitherausgeber von „Dead Men Working – Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs“, Münster 2004, (2. Auflage 2005). Er hat einen erwachsenen Sohn.

Norbert Trenkle, geb. 1959, aufgewachsen in Lateinamerika, lebt in Nürnberg. Durch das Studium der Betriebswirtschaft geschädigt, wurde er in die Ökonomie-

kritik getrieben. Freier Publizist; Redakteur der Zeitschrift *krisis*. Mitherausgeber von „Dead Men Working – Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs“, Münster 2004, (2. Auflage 2005).

Peter Samol, geb. 1963, lebt in der kleinen ostwestfälischen Kreisstadt Herford. Studium der Philosophie und der Soziologie in Marburg, Promotion in Jena. Nach jahrelanger unbefriedigender Auseinandersetzung mit Theorien der Gerechtigkeit bei der Wertkritik angelangt. Heute freier Journalist und „hauptberuflicher“ Vater eines 2-jährigen Sohnes.

Ulrich Weiß, geb. 1948; studierte in Thüringen und Leipzig Sport und Philosophie, dann in Berlin-Ost sehr staatsnah; seit 1990 Kapitalismuspraktikum in eigenen und fremden Firmen sowie in der PDS; all dies nach hinreichend Einsichten verlasen, vielfach frei, gewollt getrieben und getragen von einer Ernährerin und Bestimmerin, vier Kindern, acht Enkeln, zwei Omas, Freunden in Diskussionsgruppen, die Wege aus dem Kapitalismus suchen; mieser aber zuverlässiger Koch und ebensolcher Hausmann in Gemeinschaft von vier Generationen; fasziniert von suchenden Leuten; versucht all dies und mehr in Gedanken und Geschichten zu fassen.

AutorInnen aller Ausgaben siehe www.streifzuege.org unter „Redaktion und AutorInnen“.



ERNST LOHOFF: Der Wert des Wissens. Über Informationskapitalismus • STEFAN MERETZ: Der Kampf um die Warenform. Über Universalgüter • PETER SAMOL: Arbeit ohne Wert. Über die „Dienstleistungsgesellschaft“ • FRANZ SCHANDL: Maske und Charakter. Über das bürgerliche Subjekt

Erscheint einmal jährlich, ca. 170 Seiten, 10 Euro pro Heft.

Abo und Einzelhefte: Redaktion *krisis*, Postfach 810269, 90247 Nürnberg, Tel.: +49 (0911) 705628, Fax: +49 (0911) 7809542, e-mail: krisisweb@yahoo.de

Auch im Buchhandel erhältlich.

Gesamtverzeichnis auf www.krisis.org oder anfordern.

www.krisis.org www.streifzuege.org

autorInnenkollektiv (hg.) wege durch die wüste

ein antirepressionshandbuch für die politische praxis

280 Seiten, 9,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-404-5



re.ACTION Antisexismus_reloaded

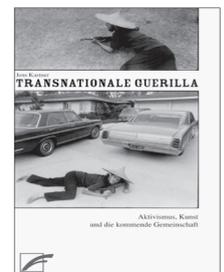
Zum Umgang mit sexualisierter Gewalt - ein Handbuch für die antisexistische Praxis

80 Seiten, 5 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-301-7

Jens Kastner Transnationale Guerilla

Aktivismus, Kunst und die kommende Gemeinschaft

88 Seiten, 8 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-464-9



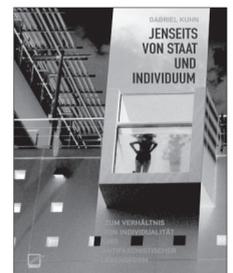
Melanie Groß / Gabriele Winker (Hg.) Queer- | Feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse

186 Seiten, 14 EUR [D]
ISBN 978-389771-302-4

Gabriel Kuhn Jenseits von Staat und Individuum

Individualität und autonome Politik

164 Seiten, 14 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-457-1



Torsten Junge, Imke Schmincke Marginalisierte Körper

Beiträge zur Soziologie und Geschichte des anderen Körpers

228 Seiten, 14 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-460-1

UNRAST Verlag

Postfach 8020 • 48043 Münster

Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120

Besuchen Sie uns: www.unrast-verlag.de



Zar und Lipizzaner

Unumgänglich

von Franz Schandl

Da kommt der Zar ins Land und seine Bewohner sind ganz aus dem Häuschen. Wladimir und seine Oligarchen bringen den ersehnten Geldregen, und der lässt die Herzen höher schlagen, versetzt ein Volk in heillose Bewunderung. Einem staunenden Publikum wird die Hitparade der reichen Russen präsentiert. Aufgestiegen als Günstlinge Jelzins konnten sie sich unter dessen Nachfolger aussuchen, ob sie mit diesem marschieren wollten oder widerigfalls das Exil oder Sibirien vorzögen. Denn ob so ein Oligarch per internationalem Haftbefehl gesucht wird, hängt auch davon ab, ob der Inlandsgeheimdienst entsprechende Dokumente vorlegt. Er wird diese nicht einmal frisieren geschweige fälschen müssen. Die meisten Magnaten entschieden sich für Putin. Mehr als Geld verdienen ist für sie nicht drinnen, das allerdings dürfen sie nach Lust und Laune, solange sie den Gesamtpaten und Gewaltmonopolisten wirtschaftlich stützen.

Wladimir Putin ist in seinem eigenen Haus ja alles andere als unbeliebt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und den turbulenten Jahren unter Jelzin brachte er Ruhe und Aufschwung. Die Stärke des Regimes basiert auf dem Kompromiss zwischen politischer Selbstermächtigung und ökonomischer Usurpation. Wilder Markt und starker Staat haben ein Zweckbündnis geschlossen, das von der Gesellschaft mehr als toleriert wird. Die Angst vor dem drohenden Abstieg in die dritte Liga hat in Russland einiges an nationaler Energie provoziert. Was wären auch die unmittelbaren Alternativen gewesen? Am ehesten die direkte Herrschaft der Mafia und einiger Warlords, wie sie sich Ende der Neunzigerjahre schon abzeichnete.

Der Präsident der Russischen Föderation wird geradezu geschätzt für seine

harte Hand, die auch als helfende empfunden wird. Es herrscht ein Führerkult, selbst wenn es dem Staatschef an Charisma mangelt. Putin kann im wahrsten Sinne des Wortes als Reformiergelten, denn er brachte das sowjetische Restreich wieder *in Form*, denn er machte es via Energiereerven wieder zu einem internationalen Player. Zu Beginn seiner ersten Amtsperiode stand das Land vor dem Kollaps und drohte von seinen Rändern her zu implodieren. Inzwischen ist Russland zu einem effizienten Staat geworden. Freilich um den Preis, dass der autoritäre Übergriff und nötigenfalls auch der staatliche Terror als obligate Methoden gelten.

Der Staatsbesuch in Wien war neben dem üblichen Rahmenprogramm in erster Linie ein Stelldichein der österreichischen Wirtschaft mit den neuen Milliardären aus dem Osten. Wahrlich, da lechzten sich welche zu. „Das russische Eis ist bereits gebrochen. Denn die reichen Herren aus dem ehemaligen Zarenreich investieren in Österreich wie nie zuvor“, weiß das Boulevardmagazin *News* zu berichten. Zuletzt kauften sie sich beim Straßenbaukonzern Strabag und beim Autozulieferer Magna ein. Die Oligarchen sind in der Alpenrepublik gut verankert, vor allem Wien ist eine Drehscheibe ihrer vielseitigen Begabungen und Tätigkeiten. Einiges an Schlössern und Palais, Villen und Golfplätzen haben sie bereits en passant angehäuft. In noblen Fremdenverkehrsorten lernt man bereitwillig Russisch, um die zahlungskräftigen Gäste auch entsprechend bedienen zu können. „Es gibt Russen und Russen“, sagt der Volksmund.

Die Visite verlief nach gegenseitigem Wunsch in weitgehend gemütlicher Atmosphäre. Auch das mit den Menschenrechten erledigte man in gewohnter Manier. Wahrscheinlich hat man Putin schon vorher ge-

sagt, dass man ihm sagen wird, was gesagt sein muss, damit die öffentliche Meinung befriedigt ist. Er soll es sich halt anhören, nicht zornig sein und darf auch ruhig sagen, dass der Westen vor seiner eigenen Tür kehren soll. So sagte man es sich rein, aber doch nicht so wirklich. Wenn Putin die Militarisierung der internationalen Beziehungen durch den Westen beklagt, dann hat er nicht weniger Recht, als wenn ihm umgekehrt diktatorische Vorgangsweisen angelastet werden. Kritik und Antikritik wirkten auf jeden Fall wie verabredet.

Das etwas abseitige Österreich gefällt sich dabei wie so oft in seiner Sonderrolle nicht schlecht. Werden die Töne zwischen Moskau und der EU rauer, so tangiert das in Wien kaum. Betätigen sich Merkel, Barroso und Co. als Scharfmacher, so die Österreicher als Weichspüler. Anders als durch die deutsche Kanzlerin in Samara hat es in Wien keinen Affront gegeben. Weswegen auch? Man entsprach der Etikette, erfüllte seine Empörungspflicht, legte jedoch keine Tretminen aus. Bereitwillig sang man das Demokratie-Gstanzl, aber damit hatte es sich dann. Mehr als die russische Demokratie interessieren investierende Oligarchen und funktionierende Gaspipelines. Was wichtig ist, das sind die Geschäfte. Der Rubel soll rollen. Nicht nur in Österreich. Russland ist der am schnellsten wachsende Exportmarkt für die Alpenrepublik. „Der Staatsbesuch Putins soll die Gewinn bringende Achse Österreich–Russland verstärken“, heißt es in einer Meldung, die in jeder Wiener Zeitung hätte stehen können. So streut man sich gegenseitig Rosen und Komplimente. Gelegentlich steigerte sich die schlawi(e)nerische Freundseligkeit bis zum Erbrechen. Doch Putin ist kein Depp, das Einzige, was er küsste, war ein Lipizzaner.

Roter Punkt = bitte Abo einzahlen!

P40 = Probenummer, über ein Abo wären wir begeistert!

**Keine Politik
ist möglich!**

www.streifzuege.org